

offen-siv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

4/2014

Spendenempfehlung: 3,00 €

Grover Furr:

Stalin und der Kampf um demokratische Reformen

William B. Bland:

Die historische Bedeutung von Stalins „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“

J. W. Stalin:

Letzte Parteitagsrede 1952

Übersetzungen: Gerhard Schnehen und Michael Kubi

Redaktionsnotiz.....	4
Stalin und der Kampf für demokratische Reformen.....	6
<i>Grover Furr: Stalin und der Kampf für demokratische Reformen.....</i>	6
Einleitung.....	6
TEIL 1.....	10
Eine neue	
Verfassung.....	10
Der Kampf gegen die Bürokratie.....	13
Stalins Niederlage.....	15
Prozesse, Verschwörungen, Repressionen.....	17
Fußnoten zu Teil 1.....	32
Ergänzende Anmerkungen.....	36
Bibliografie.....	37
TEIL 2.....	42
Während des Krieges.....	42
Nach dem Kriege.....	43
Der Entwurf des Parteiprogramms aus dem Jahre 1947.....	44
Der neunzehnte Parteitag.....	46
Lawrenti Berija.....	49
Berijas Schritte in Richtung einer demokratischen Reform.....	51
Der Tod von Stalin und Berija ... und der anderer?.....	53
Schlussfolgerungen und künftige Forschung.....	55
Anmerkungen zu Teil 2:.....	60
Ergänzende Bibliografie für Teil 2.....	62
Stalins Arbeit: „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“	63
<i>William B. Bland: Die historische Bedeutung von Stalins</i>	
„Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“.....	63
Einleitung.....	63
TEIL 1.....	64
Der Leitartikel „Unter dem Banner des Marxismus“.....	64
Der Streit um die regionale Wirtschaftsplanung.....	64
Die Bestrebungen zur Einschränkung der vorrangigen Planung für	
Produktionsmittel.....	65
Gute Beziehungen zu den jugoslawischen Revisionisten.....	66
Vargas Buch über die Kriegswirtschaft.....	67
Die Kritik an Vargas Buch.....	68
Wosnessenskis Buch über die Kriegswirtschaft.....	69

Der Leningrader Kult.....	70
Der Versuch einer landesweiten Wirtschaftsreform.....	71
Die allrussische Großhandelsmesse.....	71
Das Einschreiten des Politbüros gegen die Leningrader Verschwörer...	72
Malenkows Besuch in Leningrad.....	73
Die Entlassung Wosnessenskis.....	73
Vargas Dementi.....	73
Vargas Selbstkritik.....	74
Verschwundene Dokumente.....	76
Wosnessenskis Buch „Politische Ökonomie des Kommunismus“.....	76
Die Verhaftungen und die Wiedereinführung der Todesstrafe.....	76
Die Anklage.....	77
Der Prozess.....	77
TEIL 2.....	78
Die Vorarbeiten an dem neuen Lehrbuch der Politischen Ökonomie....	78
Die Beschneidung des Einflusses der Marxisten-Leninisten.....	78
Stalins Werk „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“	80
Zusammenfassung „Ökonomische Probleme...“.....	81
Der 19. Parteitag der KPdSU, B.....	86
Die öffentliche Kritik an Wosnessenskis ökonomischen Ansichten.....	87
Die Rehabilitierung Wosnessenskis.....	87
Der Fall Abakumow.....	87
Die Rehabilitierung Vargas.....	88
Der 20. Parteitag der KPdSU.....	88
Malenkows Verwicklung.....	88
Vargas Buch „Aufsätze über politökonomische Probleme des Kapitalismus“.....	89
Vargas „Testament“.....	90
Der Nachruf der Chruschtschowianer auf Varga.....	90
Schlussfolgerung.....	90
Stalins letzte Parteitagsrede.....	91
<i>Gerhard Schnehen</i> : Einleitung.....	91
<i>J. W. Stalin</i> : Rede beim 19. Parteitag.....	95
Anmerkungen.....	98

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel
Druck: Druckservice orbital, Reichenau.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Postadresse: Redaktion Offensiv, Frank Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover,
Tel.u.Fax: 0511 – 52 94 782, Mail: redaktion@offen-siv.com, Internet: www.offen-siv.net

Spendenkonto:

In- und Ausland: Konto Frank Flegel,

IBAN: DE10 2505 0180 0021 8272 49, Bankidentifikation BIC: SPKHDE2HXXX;

Kennwort Offensiv.

Freundeskreis offen-siv: über Redaktionsadresse

Redaktionsnotiz

Was sehr gut zu der eigentlich relativ zufällig entstandenen (also von uns nicht direkt zu diesem Zeitpunkt geplanten), in den jüngsten Zwei-Monats-Heften der offen-siv dokumentierten Debatte unter unseren Lesern über Stalin und damit über die Epoche des Aufbaus des Sozialismus in der UdSSR und des Sieges über das faschistische Deutschland passt, ist die Tatsache, dass Gerhard Schnehen schon seit einiger Zeit von neueren Forschungsergebnissen zu dieser Epoche Übersetzungen ins Deutsche anfertigt, denn Vieles ist nur in englischer oder z.T. nur in russischer Sprache verfügbar.

Wir freuen uns darüber, dass wir daran teilhaben dürfen, denn er hat uns mehrere Arbeiten zur Verfügung gestellt.

In diesem Sonderheft beginnen wir mit der Veröffentlichung. Wir bringen zwei Arbeiten, die sich mit der inneren Entwicklung der Sowjetunion und der Kommunistischen Partei beschäftigen – die eine bezieht sich auf die Politik, genauer auf das Verhältnis von Partei und Staat und damit auch auf die Verhältnisse innerhalb der Partei und die andere auf die Ökonomie und Stalins Schrift „Probleme des Sozialismus in der UdSSR“. Da es in beiden Arbeiten auch um den 19. Parteitag geht, dokumentieren wir am Schluss des Heftes Stalins letzte Parteitagrede, eingeleitet und in den historischen Zusammenhang gestellt von Gerhard Schnehen.

Es sind ausgesprochen spannende Texte, die für viele einen neuen Blick auf die damaligen Geschehnisse ermöglichen werden, denn die historischen Zusammenhänge werden sehr konkret beleuchtet, die Kämpfe innerhalb der Partei, die Rollen führender Funktionäre und ihre jeweiligen politischen Ziele werden exakt analysiert und das über Jahrzehnte verzerrt dargestellte Bild dieser Epoche als „der Große Terror“, „Verbrechen“, „Dogmatismus“, Stalin als „Diktator“ und „Blutsäufer“ usw. wird in seinen Grundfesten erschüttert.

Selbstverständlich geht es bei dieser Debatte und bei diesen Forschungsarbeiten über die Geschichte der Stalinära auch, vielleicht sogar vor allem um die heutige politische Orientierung der kommunistischen Bewegung. Die historische Forschung ist also ein Beitrag für die Zukunft.

So bald wir die notwendigen Finanzen angespart haben, werden wir weitere Übersetzungen von jüngeren Forschungsarbeiten über die Stalinära in einem zweiten Sonderheft bringen, u.a. Katyn, Bucharin, Jeschow.

Dafür bitten wir Euch um Spenden, gern direkt projektbezogen: dann schreibt Ihr nicht einfach „offen-siv“ als Kennwort, sondern „Sonderheft Geschichte der UdSSR“.

Wir bitten Euch eindringlich um finanzielle Hilfe – dies vorliegende Heft z.B. kostet in Druck und Porto rund 1.200,- Euro. Das zweite von uns geplante wird auch nicht billiger werden.

Und wir müssen natürlich laufend die Zwei-Monats-Hefte machen, Sonderhefte sind ja zusätzliche Hefte. Zur Zeit haben wir das Geld für das geplante zweite Heft nicht.

Aber wir zählen auf Euch!

Redaktion offen-siv

Spendenkonto Offensiv:

In- und Ausland: Konto Frank Flegel, IBAN: DE 10 2505 0180 0021 8272 49,

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: „Offensiv“.

Stalin und der Kampf für demokratische Reformen

Grover Furr: Stalin und der Kampf für demokratische Reformen¹

Einleitung

1. Dieser Artikel umreißt die Versuche Josef Stalins - von 1930 bis zu seinem Tod - die Regierung der Sowjetunion zu demokratisieren.

2. Diese Aussage und dieser Artikel werden viele erstaunen und so manchen empören. In der Tat veranlasste mich mein eigenes Erstaunen über die Ergebnisse der Forschung, diesen Artikel zu schreiben. Ich war schon seit Längerem der Ansicht, dass die Version des Kalten Krieges über die Sowjetunion einige ernste Fehler hatte. Noch war ich aber unvorbereitet über den Umfang der Falschheiten, die mir als Tatsachen unterrichtet worden waren

3. Diese Geschichte ist in Russland weit bekannt, wo Respekt oder gar Bewunderung für Stalin üblich ist. Juri Shukow, der bekannteste russische Historiker, der mit der Akademie der Wissenschaften verbunden wird und der an dem Paradigma „Stalin als Demokrat“ festhält und dessen Arbeiten für diesen Artikel die Hauptquelle sind, ist die Hauptfigur.

4. Allerdings sind die Geschichten und Fakten, welche diesen Artikel durchziehen, außerhalb Russlands fast unbekannt, wo das Paradigma des Kalten Krieges, welches heißt: „der Schurken Stalin“, das kontrolliert, was veröffentlicht wird. Dieses Verdikt ist verantwortlich dafür, dass die Werke, die hier zitiert werden, kaum beachtet werden. Das ist der Grund dafür, dass die Primär- und Sekundärquellen, die für diesen Artikel genutzt werden nur in Russland erhältlich sind. [1]

5. Dieser Artikel informiert die Leser nicht einfach nur über neue Fakten und auf ihnen basierende neue Schlussfolgerungen über die Geschichte der UdSSR, vielmehr ist er ein Versuch, nicht-russischen Lesern Ergebnisse neuer Forschungen, basierend auf Sowjetarchiven, über die Stalinzeit und Stalin selbst zu vermitteln. Die hier be-

¹¹ Deutsche Übersetzung der Einleitung und des 1. Teils: Michael Kubi; redaktionelle Bearbeitung: Redaktion offen-siv. Übersetzung des 2. Teils: Gerhard Schnehen

sprochenen Fakten sind vergleichbar mit einer Anzahl von Paradigmen der sowjetischen Geschichte und helfen, eine Anzahl anderer Interpretationen zu widerlegen. Sie werden für jene, deren historische und politische Perspektiven irrtümlich und ideologisch motiviert auf den fiktiven Legenden des Kalten Krieges über den „sowjetischen Totalitarismus“ und den „stalinistischen Terror“ beruhen, vollkommen unakzeptabel, ja unverschämt erscheinen. [2]

6. Die Chruschtschow-Interpretation Stalins als dem machthungrigen Diktator, dem Verräter des Vermächtnisses Lenins, wurde in den 1950ern kreiert, um die Politik und Ideologie der Kommunistischen Partei den Bedürfnissen ihrer Nomenklatura anzupassen. Aber sie zeigt große Ähnlichkeiten und teilt viele Annahmen mit dem kanonischen Diskurs über Stalin, der, geerbt vom Kalten Krieg, im Interesse der Kapitalistenklasse dazu dient darzustellen, dass kommunistische Kämpfe - oder allgemein Kämpfe für die Befreiung der Arbeiter - unvermeidlich in eine Art des Horrors führen müssen.

7. Es passt auch zu den Bedürfnissen der Trotzisten zu behaupten, dass die Niederlage Trotzki's, des in ihren Augen „wahren Revolutionärs“, nur durch die Hand eines Diktators kommen konnte, der, so wird behauptet, jedes Prinzip der Revolution bekämpfte. Chruschtschowsche, antikommunistische und trotzkistische Sichtweisen der sowjetischen Geschichte sind vergleichbar in ihrer Dämonisierung Stalins, seiner Führung und der UdSSR seiner Zeit.

8. Die Sicht über Stalin, die in diesem Essay zur Geltung kommt, ist vergleichbar mit einer Anzahl anderer widersprüchlicher historischer Paradigmen.

Antirevisionistische und postmaoistische Interpretationen sehen in Stalin einen kreativen und logischen, wenn auch etwas fehlerhaften Erben des Vermächtnisses Lenins.

Inzwischen respektiert auch ein Großteil der russischen Nationalisten Stalin als jene Figur, der es zu verdanken ist, dass Russland zu einer industriellen und militärischen Großmacht wurde. Natürlich sehen sie Stalin dabei nicht als einen Kommunisten.

Stalin ist somit für beide eine fundamentale Figur, obgleich auf unterschiedliche Art und Weise.

9. Dieser Artikel ist kein Versuch Stalin zu rehabilitieren. Ich stimme mit Juri Shukow überein, wenn er schreibt: „Ich kann ehrlich sagen, dass ich gegen eine Rehabilitierung Stalins bin, weil ich grundsätzlich gegen Rehabilitierungen bin. Nichts und niemand in der Geschichte sollte rehabilitiert werden – aber wir müssen die Wahrheit aufdecken und aussprechen. Dennoch sind seit Chruschtschows Zeit die einzigen Opfer Stalins Repressionen, von denen man hört, diese, die an ihnen selbst teilnah-

men, oder die, die sie förderten oder die, denen es misslang, gegen sie zu sein.“ (Shukow, KP Nov. 21. 02)

Auch möchte ich andeuten: wenn Stalin nur diesen Weg gehabt hatte, wurden die vielfältigen Probleme des Aufbaus des Sozialismus gelöst.

10. Während der Periode, die dieser Essay behandelt, war die Führung um Stalin nicht nur daran interessiert, die Demokratie in der Regierungsgewalt, sondern auch die innerparteiliche Demokratie zu fördern. Dieses wichtige und fachbezogene Thema erfordert eine getrennte Studie, die in diesem Essay nicht Zentralthema sein wird. Wie auch immer der Begriff „Demokratie“ verstanden wird, er hat wohl eine unterschiedliche Bedeutung im Kontext einer demokratisch-zentralistischen Partei freiwilliger Mitglieder als in einem großen Staat, wo keine Basis politischer Übereinstimmung vorausgesetzt werden kann. [3]

11. Wo immer möglich beruft sich dieser Artikel auf primäre Quellen. Aber er bezieht sich hauptsächlich auf wissenschaftliche Arbeiten russischer Historiker, die Zugang zu nicht oder erst kürzlich veröffentlichtem sowjetischen Archivmaterial haben. Viele sowjetische Dokumente, die von großer Bedeutung sind, sind nur Wissenschaftlern zugänglich, die privilegierten Zugang zu den Archiven haben. Eine große Anzahl verbleibender Archive ist vollkommen verschlossen oder „sortiert“, inklusive Stalins persönlicher Archive und der Forschungsmaterialien zu den Moskauer Prozessen, den Säuberungen des Militärs, der Tukchaschewsky-Affaire von 1937 und viele andere.

12. Juri Shukow beschreibt die Situation folgendermaßen: *„Mit dem Beginn der Perestroika, zu dessen Slogans auch „Glasnost“ gehörte ... waren die Kremlarchive, die vorher nur Forscher einsehen konnten, beseitigt. Dessen Bestand wurde (in verschiedene Archive – GF) verlagert. Dieser Prozess begann, wurde aber nie beendet. Ohne jegliche Werbung und Erklärung wurden 1996 die wichtigsten, zentralen Materialien wieder neu eingeteilt, geheim gehalten im Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation. Bald waren die Gründe für dieses geheime Vorgehen bekannt; es erlaubte die Auferstehung eines der zwei schäbigsten Mythen.“* (6)

Mit diesen Mythen meinte Shukow „Stalin den Verbrecher“ und „Stalin den Großen Führer“. Nur der erste Mythos ist der westlichen antikommunistischen Geschichtsschreibung geläufig. Aber in Russland und der GUS sind beide weit verbreitet.

13. Eines von Shukows Büchern - und die Grundlage für diesen Artikel - ist „Inoy Stalin“ = „ein anderer Stalin“, anders in dem Sinne, dass er frei von den Mythen, näher an der Realität betrachtet wird, gestützt auf kürzlich geöffnetes Archivmaterial. Dessen Buchumschlag zeigt ein Foto von Stalin, daneben das Negativ des gleichen Fotos: dessen Gegenteil also. Nur kaum benutzt Shukow Quellen aus zweiter Hand. Zum größten Teil zitiert er unveröffentlichtes Archivmaterial, oder Dokumente die

kürzlich geöffnet und veröffentlicht wurden. Das Bild des Politbüros und dessen Politik von 1934 bis 1938, welches Shukow zeichnet, unterscheidet sich von jenen „Mythen“, die er ablehnt.

14. Shukows Einleitung endet mit folgenden Worten: *„Ich erhebe kein Anrecht auf Endgültigkeit und Unbestreitbarkeit. Ich wage nur eine Aufgabe: beide vorgefassten Sichtweisen, beide Mythen zu umgehen; zu versuchen, die Vergangenheit zu rekonstruieren, die einmal sehr bekannt war, heute absichtlich in Vergessenheit geraten ist, vorsätzlich nicht erwähnt wird und von allen ignoriert wird.“*

Gemäß Shukows Anliegen versucht dieser Artike,l beide Mythen zu meiden.

15. Unter solchen Bedingungen müssen alle Ergebnisse vorläufig verbleiben. Ich habe versucht, alle Materialien, sowohl primäre als auch sekundäre, vernünftig zu gebrauchen. Um den Text nicht zu unterbrechen, habe ich die Quellenangaben hinter jeden Abschnitt gesetzt. Des Weiteren habe ich nummerierte Fußnoten eingesetzt, wo längere Erklärungen notwendig sind.

16. Die Forschung, die dieser Artikel zusammenfasst, hat wichtige Konsequenzen für jene, die daran interessiert sind, eine Klassenanalyse der Geschichte fortzusetzen, einschließlich der Geschichte der Sowjetunion.

17. Einer der besten Forscher der Stalinära, J. Arch Getty, nannte die historische Forschung während des Kalten Krieges „das Ergebnis von Propaganda“ – „Forschung“, bei der es keinen Sinn macht, sie zu kritisieren oder zu versuchen, sie in Einzelstücken zu korrigieren, nein, die Forschung muss von Anfang an noch einmal neu gemacht werden. [4] Ich stimme mit Getty überein, würde aber noch ergänzen, dass diese voreingenommene, politisch geladene und unehrliche „Forschung“ heute leider wieder aufgenommen wird.

18. Das Paradigma des Kalten Krieges und der Chruschtschowianer war bisher die allgemein geltende Sicht über die Stalinzeit. Die Forschung, die hier vorgetragen wird, kann zu „einer Reinigung der Grundlage“, zu einem „Anfang des Anfangs“ führen. Die Wahrheit, die hier entsteht, wird auch für Marxisten eine große Bedeutung haben, um die Welt zu verstehen und sie zu verändern, um eine klassenlose Gesellschaft mit sozialer und ökonomischer Gerechtigkeit zu gründen.

19. Im Abschließenden Abschnitt des Essays habe ich einige Gebiete für eine weitere Forschung umrissen, die von den Ergebnissen dieses Artikels vorgeschlagen sind.

TEIL 1

Eine neue Verfassung

20. Im Dezember 1936 stimmte der 8. Außerordentliche Kongress der Sowjets dem Entwurf einer neuen Verfassung zu. Diese stimmten für einen geheimen Wahlgang und für Wahlen mit Gegenkandidaten. (Shukow, Inoy 307 -9)

21. Es sollten nicht nur Mitglieder der Bolschewistischen Partei – damals All-Unions Kommunistische Partei (Bolschewiki) genannt [5] – sondern auch Kandidaten anderer Bürgerinitiativen, basierend auf den Wohnsitz, Religionszugehörigkeit und Arbeitsgruppen, kandidieren können. Diese letzte Bestimmung wurde nie Wirklichkeit. Wahlen mit Gegenkandidaten sind nie gehalten worden.

22. Die demokratischen Aspekte der Verfassung wurden auf Verlangen Josef Stalins eingeführt. Zusammen mit seinen engsten Unterstützern im Politbüro der Bolschewistischen Partei kämpfte Stalin für den Erhalt dieser Bestimmungen. (Getty „State“)

Er und sie (Stalin und seine Unterstützer im Politbüro – M.K.), gaben nur nach, als sie mit der kompletten Ablehnung des ZK der Partei und der panischen Atmosphäre durch die Entdeckung feindlicher Komplote zum Sturz der Regierung, die mit dem japanischen und deutschen Faschismus zusammen arbeiteten, konfrontiert waren

23. Im Januar 1935 beschloss das Politbüro, den Auftrag für die Erarbeitung eines Entwurfs der Verfassung an Avel Jenukidse [6] zu geben, der einige Monate später mit einem Vorschlag für offene Wahlen ohne Gegenkandidaten zurückkam. Fast zeitgleich, am 25. Januar 1935, drückte Stalin seine Meinungsverschiedenheit mit Jenukidse verdeutlichend aus, bestehend auf geheimen Wahlen. (Shukow, Inoy 116-21)

24. Stalin machte seine Differenz auf eine dramatische Weise im März 1936 bei einem Interview bei dem Zeitungs-Großindustriellen Roy Howard öffentlich. Stalin erklärte, dass bei der neuen Verfassung die geheimen Wahlen garantiert werden. Wahlen werden auf gleicher Grundlage abgehalten, bei der die Stimme eines Bauern genauso viel zählt wie die eines Arbeiters. [7], auf territorialer Grundlage, nicht nach der Stellung (wie zu Zarenzeiten) oder dem Einsatzort; und direkt – alle Sowjets werden von den Bürgern selbst gewählt, nicht indirekt durch Repräsentanten. (Stalin-Howard Interview, Shukow „Repressi“ 5-6)

Stalin: *„Wir werden unsere neue Verfassung wahrscheinlich am Ende des Jahres annehmen. Die Kommission, die ausgewählt wurde, die Verfassung anzufertigen, arbeitet und sollte ihre Arbeiten bald beenden. Wie schon bekannt gegeben, werden die Wahlen nach der neuen Verfassung universell, gleich, direkt und geheim sein.“* (Stalin-Howard-Interview, S. 13)

25. Das wichtigste ist, dass Stalin erklärte, dass es Wahlen mit Gegenkandidaten geben wird: „*Sie sind von der Tatsache verwirrt gewesen, dass nur eine Partei bei den Wahlen angetreten ist. Sie verstehen nicht, wie Wahlen mit Gegenkandidaten unter solchen Bedingungen stattfinden können. Eindeutig können Kandidaten sowohl von der Kommunistischen Partei, als auch von allen möglichen öffentlichen, parteilosen Organisationen aufgestellt werden. Und wir haben hunderte von ihnen. Wir haben keine gegnerischen Parteien mehr, genauso wie wir keine Kapitalistenklasse haben, die im Widerstreit zur Arbeiterklasse steht und diese ausbeutet. Unsere Gesellschaft besteht nur aus freien Arbeitern in Stadt und Land – Arbeitern, Bauern und Intellektuellen. Jede dieser Schichten kann unterschiedliche Interessen haben und diese in vielen verschiedenen öffentlichen Organisationen ausdrücken*“ (S. 13-14)

Diese öffentlichen Organisationen können ihre eigenen Kandidaten aufstellen, die gegen die Kandidaten der Kommunistischen Partei konkurrieren. Stalin sagte Howard, dass Bürger die Namen aller Kandidaten durchstreichen außer jenen, den sie zur Wahl wünschen.

26. Er betonte auch die Wichtigkeit dieser Form der Wahlen bei dem Kampf gegen Bürokratie: „*Sie behaupten, dass es keine Wahlkämpfe geben wird. Aber es wird welche geben, ich persönlich sehe aktive Wahlkämpfe voraus. Bei uns zulande gibt es einige Organisationen, die sehr schlecht arbeiten. Es gibt Fälle, dass diese oder jene lokale Regierung die vielfältigen und immer wachsenden Bedürfnisse der Arbeiter in der Stadt und auf dem Land nicht befriedigen. Haben sie gute Schulen gebaut oder nicht? Haben sie die Wohnungssituation verbessert? Sind sie ein Bürokrat? Haben sie geholfen, unsere Arbeit effektiver und unser Leben kulturell wertvoller zu machen? Das werden Kriterien sein, mit denen Millionen von Wählern die Fähigkeiten der Kandidaten prüfen werden, die Unfähigen abwählen, ihre Namen aus der Liste der Kandidaten streichen und die besten unterstützen und nominieren. Ja, Wahlkämpfe werden lebhaft, sie werden von vielen durchgeführt, sehr akute Probleme, besonders von praktischer Natur, als erste Klassenbedeutung für die Menschen. Unser neues Wahlsystem wird alle Institutionen und Organisationen schärfen und sie zwingen, ihre Arbeit zu verbessern. Universelles, gleiches, direktes und geheimes Stimmrecht in der UdSSR wird eine Peitsche in den Händen der Menschen gegen die Regierungsorgane sein, die schlecht arbeiten. Unsere neue sowjetische Verfassung wird meines Erachtens die demokratischste Verfassung der Welt sein.*“ (S. 15)

27. Von diesem Zeitpunkt an sprachen Stalin und seine engsten Mitstreiter Wjatscheslaw Molotow und Andrej Schdanow für Wahlen mit Gegenkandidaten in allen Parteidiskussionen. (Shukow, Inoy 207-10, Stalin-Howard-Inteviu)

28. Stalin war auch daran interessiert, dass diejenigen, die ihrer Bürgerrechte beraubt wurden, diese wieder erhalten. Dies zog die Mitglieder der ehemaligen Ausbeuter-

klassen wie frühere Gutsherren, sowie diejenigen die gegen die Bolschewiki während des Bürgerkrieges 1918-1921 kämpften, sogenannte „Weißgardisten“ und jene, die für Verbrechen verurteilt wurden (wie in den USA heute) mit ein. Die Wichtigsten und wohl zahlreichsten der lishentsy („Beraubte“) waren zwei Gruppen: Kulaken, die Hauptzielscheibe während der Kollektivierung einige Jahre zuvor und jene, die gegen das 1932 durchgeführte „Gesetz der drei Ohren“ [8] verstießen, die häufig Staatseigentum, zumeist Getreide, stahlen um dem Hunger zu entgehen. (Shukow, Inoy 187)

29. Diese Wahlreformen wären unnötig gewesen, wenn die Stalin-Regierung nicht die Art und Weise ändern wollte, wie die Sowjetunion regiert wurde. Sie wollte die Kommunistische Partei aus der Pflicht nehmen, direkt die Sowjetunion zu leiten.

30. Während der russischen Revolution und der darauffolgenden kritischen Jahre wurde die UdSSR nach den Buchstaben des Gesetzes regiert von einer gewählten Hierarchie von Sowjets, von der lokalen bis zur nationalen Stufe, mit dem Obersten Sowjet als dem nationalen legislativen Staatsorgan, dem Rat der Volkskommissare als dem Führungsgremium und dem Vorsitzenden dieses Rates als dem Staatsoberhaupt. Aber in der Realität war die Wahl dieser Staatsorgane, auf jedem Level, in den Händen der Bolschewistischen Partei gewesen. Wahlen wurden gehalten, aber direkte Nominierungen durch Parteiführer, sogenannte „Kooptationen“, waren auch geläufig. Selbst die Wahlen wurden von der Partei kontrolliert, da niemand für ein Staatsorgan kandidieren konnte, wenn die Parteiführer nicht zustimmten.

31. Für die Bolschewiki machte dies Sinn. Dies war die Form der Machtausübung, die die Diktatur des Proletariats unter der spezifischen revolutionären und nachrevolutionären Situation in der Sowjetunion anwandte. Unter der Neuen Ökonomischen Politik, der NEP [9], war es notwendig, die Arbeit und die Fähigkeiten der ehemaligen Ausbeuter auszunutzen. Jedoch mussten sie der Diktatur des Proletariats – des Sozialismus – dienen. Es war ihnen weder gestattet, kapitalistische Verhältnisse über gewisse Grenzen hinaus wiederherzustellen, noch sich politisch zu organisieren.

32. Während der 20er und frühen 30er Jahre warb die Bolschewistische Partei kämpferisch unter der Arbeiterklasse für Mitglieder. Ende der 20er waren die meisten Mitglieder aus der Arbeiterklasse und ein höherer Anteil der Arbeiter trat in die Partei ein. Die massive Werbung und der riesige Versuch politischer Erziehung fanden gleichzeitig mit den enormen Umbrüchen des ersten Fünfjahresplans und der forcierten Kollektivierung der Bauernhöfe in Kollektivfarmen (Kolchosen) und Staatsfarmen (Sowchosen) statt. Die Bolschewistische Führung war sowohl aufrichtig in dem Versuch, ihre Partei zu „proletarisieren“ und erfolgreich in ihrem Ergebnis. (Rigby, 167-8; 184; 199)

33. Stalin und seine Unterstützer im Politbüro gaben mehrere Gründe an, die Sowjetunion zu demokratisieren. Diese Gründe spiegelten den Glauben der Führerschaft um Stalin wider, dass ein neuer Zustand des Sozialismus erreicht wurde.

34. Die meisten Bauern waren in Kollektivfarmen organisiert. Mit der jeden Monat abnehmenden Zahl der Kleinbauern waren Stalin und seine Anhängerschaft der Ansicht, dass die Bauern, objektiv gesehen, keine eigene sozioökonomische Klasse mehr darstellten. Die Bauern waren mehr wie Arbeiter, als dass sie sich von ihnen unterschieden.

35. Stalin behauptete, dass mit dem schnellen Wachstum der sowjetischen Industrie und besonders durch die Machtausübung der Arbeiterklasse durch die Bolschewistische Partei das Wort „Proletariat“ nicht mehr genau war. Das „Proletariat“, so Stalin, bezieht sich auf die Arbeiterklasse unter kapitalistischer Ausbeutung, oder auf Arbeit unter kapitalismustypischen Produktionsverhältnissen während der ersten dutzend Jahre der Sowjetunion, besonders während der NEP. Da aber die Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Kapitalisten aufgehoben wurde, sollte die Arbeiterklasse nicht „Proletarier“ genannt werden.

36. Nach dieser Sichtweise existierte Ausbeutung der Arbeit nicht mehr. Arbeiter folgen, vertreten durch die Bolschewistische Partei, in diesem Staat ihren eigenen Interessen. Deswegen war die Diktatur des Proletariats kein angemessenes Konzept. Die neuen Bedingungen verlangten eine neue Art von Staat. (Shukow, Inoy 231, 292; Stalin, „Draft“, 800 – 1)

Der Kampf gegen die Bürokratie

37. Die Führung um Stalin war auch besorgt um die Rolle der Partei in dieser neuen Stufe des Sozialismus. Stalin selbst eröffnete den Kampf gegen die „Bürokratie“ mit großem Elan und früh, wie sein Bericht zum 17. Parteitag im Januar 1934 zeigt. [10] Stalin, Molotow und andere nannten das neue Wahlsystem eine „Waffe gegen bürokratische Entartungen“.

38. Die Parteiführer kontrollierten sowohl die Regierungsgewalt, wenn sie entschieden, wer in die Sowjets gewählt werden durfte, als auch bei der Verwaltung durch Übersicht und Überprüfung der Tätigkeit der einzelnen Regierungsministerien. Bei seiner Rede auf dem 7. Kongress der Sowjets, 6. Februar 1935, sagte Molotow, dass die geheimen Wahlen „mit großer Kraft gegen bürokratische Elemente wie ein Blitz einschlagen und ihnen einen großen Schock bereiten werden.“ In Jenukides Bericht wurden geheime Wahlen und die Erweiterung des Stimmrechts weder befürwortet noch erwähnt. (Stalin, Bericht auf dem 17. Parteikongress; Shukow, Inoy 124)

39. Die Regierungsminister und ihr Personal mussten etwas über die Angelegenheiten wissen, die sie leiteten, wenn sie effektiv in der Produktion sein wollten. Das bedeutete Ausbildung, speziell technische Ausbildung, in ihren Bereichen. Aber Parteiführer machten alleine mit Beförderung durch Parteipositionen Karriere. Für diese Art der Beförderung war keine technische Sachkenntnis notwendig. Diese Parteibehörden übten Kontrolle aus, aber das technische Wissen, das sie bei der Überwachung kompetent und geschickt hätte machen können, fehlte ihnen oft. (Stalin-Howard-Interview; Shukow, Inoy 305; Shukow, „Repressi“, 6)

40. Das ist es, was die stalinsche Führung unter „Bürokratie“ verstand. Sie sah es als Gefahr, wie alle Marxisten, und glaubte, es wäre nicht unvermeidlich. Sie glaubte eher, dass sie überwunden werden könnte, wenn man die Rolle der Partei in der sozialistischen Gesellschaft ändert.

41. Der Demokratiebegriff, den Stalin und seine Anhänger in der Sowjetunion ins Leben rufen wollten, würde eine qualitative Änderung der sozialen Rolle der Bolschewistischen Partei bringen.

Die Dokumente, die für Forscher zugänglich waren, ermöglichen uns zu verstehen, dass schon Ende der 30er entschiedene Versuche übernommen wurden, die Partei vom Staat zu trennen und die Rolle der Partei im Leben des Landes wesentlich zu verändern. (Shukow, Tayny, 8)

Stalin und seine Anhänger führten, immer konsequent aber mit zurückgehenden Erfolgen, den Kampf gegen die Opposition in der Bolschewistischen Partei fort, bis Stalin im März 1953 starb.

Lavrenti Berias Entschlossenheit, denselben Kampf weiterzuführen, scheint wohl der wahre Grund zu sein, weshalb Chruschtschow und Konsorten in einem inszenierten Prozess im Dezember 1953 – oder, wenn diese Beweise stimmen sollten, im Juni desselben Jahres – ihn haben hinrichten lassen.

42. Artikel 3 der Verfassung sagt aus: „Alle Macht in der UdSSR gehört den Werktätigen in Stadt und Land in Gestalt der Sowjets der Deputierten der Werktätigen“. Die Kommunistische Partei wird in Artikel 126 als „der Vortrupp der Werktätigen in ihrem Kampf für den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft und der leitende Kern aller Organisationen der Werktätigen, der gesellschaftlichen sowohl wie der staatlichen“ bezeichnet. Das heißt, dass die Partei die Organisationen führen soll, sie war aber nicht das legislative oder gesetzgebende Staatsorgan. (Verfassung der SU von 1936; Shukow, Tayny, 29-30)

43. Stalin glaubte wohl, dass, sobald die Partei keine direkte Kontrolle über die Gesellschaft mehr hätte, sie ihre Rolle auf Agitation und Propaganda beschränken und an

der Auswahl der Kader teilnehmen sollte. Was würde das bedeuten? Vielleicht ungefähr das:

- Die Partei würde zu ihrer ursprünglichen Funktion zurückkehren, die Menschen von den Idealen des Kommunismus zu überzeugen.

- Das würde das Ende der ruhigen Posten-Jobs sein und eine Rückkehr zu dem Ideal eines hart arbeitenden, selbstlosen Bolschewiken führen, wie man sie aus der Zarenzeit, der Revolution, des Bürgerkriegs, der NEP und der Kollektivierung und Industrialisierung kannte. Während dieser Zeit bedeutete für die meisten, Parteimitglied sein harte Arbeit und große Opfer, häufig waren Parteilose den Bolschewiki feindlich gegenübergestellt. Es gab immer die Notwendigkeit einer soliden Basis unter den Massen. (Shukow, *KP Nov.* 13 02; Mukhin, *Ubiystvo*)

44. Stalin betonte, dass Kommunisten hart arbeitende, gebildete Leute sein sollten, die einen wahren Beitrag zur Bildung einer kommunistischen Gesellschaft leisten sollen. Stalin selber war ein unermüdlicher Schüler. [11]

45. Zusammenfassend kann man feststellen, dass Stalin beabsichtigte, das neue Wahlsystem mit folgenden Zielen zu erfüllen:

- Sicher gehen, dass nur technisch ausgebildete Leute die Produktion und auch die sowjetische Gesellschaft leiten.

- Die Entartung der Bolschewistischen Partei aufhalten und Parteimitglieder, besonders Parteiführer, zu ihrer eigentlichen Funktion zurückführen: für die Gesellschaft durch Argumente und Überzeugung eine politische und moralische Führung zu sein.

- Die Parteiarbeit unter den Massen verstärken.

- Die Massen zur Unterstützung der Regierung gewinnen.

- Die Basis für eine klassenlose, kommunistische Gesellschaft schaffen.

Stalins Niederlage

46. 1935, unter der Schirmherrschaft des Chefanklägers der UdSSR, Andrej Wyschinski, wurden viele Bürger, die verbannt oder inhaftiert worden und – besonders wichtig für unser Thema – denen das Wahlrecht genommen worden war, rehabilitiert. Hunderttausende ehemaliger Kulaken, reicher Bauern, die Hauptzielscheibe während der Kollektivierung waren und jene, die gefangen genommen oder verbannt worden waren, weil sie Diebstahl am Kollektiveigentum begangen hatten, kamen frei. Wyschinski kritisierte das NKWD hart, weil dieses nach der Ermordung Sergej Kirows 1934 über 12.000 Menschen aus Leningrad verbannten. Er erklärte, dass das NKWD nicht

mehr befugt sei, Leute ohne ein frühzeitiges Einverständnis des Anklägers zu verhaften.

Die Zahl der wahlberechtigten Bevölkerung war durch die Maßnahmen um einige Hunderttausend gewachsen, die Grund genug hatten zu fühlen, dass der Staat und die Partei sie unfair behandelt hatten. (Thurston 6-9; Shukow, *KP* Nov. 14 & Nov. 19 02; Shukow, *Inoy* 187; Shukow, "Repressii" 7)

47. Stalins ursprünglicher Vorschlag für die neue Verfassung beinhaltete keine Wahlen mit Gegenkandidaten. Er gab dies zuerst im Interview mit Roy Howard, März 1936, bekannt. Im Plenum des ZK, Juni 1937, sagte Jakowlew, – eines der ZK-Mitglieder, das am meisten mit Stalin am Entwurf einer Verfassung gearbeitet hatte (Shukow, *Inoy* 223) – dass der Vorschlag für Wahlen mit Gegenkandidaten ein Vorschlag Stalins war. Dieser Vorschlag schien auf weit verbreitete, wenngleich stillschweigende Opposition der regionalen Parteiführer, der ersten Sekretäre getroffen zu sein. Nach dem Howardinterview waren in den wichtigsten Zeitungen – diese waren unter der direkten Kontrolle des Politbüros – keine nominellen Lobpreisungen oder Unterstützungen für Stalins Vorschlag, Wahlen mit Gegenkandidaten einzuführen, zu lesen. Am 10. März brachte diesbezüglich die *Prawda* nur einen Artikel, bei dem aber die Wahlen mit Gegenkandidaten nicht erwähnt wurden.

48. Shukow schließt hieraus: „Dies konnte nur eines bedeuten: Nicht nur die „untere Führungsschicht“ (die ersten Sekretäre), sondern auch ein Teil des ZKs, deren Agitprop unter Stetskii und Tal stand, war gegen Stalins Neuerung, wollten ihr sogar in einer ausschließlich formalen Weise nicht zustimmen, weil sie - gefährlich für viele, wenn man den Worten Stalins in der *Prawda* folgt - direkt die Positionen und die Macht der Ersten Sekretäre der ZKs der Kommunistischen Parteien der nationalen Republiken und der Regional-, Oblast-, Stadt- und Gebietskomitees gefährden. (*Inoy* 211)

49. Die Ersten Parteisekretäre verwalteten die Parteiämter, von denen sie bei Niederlagen in Wahlen zu den Sowjets, für die sie antraten, nicht entfernt werden konnten. Aber die riesige lokale Macht, die sie hielten, ging hauptsächlich auf die Kontrolle der Partei über jeden Bereich der Wirtschaft und des Staatsapparates zurück – Kolchosen, Fabriken, Erziehung, Militär. Das neue Wahlsystem würde den Ersten Sekretären die Position als „automatischer“ Delegierter eines Sowjets und die Möglichkeit, die anderen Delegierten einfach auszusuchen, nehmen. Ihre eigene Niederlage oder die „ihrer“ Kandidaten (der Parteikandidaten) in den Wahlen für die Sowjets wäre dann möglich und wäre die Quittung für eine eventuell schlechte Arbeit. Ein Erster Sekretär, dessen Kandidaten bei den Abstimmungen von Nicht-Parteimitgliedern besiegt würden, würde als einer, der wenig Bindung zu den Massen hat, bloßgestellt werden. Während des Wahlkampfes wären Oppositionskandidaten sicher, Kampagnen gegen Korrupti-

on, Autoritarismus oder irgendwelche Inkompetenz, die sie unter den Parteibehörden entdeckt haben, wären zu machen. Besiegte Kandidaten würden entlarvt werden, es würde deutlich werden, dass sie ernste Schwächen als Kommunisten haben, und das würde wohl dazu führen, dass sie ersetzt würden. (Shukow *KP Nov.* 13 02; *Inoy* 226; Getty, "Excesses" 122-3)

50. Ältere Parteiführer waren üblicherweise über lange Jahre standhafte Parteimitglieder, Veteranen der gefährlichen Zarenzeit, der Revolution, des Bürgerkriegs und der Kollektivierung, als es risikoreich und gefährlich war, Kommunist sein. Viele hatten wenig formelle Erziehung. Im Gegensatz zu Stalin, Kirow und Beria schien es wohl so gewesen zu sein, dass viele von ihnen nicht in der Lage waren, sich durch Selbsterziehung „selbst zu erneuern“. (Mukhin, *Ubiystvo* 37; Dimitroff 33-4; Stalin, *Zastol'nye* 235-6).

51. All diese Männer waren lange Zeit Unterstützer der Politik Stalins. Sie führten die Kollektivierung der Bauernschaft durch, von denen viele während der Zeit deportiert wurden. Während 1932-33 starben viele Menschen, vielleicht 3 Mio., durch eine Hungersnot, die eher echt war, als „künstlich hervorgerufen“. Einige Parteifunktionäre gingen die Kollektivierung und Enteignung des Getreides der (Groß-)Bauern schonungsloser an, um die Arbeiter in der Stadt zu ernähren, oder sie mussten bewaffneten Kulakenaufstände (bei der viele Bolschewiki getötet wurden) niederschlagen. Diese Parteiführer hatten die Verantwortung für die Industrialisierung, wieder unter harten Bedingungen, wie schlechten Wohnraummöglichkeiten, mangelnden Nahrungsmitteln und mangelnder medizinischer Versorgung, geringer Bezahlung. (Tauger; Anderson & Silver; Shukow, *KP Nov.* 13 02).

52. Sie standen jetzt Wahlen gegenüber, in denen jene das Wahlrecht bekommen sollten, denen es entzogen wurde, weil sie auf der falschen Seite gestanden hatten. Es war gut möglich, dass diese gegen ihre Kandidaten oder gar gegen jeden Bolschewiken wählen würden. Wenn es so wäre, könnten sie degradiert werden, oder schlimmer. Sie würden nur noch eine Parteiposition, oder – was am schlimmsten wäre – irgendeinen Job bekommen. Die neue „Stalin“-Verfassung garantiert jedem Bürger das Recht auf Arbeit, medizinische Versorgung, Rente, Bildung etc. Aber jene Männer (es waren fast nur Männer), die die Macht und Privilegien hatten, waren durch die Niederlage ihrer Kandidaten bei den Abstimmungen bedroht. (Shukow, *KP Nov.* 13 02; Verfassung von 1936., Kap. X; Getty, "Excesses" 125,)

Prozesse, Verschwörungen, Repressionen

53. Die Pläne für eine neue Verfassung und Wahlen wurden im Plenum des ZK vom Juni 1936 entworfen. Die Delegierten stimmten einstimmig dem Entwurf der Verfas-

sung zu. Aber keiner von ihnen sprach sich zu deren Gunsten aus. Dem Empfehlungsentwurf Stalins nicht wenigstens ein positives Lippenbekenntnis zu geben, deutete allerdings „eine latente Opposition in der unteren Führungsschicht“ an, ein demonstratives Signal, das zur Sorge Anlass gab. (Shukow, *Inoy* 232, 236; "Repressii" 10-11)

54. Während des 8. All-Russischen Kongresses der Sowjets im November-Dezember 1936 betonten Stalin und Molotow die Erweiterung der Wahlberechtigung und der geheimen Wahl mit Gegenkandidaten. In Bezug auf Stalins Interview mit Howard betonte Molotow den nützlichen Effekt für die Partei, Nicht-Parteimitglieder zu den Wahlen zuzulassen: *„Dieses System ... kann nicht außer gegen jene verbürokratisierten, von den Massen Entfremdete stoßen ... wird die Beförderung neuer Kräfte erleichtern ... entfremdete und verbürokratisierte Elemente abzulösen. Unter der neuen Form der Wahlen ist es auch möglich, dass feindliche Elemente gewählt werden können. Aber sogar diese Gefahr muss letztlich dienen, muss uns zur Hilfe dienen, insofern, als dass dies ein Zeichen für jene Organisationen ist, die es brauchen und Parteiarbeiter, die bei ihrer Arbeit einschließen.“* (Shukow, "Repressii" 15).

55. Stalin betonte dies sogar stärker: „Einige sagen, es sei gefährlich, dass Elemente, die feindlich der Sowjetmacht gegenüberstehen, sich in die höchsten Behörden einschleichen können, solche wie ehemalige Weißgardisten, Kulaken, Priester usw, nur wovor müssen wir uns fürchten? Wenn du Angst vor Wölfen hast, geh nicht in den Wald. Auf der einen Seite sind nicht alle Kulaken, Weißgardisten und Priester der Sowjetmacht feindlich gesinnt, zum anderen, wenn unsere Bürger feindliche Elemente wählen, kann dies nur bedeuten, dass unsere Arbeiten schwach organisiert sind und dass wir diese Schande verdienen.“ (Shukow, *Inoy* 293; Stalin, "Draft").

56. Wieder einmal zeigten die Ersten Sekretäre ihre stillschweigende Gegnerschaft. Auf dem Plenum des ZK, 4. Dezember 1936, dessen Sitzung sich mit dem Kongress überschneidet, wurde kaum über den Entwurf der neuen Verfassung gesprochen. Jeshows Bericht „Über trotzkistische und rechte antisowjetische Organisationen“ war für die Mitglieder des ZK von größerem Interesse. ("Fragmenty" 4-5; Shukow, *Inoy* 310-11).

57. Am 5. Dezember 1936 stimmte der Kongress dem Entwurf der neuen Verfassung zu. Aber es gab dort kaum rege Diskussionen. Stattdessen hatten die Delegierten – Parteiführer – Gefahren durch ausländische und innere Feinde hervorgehoben. Eher als den Reden über die neue Verfassung zuzustimmen, die das Hauptthema der Reden Stalins, Molotows, Schdanows, Litwinows und Wyschinskis waren, hatten die Delegierten diese fast ignoriert. Eine Kommission zur Förderung des Studiums der Verfassung wurde aufgestellt, ohne aber sich auf Wahlen mit Gegenkandidaten zu fixieren. (Shukow, *Inoy* 294; 298; 309)

58. Die internationale Situation war ziemlich angespannt. Der Sieg des Faschismus im Spanischen Bürgerkrieg war nur noch eine Frage der Zeit. Die Sowjetunion war umzingelt von feindlichen Mächten. In der zweiten Hälfte der 30er waren diese Staaten äußerst autoritäre, militaristische, antikommunistische und antisowjetische Regime. Im Oktober 1936 hatte Finnland über dem sowjetischen Grenzgebiet Schüsse abgegeben. Zur selben Zeit wurde die „Achse Berlin-Rom“ von Hitler und Mussolini gegründet. Einen Monat später gründeten Japan, Nazideutschland und das faschistische Italien den „Antikomintern-Pakt“. Sowjetische Versuche, mit den Westmächten Militärbündnisse zu schließen, um eine Allianz gegen Hitler zu bilden, wurden von jenen abgelehnt oder ignoriert. (Shukow, Inoy 285-309).

59. Während der Kongress die neue Verfassung behandelte, befand sich die sowjetische Führung zwischen dem ersten und zweiten Moskauer Prozess. Sinowjew und Kamenew waren im August 1936 mit einigen anderen unter Anklage gestellt. Der zweite Prozess im Januar 1937 involvierte einige der wichtigsten Anhänger Trotzki, geführt von Juri Pjatakow, der Stellvertretender Kommissar der Schwerindustrie war. [12]

60. Das Januar-März-Plenum des ZK der KPdSU von 1937 dramatisierte den Widerspruch innerhalb der Parteiführung: einerseits der Kampf gegen innere Feinde und andererseits die Notwendigkeit der Vorbereitung geheimer Wahlen mit Gegenkandidaten unter der neuen Verfassung zum Ende des Jahres. Die allmähliche Entdeckung von mehr und mehr Gruppen, die die sowjetische Führung stürzen wollten, verlangte das schnelle Vorgehen der Polizei. Aber die Vorbereitung wahrhaft demokratischer Wahlen und die Verbesserung innerparteilicher Demokratie – dieses Thema wurde von Stalin und seinen Unterstützern im Politbüro immer wieder betont – verlangte das Gegenteil: Aufgeschlossenheit für Kritik und Selbstkritik, geheime Wahlen der Führer durch die Parteibasis und ein Ende der „Kooptation“ durch die Ersten Sekretäre.

61. Dieses Plenum, das längste, das jemals in der Geschichte der UdSSR gehalten wurde, zog sich über zwei Wochen. Bis 1992 war von diesem Plenum fast nichts bekannt, bis die große Abschrift des Plenums in Voprosy Istorii veröffentlicht wurde – ein Prozess, für den die Zeitschrift fast 4 Jahre brauchte.

62. Der Bericht Jeschows über die Untersuchungen der Verschwörungen im Land wurde von Nikolaj Bucharin überschattet, der sich, in redseligen Versuchen vergangene Fehler einzugestehen, von ehemaligen Kollegen distanzierte und jedem seine gegenwärtige Loyalität versicherte. (Thurston, 40-42; Getty and Naumov stimmen überein, 563)

63. Nach drei ganzen Tagen, sprach Schdanow über die Notwendigkeit für mehr Demokratie, sowohl im ganzen Land als auch in der Partei, über den Kampf gegen Bü-

rokratie und über die Notwendigkeit einer engeren Bindung mit den Massen, sowohl denen, die in der Partei sind, als auch den parteilosen: *„Das neue Wahlsystem wird einen kraftvollen Stoß zur Verbesserung der Arbeit sowjetischer Organe geben, bürokratische Mängel und Deformierungen der Tätigkeit unserer Sowjetorganisationen liquidieren. Und diese Mängel sind, wie ihr wisst, sehr beträchtlich. Unsere Parteiorgane müssen für den Wahlkampf gewappnet sein. Bei den Wahlen werden wir mit feindlicher Tätigkeit und feindlichen Kandidaten zu tun haben.“* (Shukow, Inoy 343)

64. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass Schdanow, stellvertretend für die Stalinsche Führung, echte Wahlkämpfe mit parteilosen Kandidaten, die ernsthaft den sowjetischen Entwicklungen entgegentraten, vorsah. Allein diese Tatsache ist vollkommen unvereinbar mit Kalter-Krieg- und Chruschtschow-Darstellungen.

65. Schdanow betonte auch ausführlich die Notwendigkeit demokratischer Normen in der Partei: *„Wenn wir den Respekt unserer Sowjet- und Parteiarbeiter und der Massen für unsere neue Verfassung gewinnen wollen, dann müssen wir den Umbau der Parteiarbeit an der Basis auf einer unzweifelhaften und vollen Durchführung innerparteilicher Demokratie garantieren, die in den Verordnungen unserer Partei beschrieben sind.“*

Und er zählte die essentiellen Maßnahmen auf, die schon im Entschließungsentwurf zu seinem Bericht enthalten waren: die Eliminierung der „Kooptationen“; eine Garantie „des unbegrenzten Rechts der Parteimitglieder, die ernannten Kandidaten beiseite zu schaffen und vom unbegrenzten Recht, diese Kandidaten zu kritisieren“. (Shukow, Inoy 345)

66. Aber Schdanows Report wurde durch Diskussionen zu anderen Themen, speziell über die Feinde im eigenen Land, geradezu ertränkt. Eine Anzahl von Ersten Sekretären reagierte alarmierend damit, dass jene, die am gewissenhaftesten die Wahlen vorbereiten oder von denen man eine solche Vorbereitung erwarten kann, die Gegner der Sowjetmacht wären: Sozialrevolutionäre, die Geistlichkeit und andere „Feinde“.

[13]

67. Molotow antwortete damit, dass er die „Entwicklung und Verstärkung von Selbstkritik“ wiederholt betonte und gegen die Suche nach „Feinden“ opponierte: *„Genossen, es gibt keinen Grund dafür, nach Leuten zu suchen, um sie als Volksfeinde zu verleumdern. Wenn ihr das befürwortet, können wir hier uns alle als solche verleumdern, beginnend mit den zentralen Parteiinstitutionen und endend mit den niedrigsten Parteiorganisationen.“*

68. Aber Molotows Bericht wurde im Podium von den Delegierten ignoriert, sie orientierten sich auf die Notwendigkeit nach der „Suche nach ‚Feinden‘, der Aufdeckung von ‚Zerstörern‘ und der Entlarvung von ‚Zerstörungen‘“ (352). Als er wieder

sprach, wunderte sich Molotow über die mangelnde Aufmerksamkeit bezüglich der Substanz seines Berichtes über die neue Verfassung, den er, nachdem er zusammengefasst hatte, was bereits gegen Volksfeinde getan würde, wiederholte.

69. Stalins Rede am 3. März war gleichfalls zweiteilig, wiederholte die Betonung der Notwendigkeit, die Parteiarbeit zu verbessern, unfähige Parteimitglieder zu entfernen und durch neue zu ersetzen. Wie Molotows, so wurde auch Stalins Bericht fast ignoriert.

Vom Beginn der Diskussion an waren Stalins Ängste verständlich. Es schien so, als würde er mit einer Mauer sprechen, mit uninteressierten ZK-Mitgliedern, die bei seinem Bericht nur das hörten, was sie hören wollten. Von den 24 Personen, die an der Diskussion teilnahmen, sprachen 15 hauptsächlich über „Volksfeinde“, die Trotzlisten. Sie sprachen mit Überzeugung, aggressiv, ebenso nach den Berichten Schdanows und Molotows. Sie reduzierten alles auf ein Hauptproblem: die Suche nach Volksfeinden. Und praktisch keiner von ihnen sprach Stalins Hauptpunkt an: die Mängel in der Parteiarbeit und die Vorbereitung der Wahlen zum Obersten Sowjet. (Shukow, *Inoy* 357)

70. Die Stalinsche Führung begann damit, die Ersten Sekretäre anzugreifen. Jakowlew kritisierte unter anderem den Moskauer Parteichef Chruschtschow wegen ungerechter Ausweisung von Parteimitgliedern; Malenkow unterstützte seine Kritik der Parteisekretäre wegen ihrer undifferenzierten Haltung zur Parteibasis. Dies schien der Grund zu sein, weshalb die ZK-Mitglieder nicht mehr über die Suche nach „Volksfeinden“ sprachen - wohl aber eher, um sich selber zu verteidigen. Es war immer noch keine Reaktion auf Stalins Bericht. (Shukow, *Inoy* 358-60)

71. Auf seiner Schlussrede am 5. März, dem Abschlusstag des Plenums, reduzierte Stalin die Notwendigkeit, „Volksfeinde“ zu jagen, auf ein Mindestmaß, - sogar bei Trotzlisten, von denen sich viele wieder zur Partei wandten. Sein Hauptthema war, dass die Parteibehörden nicht ausschließlich jeden Bereich der Wirtschaft verwalten sollten, dass die Bürokratie zu bekämpfen sei und dass das politische Niveau der Parteibehörden zu erhöhen sei. In anderen Worten wollte Stalin den Einsatz der Kritik an den Ersten Sekretären erhöhen: *„Einige Genossen denken, nur weil sie ein Narkom (=Volkskommissar) sind, wüssten sie alles. Sie glauben, dass einem durch den Besitz eines Ranges ein sehr großes, fast unerschöpfliches Wissen verliehen wird. Oder sie denken: wenn ich Mitglied des ZKs bin, dann nicht einer durch ein Versehen, denn ich weiß alles. Das ist aber nicht der Fall.“* (Stalin, *Zakliuchitel'noe*; Shukow, *Inoy* 360-1)

72. Am meisten bedrohlich war für die Parteibehörden, inklusive der Ersten Sekretäre, dass Stalin ihnen vortrug, dass jeder von ihnen zwei Kader aussuchen sollte, die

ihren Posten für eine Zeit übernehmen, während sie (die Ersten Sekretäre) einen politischen Weiterbildungskurs besuchen, der sechs Monate dauert. Mit dem so geplanten Austausch der Parteisekretäre hatten manche allen Grund, Angst zu haben davor, für eine gewisse Zeit ersetzt zu werden und die Rückenstärkung ihrer „Familien“ (Partei-behörden, die ihnen unterstanden) zu verlieren, ein Hauptgrund für Bürokratie. (Shukow, *Inoy* 362)

73. Thurston charakterisiert Stalins Rede als „erheblich milder“, betonte „die Notwendigkeit, von den Massen zu lernen und auf Kritik von untern zu achten“. Selbst die Resolution, verabschiedet auf der Basis von Stalins Report, berührte das Thema „Volksfeinde“ nur kaum. Nach Shukow, der aus dieser unveröffentlichten Resolution zitiert, beschäftigte sich keiner der 25 Punkte ausführlich mit dem Thema „Volksfeinde“. (Thurston, 48-9; Shukow, *Inoy* 362-4) [14]

74. Nach dem Plenum inszenierten die Ersten Sekretäre eine virtuelle Rebellion. Erst sendete Stalin, dann das Politbüro, Nachrichten aus, die die Notwendigkeit der Durchführung geheimer Wahlen und der innerparteilichen Demokratie nicht hervorhoben. Die Ersten Sekretäre gingen ihrer gewohnten Arbeit nach, trotz der Resolutionen des Plenums.

75. Während der nächsten paar Monate versuchten Stalin und seine engsten Mitarbeiter von der Jagd nach Volksfeinden – der Hauptsorge der ZK-Mitglieder – abzuweichen und wieder zum Kampf gegen die Bürokratie in der Partei und zu den bevorstehenden Wahlen zurückzukehren. Währenddessen „versuchten lokale Parteiführer alles mögliche zu tun, um innerhalb der Grenzen der Parteidisziplin (und manchmal außerhalb dieser) die Wahlen zu blockieren oder ihren Modus zu ändern.“ (Getty, "Excesses" 126; Shukow, *Inoy* 367-71)

76. Die plötzliche Aufdeckung breiter Verschwörungen in Armee und Polizei im April, Mai und Anfang Juni 1937 alarmierte die Regierung. Genrich Jagoda, Chef der Sicherheitspolizei und Kommissar für Innere Angelegenheiten, wurde im März 1937 festgenommen und gestand im April desselben Jahres. Im Mai und Anfang Juni bekannten sich hohe Militärkommandeure schuldig, sich mit der deutschen Wehrmacht und dem deutschen Generalstab gegen die Sowjetunion verschworen zu haben, um die Rote Armee bei einer Invasion in die Sowjetunion zu besiegen; außerdem gaben sie zu, Komplotte mit politischen Persönlichkeiten geschlossen zu haben, von denen viele hohe Ämter inne hatten. (Getty, "Excesses" 115, 135; Thurston, 70, 90, 101-2; *Genrich Jagoda*) [15]

77. Diese Situation war weitaus ernster, als es sich die Sowjetregierung vorgestellt hatte. Im Fall der Moskauer Prozesse 1936 und 1937 nahm sich die sowjetische Regierung die Zeit, die Fälle gut vorzubereiten und die Prozesse einer breiten Öffent-

lichkeit zu zeigen. Beim Militärkomplott war es aber anders. Etwas mehr als drei Wochen vergingen zwischen der Festnahme Marschall Tukchaschewskys Anfang Mai und dem Prozess und der Hinrichtung von Tukchaschewsky und sieben weiteren hohen Militärkommandeuren am 11. und 12. Juni. Während dieser Zeit wurden viele hohe Militärs nach Moskau gerufen, um die Beweise gegen ihre Kollegen – für die Meisten waren es ihre Vorgesetzten – und die alarmierenden Analysen von Stalin und Woroschilow, dem Volkskommissar für Verteidigung und Obersten Militärkommandeur im Land, zu hören.

78. Zur Zeit des Februar-März-Plenums wurden weder Jagoda noch Tukchaschewsky verhaftet. Stalin und das Politbüro bestimmten, dass die Verfassung Hauptthema sein würde und mussten in die Defensive gehen bei dem Fakt, dass die meisten Mitglieder des ZK dieses Thema ignorierten und die Suche nach Volksfeinden hervorhoben. Das Politbüro plante, dass das Hauptthema des kommenden Juni-Plenums von 1937 ebenfalls die Veränderungen der Verfassung sein werden. Aber im Juni war die Situation anders geworden. Die Entdeckung von Komplotten im NKWD und bei den bekanntesten Militärkommandeuren, die Regierung zu stürzen und ihre Mitglieder umzubringen, änderte die politische Atmosphäre.

79. Stalin war in der Defensive. In seiner Rede am 2. Juni über die Sitzung des Militärsowjets (die von 1. – 4. Juni stattfand) portraitierte er eine Serie kürzlich entdeckter [16] Komplotte als eingegrenzt und erfolgreich behandelt. Auch auf dem Februar-März-Plenum minimierten er und sein Politbüro die übertriebenen Besorgnisse der Ersten Sekretäre, nach Volksfeinden Ausschau zu halten. Aber, so notiert Shukow, die Situation geriet ihm (Stalin) langsam aber sicher außer Kontrolle. (Stalin, "Vystuplenie"; Shukow, *Inoy* Ch. 16, *passim*; 411).

80. Das Juni-Plenum des ZK von 1937 [17] begann mit den Vorschlägen, erstens, sieben Mitglieder und Kandidaten des ZKs wegen „Fehlens politischer Glaubwürdigkeit“ zu entlassen und zweitens, weitere 19 Mitglieder und Kandidaten wegen „Landesverrat und aktiver konterrevolutionärer Tätigkeit“ auszuschließen. Diese 19 wurden vom NKWD verhaftet. Inklusive der zehn Mitglieder, die wegen ähnlicher Gründe aus dem ZK bei einer Abstimmung der ZK-Mitglieder ausgeschlossen wurden (inklusive jener Militärkommandeure, welche schon verurteilt und hingerichtet wurden), bedeutete das, dass 36 der 120 ZK-Mitglieder und Kandidaten entfernt wurden.

81. Jakowlew und Molotow kritisierten die Versäumnis der Parteiführer, unabhängige Wahlen der Sowjets zu organisieren. Molotow betonte sogar, dass selbst verdiente Revolutionäre weichen müssen, wenn sie sich nicht auf die Themen des Tages vorbereiteten. Er hob hervor, dass die Sowjetorganisationen keine „Arbeiter zweiter Klasse“ sei. Parteiführer behandelten sie aber als solche.

82. Jakowlew belichtete und kritisierte das Versäumnis der Ersten Sekretäre, geheime Wahlen für die Parteiposten abzuhalten, anstatt auf Ernennungen (Kooptationen) aufzubauen. Und Jakowlew verwies sehr stark auf die Notwendigkeit „von der gewaltigen Reserve neuer Kader zu schöpfen und jene zu ersetzen, die korrupt und bürokratisiert wurden.“ All diese Aussagen waren ein expliziter Angriff auf die Ersten Sekretäre. (Shukow, *Inoy* 424-7; *Tayny*, 39-40, zitiert aus Archivdokumenten.)

83. Die Verfassung wurde schließlich entworfen und das Datum der ersten Wahlen wurde auf den 12. Dezember festgelegt. Die Stalinführung befasste sich verstärkt mit dem Kampf gegen die Bürokratie und für die Vertiefung der Bindung der Partei mit den Massen. Gleichwohl – um es zu wiederholen – geschah dies parallel mit dem beispiellosen Ausschluss von 26 ZK-Mitgliedern, von denen 19 wegen konterrevolutionärer Tätigkeit entlassen wurden. (Shukow, *Inoy* 430)

84. Am vielleicht aufschlussreichsten ist Stalins folgende Bemerkung, wie Shukow zitiert: Am Ende der Diskussion, dessen Thema die Suche nach einer unparteiischeren Methode des Auszählens der Stimmzettel war, erwähnte (Stalin), dass dieses Problem im Westen dank eines Mehrparteiensystems nicht existiere. Sofort nachher äußerte er plötzlich einen Satz, der in einer Sitzung dieser Art sehr merkwürdig klang: „Wir haben keine unterschiedlichen Parteien. Glücklicherweise oder **leider haben wir nur eine.**“ (Shukows Betonung). Und dann schlug er, nur als vorübergehende Maßnahme, vor, dass man für das Vorhaben unparteiischer Überwachung aller Wahlrepräsentanten alle bestehenden gesellschaftlichen Organisationen außer der Bolschewistischen Partei verwenden solle... Der Angriff auf die Parteiautokratie wurde erteilt. (Shukow, *Inoy* 430-1; Hervorhebungen zitiert aus *Tayny* 38)

85. Die Bolschewistische Partei befand sich in einer rigorosen Krise und es war unmöglich zu erwarten, dass die Ereignisse glatt verlaufen würden. Es war die denkbar schlechteste Atmosphäre, als man die – geheimen, allgemeinen Wahlen mit Zulassung von Gegenkandidaten vorbereitete. Stalins Plan, die sowjetische Regierung zu reformieren, wurde verurteilt.

86. Am Ende des Plenums traf sich Robert Eikhe, Erster Sekretär im Westsibirischen Krai (Region der Russischen Republik), privat mit Stalin. Dann trafen sich einige andere Erste Sekretäre mit ihm. Sie forderten die vielleicht schrecklichsten Machtbefugnisse, die ihnen kurz danach garantiert wurden: die Berechtigung Troikas, Gruppen von 3 Beamten zu bilden, die in ihrem Bereich Komplotte bekämpfen sollen. **[18]** Diese Troikas hatten die Berechtigung, Menschen ohne Rechtsbefehl hinzurichten. Des weiteren wurde den Troikas die Befugnis gegeben, Quoten aufzustellen, die besagten, wie viele hingerichtet und wie viele ins Gefängnis gesteckt werden sollten. Wenn diese Quoten erfüllt wurden, baten die Ersten Sekretäre dafür, höhere Quoten aufstellen zu können und bekamen diese. Shukow geht davon aus, dass Eikhe im

Namen einer inoffiziellen Gruppe von Ersten Sekretären sprach. (Getty, "Excesses" 129; Shukow, *Inoy* 435)

87. Wer waren die Ziele der Troikas? Shukow glaubt, dass es vor allem die lishentsy sind, also jene, die ihr Wahlrecht wieder bekommen haben und die somit eine große Hauptgefahr für die Ersten Sekretäre darstellen könnten. Shukow bezweifelt die Existenz großer Komplote. Aber Archivdaten, die kürzlich in Russland veröffentlicht wurden, verdeutlichen, dass wenigstens die zentrale Führung ständig sehr glaubwürdige Polizeiberichte empfing, inklusive Abschriften von Geständnissen. Zweifellos glaubten Stalin und andere in Moskau an die Existenz dieser Komplote. Meine Meinung diesbezüglich ist, dass einige Komplote wirklich existierten und dass die Ersten Sekretäre an sie glaubten. (Shukow, *KP* Nov. 13 02; *Inoy*, Ch. 18; "Repressii" 23; *Lubianka B*)

88. Eine weitere Hypothese ist, dass jemand, der Mitglied oder Anhänger irgendeiner oppositionellen Bewegung ist oder jemals war, als „Feind“ angesehen werden und vom NKWD verhaftet werden konnte. Eine weitere Gruppe waren jene, die öffentliches Misstrauen oder Hass gegenüber dem Sowjetregime als solches zeigten. Thurston zitiert Beweise, dass solche Leute sofort verhaftet wurden. Allerdings wurden jene, die einfache Kritik an lokalen Parteiführern ausübten, speziell bei Treffen, die für so was gedacht waren, nicht verhaftet wurden, während jene, welchen von ihnen kritisiert werden, inklusive des Parteiführers, verhaftet wurden. (Thurston, 94-5)

89. Wider jenen, die behaupten, dass die Komplote gegen die Sowjetregierung Produkte Stalins paranoider Fantasie gewesen seien, oder schlimmer, Lügen, die seinen größtenwahnsinnig Machthunger festigen sollten, gibt es eine Reihe von Beweisen dafür, dass es echte Komplote gab. Berichte von Verschwörern, die später aus der Sowjetunion emigrieren konnten, bestätigen dies. Das bloße Volumen der Polizeiunterlagen hinsichtlich solcher Verschwörungen, von denen nur wenige veröffentlicht sind, lassen daran zweifeln, dass all diese „fabriziert“ gewesen sind. Außerdem machen Anmerkungen Stalins auf diesen Dokumenten klar, dass er sie für sorgfältig hielt. (Getty, "Excesses" 131-4; *Lubianka B*)

90. Getty fasst diesen hoffnungslosen Widerspruch wie folgt zusammen: „ Stalin war noch nicht willig, die Wahlen mit Gegenkandidaten zurückzuziehen und am 2. Juli 1937 veröffentlichte die Prawda einen Artikel über die Einsetzung neuer Wahlregeln, die die Regionalen Sekretäre zweifelsohne enttäuschten. Aber Stalin bot einen Kompromiss an. Am selben Tag wurden die Wahlgesetze veröffentlicht, das Politbüro genehmigte eine Massenaktion gegen genau diese Elemente zu starten, über die sich die lokalen Parteiführer beklagt hatten und einige Stunden später sendete Stalin sein Telegramm an die Provinzleiter, eine Kampagne gegen die Kulaken zu starten. Es ist hart das Ergebnis zu vermelden, dass als Gegenleistung dafür, dass die lokalen Partei-

führer gezwungen werden, Wahlen abzuhalten, Stalin ihnen half zu gewinnen, indem er es ihnen gestattete, Hunderttausende von 'gefährlichen Elementen' zu töten oder zu deportieren. ("Excesses" 126)

91. Was immer die Gründe für diese Säuberung, außergerichtliche Exekutierungen und Deportationen waren, Stalin glaubte, dass sie die Wahlen mit Gegenkandidaten vorbereiten. Dennoch haben diese Aktivitäten jede Möglichkeit für solche Wahlen sabotiert.

92. Das Politbüro versuchte zuerst, diese Kampagne der Repressionen zu begrenzen und befahl diese in fünf Tagen zu beenden. Etwas überzeugte oder zwang sie wohl, dem NKWD zu erlauben, diese Kampagne auf vier Monate zu verlängern – vom 5.-15. August bis zum 5.-15. Dezember. War es die große Zahl jener, die verhaftet wurden? Die Überzeugung, dass die Partei mit weit verbreiteten Komplotten und großen internen Drohungen konfrontiert war? Wir kennen nicht die Einzelheiten, wie und warum sich diese Massenrepressionen ausbreiten konnten.

93. Das war genau diese Zeit, in der die Wahlkampagne stattfand. Obwohl das Politbüro die Vorbereitungen für die Wahlen fortführte, kontrollierten die lokalen Behörden die Repressionen. Sie konnten bestimmen, welche Opposition, wenn überhaupt eine zugelassen wurde gegen die Partei – oder mehr gegen sie selbst, die lokalen Parteiführer - als „loyal“ galt und welche Opposition unterdrückt, gefangen genommen oder gar hingerichtet wurde. (Getty, "Excesses," passim.; Shukow, Inoy 435)

94. Primäre Dokumente zeigen, dass Stalin und das zentrale Politbüro davon überzeugt waren, dass es antisowjetische Tätigkeiten im Land gab und man sich mit diesen beschäftigen muss. Dies ist das, was die regionalen Parteiführer während des Februar-März-Plenums verteidigt haben. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Stalinsche Führung diese Gefahr verharmlost, sich auf die Verfassung und die Vorbereitung neuer Wahlen und auf das Ersetzen der „bürokratisierten“ und alten Führungsschicht durch eine neue konzentriert.

95. Während des Juniplenums vertraten die Ersten Sekretäre folgendes: „Wir haben es euch gesagt. Wir waren im Recht und ihr habt falsch gelegen. Des Weiteren haben wir immer noch Recht – gefährliche Verschwörer sind immer noch aktiv, bereit die Wahlen für ihren Versuch, eine Revolte gegen die Sowjetunion zu verursachen, zu missbrauchen.“ Geschah dies ungefähr so? Es scheint plausibel zu sein. Aber wir können nicht sicher sein.

96. Die Stalinsche Führung war sich nicht sicher, wie weit diese Komplotte gingen. Sie wussten nicht, was Nazideutschland und Japan tun würden. Am 2. Juni erklärte Stalin dem großen Treffen des Militärsowjets, dass die Tukchaschewsky-Gruppe Nazideutschland Pläne der Roten Armee überreicht habe. Das bedeutete, dass auch

die Japaner, die Mitglied des Antikominternpaktes waren und somit auch Zugang zu diesen Plänen hatten, genauso wie das faschistische Italien, das ebenfalls Mitglied dieses Paktes war, über Interna der Roten Armee informiert waren.

97. Stalin erklärte den Kommandeuren, dass die Verschwörer die UdSSR zu einem „anderen Spanien“ machen wollten – das heißt, sie durch eine Fünfte Kolonne im Staat mit Verbindungen zu den feindlichen Mächten erst destabilisieren und dann erobern wollten. Bei dieser schlimmen Gefahr beschloss die sowjetische Führung selbstverständlich, mit größter Entschlossenheit zu reagieren. (Stalin, "Vystuplenie")

98. Es gibt viele Beweise dafür, dass zur selben Zeit die Stalinregierung sowohl die Repressionen durch die Troikas, die von den Ersten Sekretären geführt wurden, einzuschränken und die Realisierung der Wahlen auf Basis der neuen Verfassung zu vollenden versuchte. Vom 5. bis 11. Juli folgten die meisten Sekretäre Eikhes Vorbild und stellten genaue Quoten auf, wie viele repressiert werden sollten: Exekution (Kategorie 1) oder Gefangenschaft (Kategorie 2). Dann aber schickte der Stellvertretende NKWD-Chef M. P. Frinowsky ein dringendes Telegramm an die lokalen Polizeibehörden: „Fangt nicht mit der Repression ehemaliger Kulaken an. Ich wiederhole: Fangt damit nicht an.“ (Getty, "Excesses" 127-8)

99. Die Lokalen NKWD-Chefs wurden nach Moskau gerufen, um Konferenzen abzuhalten, bei denen der Befehl Nr. 00447 erlassen wurde. Dieser sehr lange und detaillierte Befehl senkte die Anzahl der Menschen, die unter die Repressionen fallen sollten (zum Beispiel Priester, die vorher gegen die Sowjetmacht waren oder Kriminelle) und die „Quoten“, die von den Ersten Sekretären angefordert wurden. [19] All diese Schwankungen deuteten Meinungsverschiedenheiten und Kämpfe zwischen dem „Zentrum“ – Stalin und das Politbüro – und den Ersten Sekretären der Provinzen an. Stalin war da eindeutig nicht federführend. (Order No. 00447; Getty, "Excesses" 126-9).

100. Das Zentrale Plenum vom Oktober 1937 sah die endgültige Annullierung des Planes für die Wahlen mit Gegenkandidaten. Ein Musterstimmzettel, der unterschiedliche Kandidaten zeigte, war schon angefertigt worden - verschiedene von ihnen haben in den Archiven überdauert. [20] Die sowjetischen Wahlen vom Dezember 1937 wurden auf der Grundlage durchgeführt, dass neben den Parteimitgliedern 20 – 25% Parteilose kandidieren durften – in anderen Worten in einer Allianz, aber ohne Wahlwettbewerb. Shukow kriegte es hin, in den Archiven das bedeutende Dokument ausfindig zu machen, das am 11. Oktober um 18 Uhr unterzeichnet wurde, in dem die Wahlen mit Gegenkandidaten annulliert wurden. Dies stellte einen großen, aber unvermeidlichen Rückzug Stalins und seiner Mitstreiter im Politbüro dar. (Shukow, *KP* 19 Nov. 02; Shukow, *Tayny*. 41; *Inoy* 443)

101. Es war auch auf dem Oktober-Plenum, dass die ersten Proteste gegen die Repressionen vom Ersten Sekretär von Kursk, Peskarow, geäußert wurden: „Sie (das NKWD? die Troikas? – G. F.) verurteilten die Leute – illegal – wegen geringster Vergehen, und als wir ... diesen strittigen Punkt an das ZK schickten, eilten uns Genosse Stalin und Genosse Molotow zur Hilfe und sendeten eine Brigade von Arbeitern des Gerichtshofes und der Staatsanwaltschaft, um diese Fälle zu überprüfen. Und nach drei Wochen, in der diese Brigade arbeitet, kam sie zu dem Ergebnis, dass sich 56% der Urteile in 16 Rayons als illegal herausstellten und rückgängig gemacht wurden. Was schlimmer ist: 45% der Urteile lag überhaupt kein Beweis vor, dass ein Verbrechen stattfand. (Shukow, *Tayny*, 43 Hervorhebungen hinzugefügt)

102. Auf dem Januar-Plenum von 1938 übte Malenkow heftige Kritik an der hohen Zahl der ausgeschlossenen Parteimitglieder und der verurteilten Bürger, die nicht einmal mehr als Personen genannt wurden, sondern nur als eine Liste mit Zahlen!

103. Es schien wohl so, dass das NKWD außer Kontrolle geriet. Zweifellos waren es die Ersten Sekretäre auch. (Shukow, *KP* 19 Nov. 02; *Tayny*, pp. 47-51; Thurston 101-2; 112)

Dennoch war die Führung im Politbüro überzeugt, dass es echte Komplote gab und dass diese behandelt werden müssten. Der ganze Umfang des Missbrauchs durch das NKWD wurde nicht erkannt. Wie Shukow anmerkt, folgten nach Malenkows Bericht, der die Karrieristen in der Partei wegen der Massensäuberungen und Massenverhaftungen tadelte, die Berichte Kaganowitschs und Schdanows, die den Kampf gegen die Volksfeinde betonten und nur wenig Aufmerksamkeit der „Naivität und Unwissenheit“ der Arbeit „ehrlicher Bolschewiki“ schenkten.

104. Die Prawda, die unter der direkten Steuerung der Stalin-Führung stand, verlangte immer noch die Distanz der Partei von der direkten Kontrolle ökonomischer Angelegenheiten und die Notwendigkeit, parteilose Leute in führende Rollen zu befördern. (Shukow, *Tayny* 51-2)

Währenddessen wurde Nikita Chruschtschow, der 1937, als er Parteichef in Moskau war, die Exekution von 20.000 Leuten forderte, in die Ukraine versetzt, wo er, innerhalb eines Monats, um die Erlaubnis bat 30.000 Menschen zu repressieren. (Shukow, *Tayny* 64, und siehe Fußnote Nr. 23)

105. Nikolai Jeschow, der 1936 die Führung des NKWDs übernahm, nachdem Genrich Jagoda abgesetzt wurde, schien wohl in einem engen Bündnis mit den Ersten Sekretären gewesen zu sein. [21] Die Massenrepressionen von 1937 und 1938 müssen wohl so von ihm beeinflusst gewesen zu sein, dass man diese Zeit Jeschowschina nannte. Am 23. September 1938 kam zur Diskussion, dass Jeschow abtreten sollte [22] und im November 1938 wurde dieser erfolgreich von Lawrenti Beria geschlagen.

106. Unter Beria wurden viele NKWD-Offiziere und Ersten Sekretäre, die für tausende Hinrichtungen und Deportationen verantwortlich waren, angeklagt und häufig selber hingerichtet, weil sie unschuldige Menschen hinrichteten oder diese folterten. Von einigen Prozessen gibt es Abschriften über solche Polizeimänner, die Folter anwendeten, die veröffentlicht wurden. Viele, die verurteilt, gefangen, deportiert oder in Lagerhaft gesteckt wurden, kamen frei. Angeblich soll Beria später gesagt haben, er hatte den Auftrag „die Jeschowschina zu liquidieren“. Stalin erzählte dem Flugzeugkonstrukteur Jakowlew, dass Jeschow hingerichtet wurde, weil er viele unschuldige Menschen umgebracht hatte. (*Lubianka B*, Nos. 344; 363; 375; Mukhin, *Ubiystvo* 637; Jakowlew)

107. Nicht abzuschätzende Schäden wurden der sowjetischen Gesellschaft, der sowjetischen Regierung und der bolschewistischen Partei zugefügt. Dies war natürlich lange bekannt. Was bis jetzt **nicht** bekannt war, ist, dass die Bildung der „Troikas“, die hohen Quoten für Hinrichtungen und Deportationen auf Verlangen der Ersten Sekretäre eingeleitet wurde, nicht auf das Stalins. Shukow glaubt, dass der enge Zusammenhang zwischen dem oben Genannten und der Gefahr der Durchführung von Wahlen mit Gegenkandidaten und der Fakt, dass das ZK Erfolg hatte, die Stalinregierung zu zwingen, die Wahlen mit Gegenkandidaten zu annullieren, andeutet, dass das Abschaffen der „Gefahr“ durch Wahlen mit Gegenkandidaten ein Hauptgrund für die Massenverhaftungen und Hinrichtungen der „Jeschowschina“ gewesen sein kann. [23] (Shukow, *KP*)

108. Nichts kann Stalin und seine Unterstützer von einer großen Mitverantwortung für die Exekutionen – eindeutig einige hunderttausend [24] – freisprechen. Wenn diese Leute eingesperrt worden wären, anstatt hingerichtet, würden die meisten noch leben. Viele Fälle würden noch mal überprüft und neu aufgerollt werden. Unsere Schlüsselfrage ist aber: Warum gab Stalin dem Verlangen der Ersten Sekretäre nach und lies sie die „Leben-oder-Tod-Troikas“ errichten? Obwohl es dafür keine Entschuldigungen gibt, gab es zweifellos Gründe.

109. Keine Regierung kann auf einen Hochverrat durch die obersten Militärkommandeure, durch höhere Regierungsmitglieder sowohl auf nationaler wie lokaler Ebene und durch höhere Sicherheits- und Grenzpolizisten vorbereitet sein.

110. Eine ganze Reihe von Verschwörungen gegenwärtiger und ehemaliger hoher Parteimitglieder, die Verbindungen im ganzen Land hatten, wurde gerade entdeckt. Am bedrohlichsten war die Verwicklung einiger hoher Militärkader mit in den Verrat geheimer militärischer Pläne an das faschistische Deutschland. Die militärischen Verschwörer hatten ebenfalls Kontakte über die gesamte UdSSR. In diese Komplotte waren auch hohe Mitglieder des NKWD verwickelt, inklusive Genrich Jagoda, der 1934 bis 1936 Chef und einige Jahre vor 1934 stellvertretender Chef des NKWD war.

Es konnte nicht unmittelbar bekannt sein, wie weit verbreitet die Verschwörung war und wie viele Leute daran beteiligt waren. Die Vorsicht zwang dazu, das Schlechteste zu vermuten. [25]

111. Das Politbüro und Stalin waren an der Spitze zweier Hierarchien, sowohl der Bolschewistischen Partei als auch der sowjetischen Regierung. Was sie über die Vorgänge im Staat wussten, haben sie von ihren Untergebenen erfahren. Im Verlauf der weiteren 12 Monate wurden vielen der Ersten Sekretäre Einhalt geboten, über die Hälfte von diesen wurde festgenommen. Großteils mussten sie die exakten Anklagepunkte gegen die meisten der Angeklagten und die Unterlagen ihrer Verhöre freigeben. Wir haben genug dieser Untersuchungsbeweise, die Stalin und das Politbüro erreichten, um eine Vorstellung zu haben, welcher alarmierenden Situation sie gegenüberstanden. (*Lubianka B*)

112. Die Bolschewistische Partei wurde auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus errichtet. Ungeachtet seines Status‘ und seiner Beliebtheit im Volk, konnte Stalin (wie jeder Parteiführer) von der Mehrheit des ZK abgewählt werden. So konnte er nicht die Interessen eines Großteils der ZK-Mitglieder ignorieren.

113. Um Stalins Unvermögen, die Ersten Sekretäre zu stoppen, die die Prinzipien demokratischer Wahlen verspotteten, zu illustrieren, zitiert Shukow einen Vorfall der in der Abschrift des immer noch nicht veröffentlichten Oktober-Plenums von 1937 zu finden ist.

I. A. Krawtsow, Erster Sekretär von Krasnodar Kraikom (Regionalkomitee), war der einzige, der detailliert zugab, was seine Kollegen schon seit einigen Wochen heimlich getan hatten. Er schilderte, dass nur jene Kandidaten zum Deputierten des Obersten Sowjets der UdSSR ausgesucht wurden, die den Interessen der „breiten Führung“ entsprachen.

„Wir machten die Kandidaten zum Obersten Sowjet öffentlich bekannt“, berichtete Krawtsow. „Wer sind diese Genossen? Acht sind Parteimitglieder, zwei sind parteilos oder Mitglied des Komsomols. Auf diese Weise hielten wir uns an den Entwurf des ZK, die Zahl der Parteilos anzugeben. Seitens der Beschäftigung werden diese Genossen so eingeteilt: vier Parteiangestellte, zwei sowjetische Angestellte, ein Kolchos-Vorsitzender, ein Mähdrescherfahrer, ein Traktorfahrer, ein Ölarbeiter. . .

Stalin: Wer sonst, neben Mähdrescherfahrern?

Krawtsow: Unter den 10 ist Jakowlew, der Erste Sekretär des Kraikom, [und] der Vorsitzende des Krai-Vollzugausschusses.

Stalin: Wer empfahl ihnen das zu tun?

Krawtsow: Ich muss sagen, Genosse Stalin, man empfahl es mir hier, im ZK

Stalin: Wer?

Krawtsow: Ich kann es nicht sagen, ich weiß es nicht.

Stalin: Es ist eine Schande, dass sie nicht gesagt haben, dass sie falsch unterrichtet wurden.“ (Shukow, *Inoy* 486-7)

114. Offenbar taten die Ersten Sekretäre das, was Krawtsow öffentlich angab – die Prinzipien der geheimen Wahlen zu ignorieren, ein Prinzip, nach dem sie selbst in den vorherigen Plena gewählt wurden, aber eindeutig niemals zustimmten. Dies kennzeichnet Stalins Niederlage in der Frage, die Verfassungs- und Wahlreformen durchzuführen, die er und seine zentrale Führung für über zwei Jahre vertreten haben.

115. Die demokratischen Reformen wurden zunichte gemacht. Das alte politische System blieb am Platz. Stalins Plan für Wahlen mit Gegenkandidaten wurde nicht mehr durchgeführt. *„Folglich endete der Versuch Stalins und seiner Gruppe, das politische System der Sowjetunion zu reformieren, in einem totalen Fiasko.“* (Shukow, *Inoy* 491)

116. Shukow glaubt, dass, wenn Stalin den Forderungen der Ersten Sekretäre, „Troikas“ zu errichten, nicht nachgegeben hätte, er selber abgewählt, als Konterrevolutionär verhaftet und hingerichtet worden wäre. *„Heute könnte Stalin zu den Opfern der Unterdrückung von 1937 gezählt werden und 'Memorial' und die Kommission von A. N. Jakowlew würden seit langem für seine Rehabilitation eintreten.“* (Shukow, *KP* 16 Nov. 02)

117. Im November 1938 löste Lawrenti Beria Nikolai Jeschow erfolgreich als Chef des NKWD ab. Die „Troikas“ wurden verboten. Außergerichtliche Hinrichtungen wurden verboten und jene, die verantwortlich für die vielen schrecklichen Vorgänge waren, wurden selber verurteilt und hingerichtet oder wurden ins Gefängnis gesteckt. [26] Aber ein Krieg stand bevor. Die französische Regierung weigerte sich, selbst die schwache Version des sowjetisch-französischen Bündnisses zu verlängern (die Sowjetunion war an einem stärkeren Bündnis interessiert). Die Alliierten lieferten kampflos stückweise die Tschechoslowakei Hitler und den polnischen Faschisten aus. Nazi-Deutschland hatte mit Polen ein militärisches Bündnis mit dem Ziel eines Angriffes auf die Sowjetunion gegründet. Der Spanische Bürgerkrieg, in dem die Sowjetunion die Republik stark unterstützte, war verloren. Italien marschierte in Äthiopien ein und der Völkerbund tat nichts. Frankreich und Großbritannien ermutigten Hitler, der weite Teile Osteuropas hinter sich hatte, die Sowjetunion zu überfallen. (*Lubianka B*, No. 365; Leibowitz)

118. Japan, Italien und Deutschland hatten einen gegenseitigen Verteidigungsvertrag und einen „Antikomintern-Pakt“ geschlossen, beide richteten sich ausdrücklich gegen die Sowjetunion. Alle europäischen Grenzstaaten – Polen, Rumänien, Bulgarien, Ungarn, Finnland, Estland, Lettland und Litauen – waren pro-faschistische Militärdiktaturen. Ein Angriff der Japaner an der „See-Khasan“-Küste kostete 1.000 Rotarmisten das Leben. Im nächsten Jahr startete Japan einen weitaus ernsteren Angriff, der von der Roten Armee bei Khalkin-Gol abgewehrt wurde. Die Sowjetunion hatte einen Verlust von 17.000 Männern, inklusive fast 5.500 Toter – kein kleiner Krieg. Als heraus kam, dass der Krieg gegen sie entschieden war, versuchten die Japaner, sich nie wieder mit den Sowjets zu messen. Aber die Sowjetunion konnte dies vorab nicht wissen. (*Rossia I SSSR v Voynakh*)

119. Nach 1938 versuchte die Stalin-Regierung das demokratische Wahlsystem nicht mehr zu realisieren. Reflektierte dieser Fehlschlag einen anhaltenden Stillstand zwischen der Stalin-Führung und den Ersten Sekretären auf dem ZK? Oder eine Einschätzung, dass, wenn der Krieg sich schnell nähert, man für weitere Bemühungen in Richtung Demokratie auf ruhigere Zeiten warten muss? Die aktuelle Beweislage ermöglicht keine feste Aussage dazu.

120. Indessen, als Beria Jeschow als Chef des NKWD ersetzte (formell im Dezember 1938, in der Praxis vielleicht einige Wochen früher), kam es zu einer Welle von Rehabilitierungen. Beria befreite über 100.000 Gefangene aus den Lagern und Gefängnissen. Es folgten Prozesse gegen NKWD-Männer, die Folter und außergerichtliche Hinrichtungen durchführten. (Thurston 128-9)

Fußnoten zu Teil 1

1)- Trotzki's Version sowjetischer Geschichte ging der Chruschtschows voraus und ist mit dieser verbunden als eine Art „linke“ Variante der jetzigen, auf Chruschtschow zurückgehenden. Allerdings ist sie nur wenigen außerhalb der trotzkistischen Kreise vertrauten. Sowohl die trotzkistische als auch die chruschtschowsche Version stellen Stalin äußerst negativ dar; das Wort „dämonisieren“ wäre kaum eine Übertreibung. Über Trotzki, siehe McNeal.

2)- Der weitverbreitete Begriff des „Terrors“ wird verwendet, um die Periode der sowjetischen Geschichte, vor allem von Mitte 1937 bis 1939/40 zu charakterisieren. Diese Sichtweise kann auf das unkritisch hingegenommene, tendenziöse und unzuverlässige Werk von Robert Conquest „The Great Terror“ von 1973 zurückgeführt werden. Die Bezeichnung ist sowohl ungenau als auch polemisch. Siehe Robert W. Thurston, "Fear and Belief in the USSR's 'Great Terror': Response To Arrest, 1935-1939." *Slavic Review* 45 (1986), 213-234. Thurston antwortete und kritisierte Conquests Bestrebung, seine Auffassung zu verteidigen in: "On Desk-Bound Parochialism, Commonsense Perspectives, and Lousy Evidence: A Reply to Robert Conquest." *Slavic Review* 45 (1986), 238-244. Siehe ebenfalls Thurston "Social Dimensions of Stalinist

Rule: Humor and Terror in the USSR, 1935-1941." *Journal of Social History* 24, No. 3 (1991) 541-562; *Life and Terror* Ch. 5, 137-163.

3)- Marxisten-Leninisten sehen in der kapitalistischen „repräsentativen Demokratie“ im Wesentlichen ein Tarnmanöver für die Kontrolle der Elite. Viele nicht-marxistische politische Denker stimmen hier überein. Siehe zum Beispiel Lewis H. Lapham (editor of *Harper's Magazine*), "Lights, Camera, Democracy! On the conventions of a make-believe republic," *Harper's Magazine*, August 1996, 33-38.

4)- zitiert nach Juri Shukow: "Zhupel Stalina," *Komsomolskaia Pravda* Nov. 5 2002. Professor Getty bestätigte es in einer E-Mail an mich.

5)- Der Parteiname wurde 1952 in Kommunistische Partei der Sowjetunion umbenannt.

6)- Jenukidse, ein alter Revolutionär, georgischer Genosse und Stalins Freund, hatte lange Zeit hohe Posten in der Regierung inne und wurde niemals mit einer oppositionellen Gruppe der 20er Jahre in Verbindung gebracht. Zu dieser Zeit war er auch für die Sicherheit des Kremls verantwortlich. Innerhalb einiger Monate war er einer der ersten, die in Verdacht gerieten, einen „Palastputsch“ gegen die Stalin-Regierung zu führen. Shukow notiert, dass dies Stalin besonders aus der Fassung gebracht haben soll. (*KP* 14 Nov. 02)

7)- Teil 2, Kapitel 3, Artikel 9 der Verfassung von 1924, also jene, die zu der Zeit geltend war, gab Stadtbewohnern einen viel größeren Einfluss auf die Gesellschaft – ein Delegierter für 25.000 Stadtbewohner - und ein Delegierter für 125.000 Landbewohner. Dies war weitgehend übereinstimmend mit der Unterstützung des Sozialismus durch die Arbeiter und passte in das marxistische Bild der Diktatur des Proletariats.

8)- In Wirklichkeit ist dies kein Gesetz, sondern ein „Beschluss des Zentralen Exekutivkomitees und des Rats der Volkskommissare“ – das heißt, ein Beschluss der exekutiven und legislativen Abteilungen der Regierung. Die Tatsache, dass dieser Beschluss sogar in wissenschaftlichen Arbeiten als ein Gesetz aufgefasst wird, zeigt einfach, dass jene, die sich auf diesen Beschluss beziehen, ihn nicht gründlich gelesen haben. Es ist gedruckt in *Tragediia Sovetskoy Derevni. Kollektivizatsiia I Raskulachivanie. Documenty I Materialy. 1927-1939. Tom 3. Konets 1930-1933* (Moscow: ROSSPEN, 2001), No. 160, pp. 453-4, und in *Sobranie zakonov i rasporiazhenii Raboche-Krest'ianskogo Pravitel'stva SSSR, chast' I, 1932*, pp. 583-584. Meinen Dank an Garbor T. Rittersporn für die letzte Literaturstelle.

9)- Um so schnell wie möglich die Wirtschaft nach der verheerenden Zerstörung durch den Bürgerkrieg und der nachfolgenden Hungersnot aufzubauen, machten die Bolschewiki den Kapitalismus in einigen Wirtschaftsbereichen Zugeständnisse und ließen ihn dort florieren, allerdings unter der Kontrolle der Regierung. Dies wurde als Neue Ökonomische Politik bezeichnet.

10)- Stalin, "Report to 17th P.C.," 704, 705, 706, 716, 728, 733, 752, 753, 754, 756, 758.

11)- Dies ist wenig bekannt, noch ist seine Bedeutung verstanden worden. Unser Bild von Stalin ist von jenen geprägt worden, die ihn hassten (McNeal 87). Stalin war ein ausgezeichnete Schüler während seines Studiums in Tiflis, Georgien, wo ihn seine Mutter hinschickte. Von

seinen jungen Lebensjahren an widmete Stalin seine Zeit der revolutionären Arbeiterbewegung und hatte somit nicht die Möglichkeit für eine höhere Ausbildung. Aber er war sehr intelligent und ein unersättlicher Leser, dessen Kenntnisse von der Philosophie bis zu technischen Sachen wie Metallurgie reichten. Zeitgenössische Aufzeichnungen bezeugen seine Aufmerksamkeit für Details und sein vollständiges Wissen über viele technische Bereiche. Ein russischer Wissenschaftler, der Stalins Bibliothek erforschte, gibt beeindruckende Zahlen: 20.000 Bände in Stalins Datscha nach dem Krieg, viele der 5.500 nach seinem Tod in das Institut für Marxismus-Leninismus gebrachten Bücher sind kommentiert und unterstrichen (Ilizarov). Roy Medwedew, der Stalin hasst, gibt nur ungern Stalins Begeisterung fürs Lesen zu. (Medwedew, "Lichnaia") Viele Leute, die er zu seinen engsten Mitarbeitern machte, zeigten denselben Einsatz zur Selbstverbesserung. Sergej Kirow, Leningrads Parteichef und enger Verbündeter Stalins, der 1934 ermordet wurde, war bekannt für seine große Belesenheit. (Kirilina 175). „Als Kirow getötet wurde, fotografierten Experten der Untersuchungskommission alles, einschließlich der Oberseite von Kirows Schreibtisch, das die Untersuchung unterstützen könnte. Rechts lag H,tte's Ingenieurhandbuch, links ein Stapel wissenschaftlicher und technischer Zeitschriften. Die Interessen dieses Parteiarbeiters waren vielseitig – wie bei Stalin.“ (Mukhin *Ubiystvo* 625). 1924 schrieb Lawrenti Beria, kurz nach seiner gefährlichen revolutionären Untergrundarbeit als bolschewistischer Eindringling in gewalttätigen, antikommunistischen, nationalistischen Gruppen im Kaukasus, seine Partei-Autobiographie. Seine Absicht bei der Auflistung seiner Taten – ihm wurde im Alter von 20 Jahren der Rang eines Generales zugesprochen – war nicht für einen bequemen Job zu plädieren, wie viele „alte Bolschewiki“ dies verlangten und für gewöhnlich bekamen, sondern ihm zu erlauben, sein Ingenieurstudium wieder aufzunehmen, so dass er einen Beitrag für den Aufbau einer kommunistischen Gesellschaft leisten kann. (Beria: *Konets Kar'ery*, 320-325)

12)- Thurston, Kapitel 2 bis 4, ist die beste Zusammenfassung der Beweise für die Moskauer Prozesse seit den frühen 90ern. Dieser Artikel beschäftigt sich nicht direkt mit diesen Prozessen, dem Prozess gegen Marschall Tukhaschewsky und anderer hoher Militärs und deren Hinrichtung, oder dem Zusammenhang zwischen den einzelnen antisowjetischen Komplotten. Die Dokumente aus den Archiven machten klar, dass Stalin und seine Anhänger überzeugt waren, dass solche Komplote herrschten und die Moskauer Prozesse sowie der Prozess gegen die hohen Militärs waren großteils richtig.

13)- Getty bemerkt, dass die ZK-Mitglieder es demonstrativ ablehnten, auf Schdanows Bericht einzugehen. ("Excesses"124).

14)- Über die Resolution siehe: Shukow Inoy 362-3; Stalin, *Zakliuchitel'noe*. Wie die Resolution (die unveröffentlicht ist), ging Stalin bei seiner Rede nur wenig auf die „Volksfeinde“ ein und warnte das ZK sogar davor, jeden, der Trotzki war, zu „besiegen“. Stalin hob hervor, dass es „herausragende Persönlichkeiten“ unter den ehemaligen Trotzkiisten gibt, insbesondere Felix Dserschinski.

15)- Das Buch (Genrich Jagoda) besteht hauptsächlich aus Befragungen der Untersuchungskommissionen an Jagoda und einiger seiner Anhänger und Geständnissen Jagodas der Vorbereitung einer Verschwörung, um einen Putsch gegen die sowjetische Regierung durchzuführen, Trotzki's Führung bei der Verschwörung und im Allgemeinen das, was Jagoda im Prozess von

1938 zugab. Es gibt kein Indiz dafür, dass Geständnisse ungläubhaft sind. Die Verfasser des Buches leugnen, dass die Fakten, die in den Befragungen zitiert sind, echt sind, und bezeichnen die Befragungen selbst als „gefälscht“. Aber sie führen dafür keine Beweise auf. Jansen und Petrow, die Gegner Stalins sind, zitieren dieses Buch als Beweis für die Falschheit ohne irgendeinen Kommentar abzugeben (p. 226 n. 9). Des Weiteren gibt es aber reichlich Beweise, dass dies Fakt ist – dass also diese Komplotte existierten, dass die Geständnisse, die in den öffentlichen Prozessen gemacht wurden, eher echt als gefälscht sind und dass die Hauptprozesse gegen die Angeklagten richtig waren. Ein anderes großes Buch mit primären Dokumenten wurde 2004 veröffentlicht, das eine Menge NKWD-Berichte über Komplotte und Befragungen enthält (siehe *Lubianka B*). Die plausibelste Erklärung für die Existenz dieser Beweise ist, dass mindestens einige von ihnen echt sind.

16)- In dieser Zeit von den NKWD-Fahndern und heute von einigen russischen Historikern „klubok“ oder „Wirrwarr“ genannt.

17)- Vom Juni-Plenum von 1937 wurde niemals eine Abschrift veröffentlicht. Einige Autoren behaupten, dass keine Abschrift aufbewahrt wurde. Allerdings zitiert Shukow ausgiebig von einigen archivarischen Abschriften, die für andere nicht verfügbar sind.

18)- Der Befehl für die Aufstellung von „Troikas“ in der Westsibirischen Region, wo Eikhe Erster Sekretär war, existiert. Eikhes Antrag wurde noch nicht gefunden, aber er musste so einen Antrag – entweder schriftlich oder mündlich – gestellt haben. Siehe Shukow, "Repressii" 23, n. 60; Getty, "Excesses" 127, n. 64.

19)- Getty, Excesses 131-134 bespricht einige Statistiken über dies. Siehe Befehl No.00447.

20)- Der Musterstimmzettel ist in Shukow, Inoy, Abbildung 6, abgedruckt.

21)- Am 1. Februar 1956, weniger als 4 Wochen vor seiner Geheimrede auf dem 20. Parteitag der KPdSU, erwähnte Chruschtschow in Bezug auf Jeschow: „zweifelloos nicht zu tadeln, ein ehrlicher Mann“. *Reabilitatsia: Kak Eto Bylo. Mart 1953-Febral' 1956* (Moscow, 2000), p. 308.

22)- Sein Rücktritt war formell bis zum 25. November 1938 nicht angenommen; siehe *Lubianka B Nos. 344 und 364*.

23)- Chruschtschow bat darum „20.000 Leute hinzurichten“ Shukow, *KP 3 Dez. 02*. Jakowlews Kritik an Chruschtschows Massensäuberungen ist oben zitiert. Eikhe wurde im Oktober 1938 verhaftet, verhört, angeklagt und im Februar 1940 hingerichtet. Laut Chruschtschow wies Eikhe sein Geständnis zurück, sagte, er habe es gegeben, nachdem er besiegt wurde (d. h. gefoltert). Shukows Analyse deutet an, dass der wahre Grund für Eikhes Tod seine führende Rolle während der Massenhinrichtungen 1937-38 gewesen sein kann. Siehe Jansen und Petrow, 91-2. Das Politbüro und das Januar-Plenum von 1938 begannen die Ersten Sekretäre anzugreifen, die die Parteibasis schikaniert hatten (Getty, *Origins* 187-8). Das gesamte Protokoll von Eikhes Befragung und Prozess ist immer noch nicht veröffentlicht. Das Verlangen, die Aufmerksamkeit und das Verschulden von sich und seinen gleichgestellten Ersten Sekretären seiner Zeit abzulenken, ist eines der Grundsätze der Lügen Chruschtschows in seiner „Geheimrede“.

24)- Getty („Excesses" 132) bringt den Beweis, dass 236.000 Hinrichtungen von „Moskau“, also von der Stalinregierung autorisiert wurden, aber 160% dieser autorisierten Anzahl, also 387.000 Menschen, Tatsächlich hingerichtet wurden.

25)- Im Moskauer Prozess von 1938 bekannte sich Jagoda schuldig, in einem Putsch gegen die sowjetische Regierung verwickelt zu sein, Maxim Gorki und seinen Sohn ermordet zu haben und andere abscheuliche Verbrechen begangen zu haben, aber er wies die Anschuldigung des Staatsanwaltes, in Sachen Spionage schuldig zu sein, energisch zurück. Aber der Fakt, dass die Anklagen wegen Spionage, ein Jahr nach Jagodas Verhaftung, anstiegen, zeigt zumindest, dass die sowjetische Regierung dachte, dass er solche Informationen an ausländische Feinde übergeben hatte (Deutschland, Japan, Polen). Als Chef des Ministeriums für Inneres, inklusive der Sicherheits- und Grenzpolizei, hatte Jagoda die Möglichkeit, der sowjetischen Sicherheit nicht abzuschätzenden Schaden zuzufügen zu können, wenn er ausländischen Regierungen Informationen gegeben hätte.

26)- Thurston hat diesbezüglich die beste Erörterung in englischer Sprache in *Life and Terror* 128 ff.

Ergänzende Anmerkungen

Anmerkung zur Arbeit von Juri Shukow:

Bis heute gab es einen ausgedehnten wissenschaftlichen Angriff auf Shukows These – der kam von Prof. Irina V. Pawlowa, "1937: Vybory kak mistifikatsiia, terror kak real'nost'," *Voprosy Istorii* 10, 2003 19-36. Pawlowa ist eine strikte Antikommunistin der „Totalitarismus“-Schule, deren ideologische Feindschaft zum Kommunismus in ihrer historischen Arbeit deutlich wird. Zum Beispiel verbreitete sie Lügen über Gettys Geschichtsforschung, um ihn zu diskreditieren. Was Pawlowa schreibt, ist Propaganda, keine Geschichte.

Pawlowa bezieht sich nur auf Shukows Artikel in „KP“; sie schrieb ihre Arbeit vor der Veröffentlichung von „Inoy Stalin“. Pawlowas Kritik baut auf der Annahme auf, dass die Moskauer Prozesse und der Prozess gegen Tukchaschewsky usw. Komplote waren und die gesamten Kampagnen über die Verfassung und über die Wahlen nur ein „Mantel“ für Repressionen waren.

Pawlowa behauptet dies, weil der Oberste Sowjet 1936 keine wirkliche politische Macht hatte, Wahlen mit Gegenkandidaten würden ihm keine Macht geben. Wenn Pawlowa unter „Macht“ die Möglichkeit sieht, die Bolschewistische Partei als führende Kraft in der UdSSR abzusetzen, hat sie eindeutig recht: natürlich hatte Stalin nicht die Absicht, konterrevolutionäre Gruppen zuzulassen, die gegen die Verfassung arbeiten. Dies ist aber in jeden bourgeoisen demokratischen Staaten ebenso. Aber wenn sie mit „Macht“ meint, staatliche Politik beeinflussen zu können, in der Sozialpolitik, oder in der Bolschewistischen Partei selbst maßvoll Druck auszuüben, – das ist die Art von Macht, die bei Wahlen in bourgeoisen Demokratien bestimmt wird – dann ist sie im Unrecht mit ihrer Behauptung über die Machtlosigkeit des Obersten Sowjets.

Anmerkung zu Iuri Mukhin, *Ubiystvo Stalina i Beria*:

Dieses Buch von Mukhin wird oft von jenen verworfen, die seine Ergebnisse unsympathisch finden - mit der Begründung, dass er Anmerkungen macht, die antisemitisch sein sollen. Es sollte bemerkt werden, dass Mukhin im gleichen Buch Anmerkungen macht, die verdeutlichen, dass er gegen Antisemitismus ist. Dieses Schriftstück greift nicht auf Passagen zurück, auf denen antisemitische Aussagen angegeben werden.

Mukhin nahm bei einigen Themen auch einige abenteuerliche Positionen ein, die in seinem Buch nicht behandelt werden. Ich greife nicht auf irgendeine solcher Arbeiten zurück.

Das Selbe kann und soll gesagt werden, wenn man antikommunistische Autoren zitiert – der Fakt, dass sie antikommunistische Vorurteile haben, heißt nicht gleich, dass sie gelegentlich nicht auch brauchbare Informationen haben. Und natürlich wird Antikommunismus oft mit Antisemitismus in Verbindung gebracht. Weder Kommunist noch Jude, ist Mukhin gegenüber beiden etwas feindlich gesinnt, aber er ist weder ein üblicher Antikommunist noch ein üblicher Antisemit.

Mukhins Analyse primärer und sekundärer Quellen ist oft deutlich und ich zitierte sie, dort wo ich sie für hilfreich hielt. Zitate von Mukhins Analysen, von denen der Autor denkt, dass sie nützlich sind, bedeutet natürlich nicht eine Übereinstimmung bei Teilen seiner Analyse, die nicht zitiert wurden.

Ich habe jede Literatur- und Quellenangabe bei Mukhin und anderen Wissenschaftlern, die ich hier zitiert habe, geprüft, mit Ausnahme jener primären Quellen, die nur für jene zugänglich sind, die in den Archiven arbeiten.

Bibliografie

(I have included URLs to online versions of the texts cited whenever I have been able to locate them -- GF.)

Alikhanov, Sergei. "Bagazh na brichke." *Kontinent*. At <http://www.kontinent.org/art_view.asp?id=2020>.

Beria: Konets Kar'ery. Moscow: Izd. Politicheskoy Literatury, 1991.

Beria, Lavrentii. Speech, at Stalin's funeral. At <<http://leader.h1.ru/beria.htm>>. Mukhin cites the original published version in *Komsomolskaya Pravda*, No. 59, 1953, pp. 1-3 (*Ubiystvo*, 282). I have not been able to see this version, but the passages Mukhin quotes from it are identical to the on-line version cited here). Cited as "Beria, Speech."

Beria, Sergo. *Moy Otets , Lavrentii Beria*. Orig. ed. Moscow: Sovremennik, 1994. At <<http://www.duel.ru/publish/beria/beria.html>>.

Bivens, Matt, and Jonas Bernstein. "Part 2: The Russia You Never Met." *Johnson's Russia List* #3068, 24 February 1999. At <<http://www.cdi.org/russia/johnson/3068.html>>.

Brandenberger, David. "Stalin, the Leningrad Affair, and the Limits of Postwar Russocentrism," *Russian Review* 63 (2004), 241-255.

Constitution of 1924: in Russian, <<http://www.hist.msu.ru/ER/Etext/cnst1924.htm>>. In English: in Rex A. Wade ed., *Documents of Soviet History, vol. 3 Lenin's Heirs 1923-1925*. Gulf Breeze, FL: Academic International Press, 1995; at <<http://users.cyberone.com.au/myers/ussr1924.html>> (many scanning errors).

Constitution of 1936: in Russian, <<http://www.hist.msu.ru/ER/Etext/cnst1936.htm>>. In English, <<http://www.departments.bucknell.edu/russian/const/1936toc.html>>.

Chuev, Feliks. Molotov. Poludnerzhavniy Vlastelin. Moscow: OLMA-Press, 2000.

Dimitrov, Georgi. *The Diary of Georgi Dimitrov 1933-1949*, ed. & intro. Ivo Banac. New Haven, CT: Yale University Press, 2003.

Dobriukha, Nikolai. "Za Chto Lavrentiy Beria Vyshel iz Doveria." *Izvestia , Nauka*. February 26, 2004. At <<http://www.inauka.ru/history/article38205.html>>.

"Fragmenty stenogramy dekabrskogo plenuma TsK VKP(b) 1936 goda" (Fragments of the Transcript of the December 1936 Plenum of the Central Committee of the All-Union Communist Party (Bolshevik), 1936), in *Voprosy Istorii* No. 1, 1995, 3-22.

Genrikh IAgoda. Narkom Vnutrennikh Del SSSR. Sbornik documentov. Kazan', 1997.

Getty, J. Arch. "Excesses are not permitted': Mass Terror and Stalinist Governance in the Late 1930s." *The Russian Review* 61 (January 2002), 113-138.

- - - , *Origins of the Great Purges. The Soviet Communist Party Reconsidered, 1933-1938*. London & New York: Cambridge Univ. Press, 1985.

- - - , "State and Society Under Stalin: Constitutions and Elections in the 1930s." *Slavic Review* 50, 1 (Spring 1991), 18-35.

Getty, J. Arch, and Oleg V. Naumov. *The Road to Terror: Stalin and the Self-Destruction of the Bolsheviks, 1932-1939*. New Haven: Yale U.P., 1999.

Ilizarov, B.C. "Stalin. Shtrikhi k portretu na fone ego biblioteki i arkhiva." *Novaia i Noveyshaia Istorii*, N. 3-4, 2000. At <<http://vivovoco.nns.ru/VV/PAPERS/ECCE/STALIB.HTM>>.

Jansen, Mark, and Nikita Petrov, *Stalin's Loyal Executioner: People's Commissar Nikolai Ezhov 1895-1940*. Stanford: Stanford U.P., 2002. At <<http://www.whoover.stanford.edu/publications/books/ezhov.html>>.

Khaustov, V.N, V.P. Naumov, N.C. Plotnikova, eds., *Lubianka: Stalin i Glavnoe Upravlenie Gosbezopasnosti NKVD. 1937-1938*. Moscow: "Materik", 2004. (Cited as "Lubianka.")

Khinshtein, Aleksandr. "Proshchai, Beria!" ('theft' of Beria trial materials from archive) *Moskovskii Komsomolets* Jan. 9, 2003. Retrieved at <<http://nadzor.pk.ru/articles/showart.php?id=8579>>; verified with original at <<http://www.mk.ru/news-hop/bask.asp?artid=59319>>.

Khlystalov, Eduard. "Predateli s marshal'skimi zvezdami," *Literaturnaia Rossia*, No. 12, 28 March 2003 and No. 13, 4 April 2003. At <http://www.litrossia.ru/litrossia/viewitem?item_id=18376> and <http://www.litrossia.ru/litrossia/viewitem?item_id=18394>. Reprinted at <http://www.hrono.ru/text/2003/hly_predat.html>.

Khrushchev's 'Secret Speech' has been printed many times; I used the edition in *Izvestiia TsK. KPSS* No.3, 1989. At <<http://www.zvenigorod.ru/library/history/cccpsun/1989/3/128.htm>>.

Kirilina, Alla. *Neizvestnyi Kirov*. StP & Moscow: "Neva"/ OLMA-Press, 2001. (Includes text of her earlier book *Rikoshet*.)

Kokurin, A.I and Pozhalov, A.I. "Novyi Kurs' L.P. Beria", *Istoricheskiy Arkhiv* 4 (1996), 132-164.

Knight, Amy. *Beria: Stalin's First Lieutenant*. Princeton: Princeton University Press, 1993.

Lavrentiy Beria. 1953. Stenograma iul'skogo plenuma TsK KPSS I drugie dokumenty. Eds. V. Naumov, Iu. Sigachov. Moscow: Mezhdunarodniy Fond "Demokratiia," 1999. Cited as "*Beria*."

Leibowitz, Clement. *The Chamberlain-Hitler Deal*. Edmonton: Editions Duval, 1993.

Lubianka. Stalin I VChK , GPU , OGPU , NKVD. Ianvar' 1922-dekabr' 1936. Dokumenty. Moscow: 'Materik', 2003. (Cited as "*Lubianka A*")

Lubianka. Stalin I Glavnoe Upravlenie Gosbezopasnosti NKVD 1937-1938. Moscow: 'Materik', 2004. (Cited as "*Lubianka B*").

McNeal, Robert. "Trotsky's Interpretation of Stalin." *Canadian Slavonic Papers* 3 (1961), 87-97.

Medvedev, Roy. *Medvedev, Let History Judge: The Origins and Consequences of Stalinism*. New York: Knopf, 1971.

- - -, "Lichnaia biblioteka 'Korifeia vseh nauk'." *Vestnik RAN*. No. 3 (2001), 264-7. At <<http://russcience.euro.ru/biblio/med01vr.htm>>.

Medvedev, Zhores. "Sekretnyy naslednik Stalina." *Ural* (Yekaterinburg). 1999, No. 7. At <http://www.art.uralinfo.ru/LITERAT/Ural/Ural_7_99/Ural_07_99_09.htm>.

Mukhin, Iu. *Ubiystvo Stalina i Beria*. Moscow: Krymskii Most-9D, 2003.

Nekrasov, V.F. *Beriia: Konets Kar'ery*. Moscow: Politizdat, 1991.

Nevezhin, V. A. *Zastol'nye Rechi Stalina. Dokumenty i Materialy*. [Stalin's Table Talk] Moscow: AIRO-XX; St. Petersburg: Bulanin, 2003.

O'Meara, Kelly Patricia. "Looting Russia's Free Market." *Insight*, 2002. At <http://www.findarticles.com/p/articles/mi_m1571/is_32_18/ai_91210681>.

Order No. 00447: in *Lubianka B* , No. 151, 273-281; also at <<http://www.memorial.krsk.ru/DOKUMENT/USSR/370730.htm>>.

Pavlova, Irina V. "1937: vybory kak mistifikatsiia, terror kak real'nost'." *Voprosy Istorii*. No. 10, 2003, pp. 19-37.

Politburo TsK VKP(b) i Sovet Ministrov SSSR 1945-1953. Ed. Khlevniuk, O., et al. Moscow: ROSSPEN, 2002.

Pyzhikov, Aleksandr. "Leningradskaia gruppy: put' vo vlasti (1946-1949)", *Svobodnaia Mysl'* 3 (2001), 89-104.

Rossii I SSSR v voynakh XX veka. Potery vooruzhennykh sil. Statisticheskoe issledovanie. Moscow, 'OLMA-Press', 2001. Also at <<http://www.soldat.ru/doc/casualties/book/>>.

Simonov, Konstantin. *Glazami cheloveka moego pokoleniia. Razmyshleniia o I.V.Staline*. Moscow: Novosti, 1988.

Stalin, Joseph. "Vystuplenie I.V. Stalina na Rasshirennom Zasedanii Voennogo Soveta pri Narkome Oborony," *Istochnik* 3 (1994), 72-88. A slightly different version is in *Lubianka*, No. 92, 202-209.

- - -, "On the Draft of the Constitution of the USSR." In Russian: *Collected Works*, vol. 14. At <<http://stalin1.boom.ru/14-21.txt>>; in English, in J.V. Stalin, *Problems of Leninism*. Foreign Languages Press, Peking 1976, 795-834, at <<http://ptb.lashout.net/marx2mao/Stalin/SC36.html>>.

- - - , *The Stalin-Howard Interview*. NY: International Publishers, 1936. At <<http://stalin1.boom.ru/14-2.htm>> (in Russian).

- - - , Report to 17th Party Congress, January 26, 1934. At <<http://www.geocities.com/CapitolHill/Parliament/7345/stalin/13-27.htm>> (in Russian); English edition in J.V. Stalin, *Problems of Leninism*. Foreign Languages Press, Peking 1976, 671-765; also at <<http://ptb.lashout.net/marx2mao/Stalin/SPC34.html>>.

- - - , Zakluchitel'noe slovo na plenum tsentral'nogo komiteta VKP(b) 5 marta 1937 goda (stenograficheskii variant). At <<http://www.geocities.com/CapitolHill/Parliament/7345/stalin/14-9.htm>>.

- - - , *Zastol'nye Rechi Stalina. Dokumenty i Materialy*. [Stalin's Table Talk] Moscow: AIRO-XX; St. Petersburg: Bulanin, 2003.

- - - , Rech' I.V. Stalina Na Plenum TsK KPSS 16 Oktiabria 1952 goda. (Speech at Plenum of the Central Committee of the KPSU October 16 1952). Unofficial publication at <<http://www.kprf.ru/analytics/10828.shtml>>.

Starkov, Boris. "Sto Dney 'Lubyanskogo Marshala,'" *Istochnik* 4 (1993), 82-90.

Sukhomlinov, Andrei. *Kto vy, Lavrentii Beria? Neizvestnye stranitsy ugovnogo dela*. Moscow: Detektiv-Press, 2004.

- Thurston, Robert W. "Fear and Belief in the USSR's 'Great Terror': Response To Arrest, 1935-1939." *Slavic Review* 45 (1986), 213-234.
- - -, "On Desk-Bound Parochialism, Commonsense Perspectives, and Lousy Evidence: A Reply to Robert Conquest." *Slavic Review* 45 (1986), 238-244.
- - -, "Social Dimensions of Stalinist Rule: Humor and Terror in the USSR, 1935-1941." *Journal of Social History* 24, No. 3 (1991) 541-562.
- - -, *Life and Terror in Stalin's Russia*. New Haven: Yale University Press, 1996.
- Tragediia Sovetskoy Derevni. Kollektivizatsiia I Raskulachivanie. Dokumenty I Materialy. 1927-1939. Tom 3. Konets 1930-1933*. Moscow: ROSSPEN, 2001.
- Williamson, Anne. "The Rape of Russia." Testimony before the Committee on Banking and Financial Services of the U.S. House of Representatives, September 21, 1999. At <http://www.russians.org/williamson_testimony.htm>.
- Yakovlev, A.S. *Tsel' Zhizni. Zapiski Aviakonstruktora*. M. 1973. Chapter 20, "Moskva v oborone," <<http://militera.lib.ru/memo/russian/yakovlev-as/20.html>>.
- Zakharov, Aleksandr. "'Prigovor privedion v ispolnenie.'" *Krasnay Zvezda* Dec. 20, 2003. At <http://www.redstar.ru/2003/12/20_12/6_01.html>.
- Zhukov, Iurii. *Inoy Stalin. Politicheskie reformy v SSSR v 1933-1937 gg.* Moscow: "Vagrius," 2003.
- - -, "Iosif Stalin: diktator ili liberal?" *Komsomolskaya Pravda*, Dec. 3, 2002. Transcript of telephone Q&A based on series "Zhupel Stalina." At <<http://www.kp.ru/daily/22927/9/print/>>. See below.
- - -, "Kul'tovaia mekhanika," *Literaturnaya Gazeta* No. 9, March 5-11 2003. At <http://www.lgz.ru/archives/html_arch/lg092003/Polosy/art15_1.htm>.
- - -, "Stalin ne nuzhdalsia v partii vlasti," *Politicheskiy Zhurnal*, Arkhiv No 15 (18) 26 April 2004. At <<http://www.politjournal.ru/index.php?action=Articles&dirid=50&tek=1114&issue=31>>.
- - -, "Repressii I Konstitutsiia SSSR 1936 goda." *Voprosy Istorii*. 2002, No. 1, pp. 3-26.
- - -, *Tayny Kremliia: Stalin, Molotov, Beria, Malenkov*. Moscow: Terra-Knizhnyy Klub, 2000.
- - -, "Zhupel Stalina", *Komsomolskaya Pravda*, November 5, 6, 12, 13, 14, 15, 19, 20, 2002. Also widely available on the Internet, e.g. at <http://www.x-libri.ru/elib/smi_958/>.

TEIL 2

Während des Krieges

1-- Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges unternahmen Stalin und seine Anhänger im Politbüro noch einen weiteren Versuch, um die direkte Kontrolle der Bolschewistischen Partei über die sowjetische Regierung zu beenden. Juri Schukow beschreibt diesen Vorgang wie folgt: *„Im Januar 1944 ... gab es zum ersten Mal während des Krieges eine gemeinsame Sitzung des Plenums (des Zentralkomitees) und des Obersten Sowjets der UdSSR. Molotow und Malenkow erarbeiteten den Entwurf für eine Verfügung des Zentralkomitees, wonach die Partei rechtlich verbindlich von der Macht entfernt werden sollte. Sie sollte sich nur noch auf Agitation und Propaganda beschränken. Niemand sollte ihr diese normalen Parteiangelegenheiten sowie die Beteiligung an der Auswahl der Kader nehmen können, was nur allzu selbstverständlich war. Dieser Verfügungsentwurf untersagte es der Partei jedoch, sich in wirtschaftliche Angelegenheiten sowie in die Arbeit der Staatsorgane einzumischen. Stalin verlas den Entwurf, änderte sechs Wörter und schrieb ‚einverstanden‘ darunter. Was dann passierte, ist immer noch ein Geheimnis. ...*

*... Dies war der erneute Versuch, die Partei aus dem Staatsapparat herauszuführen. Sie sollte nur noch die Funktionen, die sie während des Krieges ausgeübt hatte, behalten. Unter dem Entwurf stehen fünf Unterschriften: die von Molotow, Malenkow, Stalin, Chruschtschow und Andrejew. Es gab keinen stenografischen Bericht dazu, und wir können nur mutmaßen, wie andere abstimmten. Leider konnte selbst das allmächtige Staatliche Verteidigungskomitee mit seinen vier Politbüromitgliedern des Zentralkomitees nicht die alte Ordnung erschüttern. **Das beweist einmal mehr, dass Stalin nie die Macht besaß, die ihm sowohl Anti-Stalinsten als auch Stalinisten zugeschrieben haben.**“ (J. Schukow, ‚Kultawanja‘, Hervorhebungen von mir).¹*

2-- Wir wissen nicht, wie diese „Distanzierung“ der Partei von Ökonomie und Staat umgesetzt werden sollte. Vermutlich wurde ein anderes Verfahren für die Besetzung der staatlichen Organe ins Auge gefasst. Bedeutete dies die Rückkehr zu Wahlen, so wie sie in der Verfassung von 1936 vorgesehen waren?

3-- Wie immer man diese Fragen beantworten mag, es scheint, dass das Zentralkomitee, das hauptsächlich aus Ersten Sekretären der Partei bestand, erneut die Pläne der stalinschen Führung für einen grundlegenden Wandel des sowjetischen Systems zurückwies. In seiner „Geheimrede“ bestritt Chruschtschow, dass ein solches Plenum überhaupt stattgefunden hatte! Da die meisten der Mitglieder des Zentralkomitees wissen mussten, dass dies eine Lüge war, kann es sein, dass der Zweck dieser Lüge

darin bestand, ihnen insgeheim anzudeuten, dass dieser gefährliche Schritt gegen ihre Macht nun auch formal begraben worden war.

Nach dem Kriege

4-- Wie wir gesehen haben, war Stalin der Auffassung, dass ein wichtiges Problem sowohl für die UdSSR als auch für die Bolschewistische Partei das Bestehen der „Doppelmacht“ sei. Es war die Partei, nicht die Regierung, die tatsächlich die Gesellschaft regierte. Die Parteioffiziellen übten ihre Kontrolle als Aufsichtshabende und Kontrolleure aus, nicht so sehr als Manager der Produktion.

5-- Den Staat der direkten Kontrolle der Partei zu entziehen, hätte gleich mehreren Zielen gedient:

- Die Verfassung von 1936 wäre in Kraft getreten, was die Bindungen der sowjetischen Bevölkerung an den sowjetischen Staat verstärkt hätte;
- Die staatlichen Einrichtungen hätten von denen geleitet werden können, die wirklich dafür qualifiziert waren;
- Es wäre verhindert worden, dass die Partei – besonders auf höchster Ebene – zu einer parasitären Kaste von korrupten Karrieristen herunterkam.

6-- Vor dem Krieg traf sich das Politbüro mindestens zweimal die Woche. Im Mai 1941 wurde Stalin zum offiziellen Staatsoberhaupt des Sowjetstaates ernannt, wodurch er Molotow als Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare, auch Sownarkom genannt (die offizielle Spitze der Exekutive der UdSSR), ablöste.

7-- Während des Krieges jedoch wurde die UdSSR tatsächlich weder von diesem Gremium noch von der Partei geführt, sondern von dem Staatlichen Verteidigungskomitee, das sich aus Stalin und drei seiner engsten Mitarbeiter zusammensetzte. Während des Krieges wurde nur ein ZK-Plenum abgehalten, und auch das Politbüro traf sich selten, was nach dem Kriege auch noch der Fall war. Pyschikow: „*Das Politbüro existierte praktisch nicht.*“ Der sowjetische Dissident Schores Medwedjew ist der Ansicht, dass es 1950 nur sechsmal, 1951 nur fünfmal und 1952 nur viermal tagte², d.h., dass Stalin das Politbüro nicht mehr an staatlichen Angelegenheiten beteiligte (Pyschikow, Medwedjew, *Sekretnyi*, Geheimnisse).

8-- Stalin scheint seine Rolle als Parteiführer vernachlässigt zu haben. ZK-Vollversammlungen wurden seltener. Kein einziger Parteitag wurde in den dreizehn Jahren nach dem letzten aus dem Jahre 1939 abgehalten. Erst 1952 wieder. Nach dem Kriege signierte Stalin gemeinsame Beschlüsse von Partei und Regierung nur noch als Vorsitzender des Ministerrates (vormals: Rat der Volkskommissare) und überließ es

einem der restlichen Parteisekretäre, Schdanow oder Malenkow, im Namen der Partei zu zeichnen (so Pyschikow, S. 100).

9-- Die Partei genoss weiterhin eine hohe Autorität, was aber vielleicht nur daran lag, dass Stalin immer noch Generalsekretär dieser Partei war. Er war der einzige alliierte Führer, der nach dem Krieg noch im Amt war: Roosevelt war gestorben und Churchill wurde 1945 aus dem Amt gewählt. Es wäre keine Übertreibung zu sagen, dass Stalin unter den arbeitenden Menschen der berühmteste und am meisten respektierte Politiker der Welt war. Die kommunistische Bewegung, an deren Spitze er stand, war die Hoffnung von Millionen von Menschen. Sie war infolge des Sieges über den Faschismus gewaltig angewachsen. Stalins hohes Ansehen als Staatschef verlieh auch dem Parteiapparat hohes Prestige (so Muchin, ‚Ubiistwo‘, Mord, S. 622, 13. Kap., aaO).

10-- Stalins Vorgehensweise legt nahe, dass er immer noch versuchte zu verhindern, dass die Partei die direkte Kontrolle über den Staat erlangte. Wenn das aber stimmt, dann muss gesagt werden, dass er dies sehr vorsichtig tat. Vielleicht hatte dies folgende Gründe: Ein unverdientes Misstrauen gegenüber der Partei hätte ein schlechtes Beispiel für andere Länder abgegeben, wo die kommunistischen Parteien noch nicht die Macht ergriffen hatten; das Zentralkomitee und die *Nomenklatura* hätten das nicht mitgemacht. Schon vor dem Kriege hatte sie sich quergestellt. Deshalb musste dies heimlich geschehen und durfte so wenig Aufsehen wie möglich erregen (Muchin, aaO, S. 611).

Der Entwurf des Parteiprogramms aus dem Jahre 1947

11-- Die stalinschen Demokratisierungspläne gehen wahrscheinlich sehr viel weiter, als wir heute erahnen können. Alexander Pyschikow, ein antikommunistischer und antistalinistischer Historiker, hat interessante Auszüge aus dem Entwurf für ein neues Parteiprogramm aus dem Jahre 1947 zitiert, aus denen hervorgeht, dass Demokratie und soziale Gleichheit in der UdSSR vorangetrieben werden sollten. Diese faszinierenden und bislang vollkommen unbekanntenen Pläne sind bislang nie veröffentlicht worden, und ganz offensichtlich sind sie den Historikern bislang unbekannt geblieben.

Hier der Abschnitt, der von Pyschikow wörtlich zitiert wird: *„Die Entwicklung der sozialistischen Demokratie auf der Grundlage der Vollendung des Aufbaus einer klassenlosen Gesellschaft wird nach und nach die Diktatur des Proletariats in eine Diktatur des sowjetischen Volkes verwandeln. In dem Maße wie die gesamte Bevölkerung allmählich in die Verwaltung staatlicher Angelegenheiten miteinbezogen wird, wird das Anwachsen des kommunistischen Bewusstseins, der Kultur und der sozialis-*

tischen Demokratie dazu führen, dass die Formen des Zwangs in der Diktatur der sowjetischen Bevölkerung zunehmend aussterben werden, dass immer mehr Maßnahmen des Zwanges durch den Einfluss der öffentlichen Meinung ersetzt werden; wird dazu führen, dass die politischen Aufgaben des Staates immer mehr zurückgehen, so dass der Staat im Wesentlichen in ein Organ der Verwaltung des wirtschaftlichen Lebens der Gesellschaft verwandelt wird.“

12-- Pyschkow fasst andere Abschnitte dieses unveröffentlichten Dokuments wie folgt zusammen:

„Er (der Programmentwurf) beschäftigt sich insbesondere mit der Entwicklung der Demokratisierung der sowjetischen Ordnung. Er sieht es als wesentlich an, einen umfassenden Prozess in Gang zu setzen, um Arbeiter an den Geschäften des Staates zu beteiligen, sie auf der Grundlage einer steten Entwicklung des kulturellen Niveaus der Massen und einer maximalen Vereinfachung der staatlichen Verwaltung ständig für staatliche und soziale Belange zu aktivieren. Er sieht vor, in der Praxis dazu überzugehen, die produktive Arbeit mit der Beteiligung an der Führung staatlicher Angelegenheiten zu verbinden und auch dazu überzugehen, schrittweise die Aufgaben des staatlichen Managements den arbeitenden Menschen zu übertragen. Er erörtert auch ausführlich den Gedanken der Einführung direkter Gesetzesinitiativen durch das Volk, wofür folgende Maßnahmen als wesentlich angesehen werden:

- *Das allgemeine Wahlrecht sowie die Entscheidungsfindung für die Mehrheit der wichtigsten Fragen, die das staatliche Leben betreffen, sowohl in der sozial-ökonomischen Sphäre, als auch was Fragen der Lebensbedingungen oder der kulturellen Entwicklung betrifft, einzuführen;*
- *Die Gesetzesinitiative von unten umfassend zu entwickeln, indem sozialen Organisationen das Recht verliehen wird, dem Obersten Sowjet Vorschläge für neue Gesetze zu machen;*
- *Das Recht der Bürger und sozialen Organisationen zu garantieren, sich direkt mit Vorschlägen an den Obersten Sowjet, was die wichtigsten Fragen der internationalen und inneren Politik angeht, zu wenden.*

Auch wurde das Prinzip der Wahl von Führungskräften nicht vernachlässigt. Der Entwurf des Parteiprogramms warf die Frage der Einführung – in Übereinstimmung mit der Entwicklung hin zum Kommunismus – des Prinzips der Bestimmung aller verantwortlichen Mitglieder des Staatsapparates durch Wahlen auf, warf die Frage von Veränderungen innerhalb einer ganzen Reihe von Staatsorganen in der Richtung auf, sie zunehmend in Einrichtungen zu verwandeln, die in der Lage sind, die Wirtschaft als Ganzes zu führen und zu beaufsichtigen. Dafür wurde es als wichtig ange-

sehen, unabhängige Organisationen von Freiwilligen zu entwickeln. Bedeutung wurde auch der Frage beigemessen, wie man bei der kommunistischen Transformation des Bewusstseins der Bevölkerung, wie man auf der Grundlage der sozialistischen Demokratie unter der breiten Masse des Volkes, auf der Basis der 'sozialistischen Staatsbürgerschaft', des 'Arbeitsheroismus' oder des 'Mutes der Roten Armee' das gesellschaftliche Bewusstsein stärken könnte."

13-- Nach Pyschikow berichtete Schdanow im Februar 1947 vor dem Plenum des ZK über die Arbeit der Planungskommission. Er schlug vor, den 19. Parteitag Ende 1947 oder 1948 einzuberufen. Er legte auch einen Plan vor zur vereinfachten Anberaumung von Parteikonferenzen, und zwar einmal im Jahr, wobei er vorschlug, dass nicht weniger als ein Sechstel der Mitglieder des Zentralkomitees „verpflichtend ausgetauscht“ werden sollte. Wenn dies Wirklichkeit geworden wäre, hätte dies bedeutet, dass die Ersten Sekretäre und andere Parteiführer des ZK weniger fest im Sattel gesessen hätten und gezwungen worden wären, jungen Leuten leichteren Zugang zu hohen Parteiämtern zu gewähren, und es hätte außerdem bedeutet, dass die Kritik der Basis an Parteiführern erleichtert worden wäre (Pyschikow, S. 96).

14-- Dieser kühne Plan erinnert an Lenins Gedanken vom „langsamen Absterben des Staates“, die er in seinem bahnbrechenden Werk 'Staat und Revolution' entwickelte, der sich wiederum an Ideen orientierte, die schon bei Marx und Engels zu finden sind. Indem er eine direkte demokratische Beteiligung an allen lebenswichtigen staatlichen Entscheidungen durch das sowjetische Volk und ihre Massenorganisationen vorschlägt sowie eine „Erneuerung“, verbunden mit der Möglichkeit einer jährlichen Abberufung von nicht weniger als einem Sechstel des Zentralkomitees durch eine Parteikonferenz, sah dieser Plan der Partei die Entfaltung der Demokratie von unten vor - sowohl im Staatsapparat als auch in der Partei selbst.

15-- Aus diesem Plan wurde jedoch nichts. Ähnlich wie bei den vorangegangenen Versuchen, eine Demokratisierung des sowjetischen Staates und der Partei durchzuführen, wissen wir auch in diesem Fall nicht, woran er scheiterte. Es kann sein, dass er auf einer Vollversammlung des Zentralkomitees abgelehnt wurde. Der 19. Parteitag wurde dann auf 1952 verschoben. Auch hier wissen wir nicht, warum. Der Inhalt des Programmtextes legt nahe, dass er am Widerstand der Ersten Sekretäre im ZK gescheitert ist.³

Der neunzehnte Parteitag

16-- Es hat den Anschein, dass die stalinsche Führung auf dem 19. Parteitag 1952 eine letzte Anstrengung unternahm, um der Partei die direkte Kontrolle über den Staat zu nehmen. Angefangen mit Chruschtschow, versuchte die *Nomenklatura* der Partei

jede Erinnerung an diesen Kongress auszulöschen und ging sofort daran, das, was dort erarbeitet wurde, ungeschehen zu machen. Unter Breschnew wurden die Protokolle sämtlicher Parteitage bis zum 18. Parteitag einschließlich veröffentlicht. Die des 19. Parteitages jedoch wurden bis heute nicht veröffentlicht. Stalin gab nur eine kurze Ansprache auf dem Parteitag, die veröffentlicht wurde. Aber er hielt auch eine 90-minütige Rede vor dem Plenum des Zentralkomitees, das unmittelbar darauf folgte. Diese Rede wurde auch nie veröffentlicht, außer einiger weniger Auszüge daraus, und es existiert auch kein Protokoll dieses Plenums.⁴

17-- Stalin hatte den Parteitag einberufen lassen, um den Status der Partei und seine Organisationsstruktur zu ändern. Zu den Änderungen gehörten:

- Der Name der Partei wurde offiziell von „Allunions-Kommunistische Partei (Bolschewiki)“ in „Kommunistische Partei der Sowjetunion“ umgewandelt. Das entsprach der Sprachregelung der meisten anderen kommunistischen Parteien der Welt, womit die Partei mit dem Staat verbunden wurde.⁵
- Ein „Präsidium“ ersetzte das Politbüro des Zentralkomitees. Dieser Name lehnte sich an den eines anderen Vertretungsorgans an: an das Präsidium des Obersten Sowjets. Das „Polit“ wurde aus dem Namen entfernt, denn die gesamte Partei war schließlich politisch, nicht nur ihr führendes Organ.

18-- Zweifellos war der Name eine präzisere Umschreibung für ein Organ, das nur die Partei, aber nicht Partei und Staat zusammen kennzeichnen sollte. Das ehemalige Politbüro umfasste schließlich mehrere Parteimitgliedschaften. In ihm vertreten war der Vorsitzende des Ministerrates (d. h. der Chef der Exekutive, also das Staatsoberhaupt); der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets (d. h. der Chef der Legislative); der Generalsekretär der Partei (d. h. Stalin); ein oder zwei weitere Parteisekretäre; sowie ein oder zwei weitere Minister der Regierung. Die Beschlüsse des Politbüros waren sowohl für die Regierung als auch für die Partei verbindlich.⁴

19-- Daraus folgt, dass im Vergleich zu der wahrhaft überragenden Bedeutung des Politbüros im Land, die Rolle des Präsidiums stark eingeschränkt war. Da das Staatsoberhaupt und der Vorsitzende des Obersten Sowjets dort nicht mehr automatisch vertreten waren, sollte das Präsidium nur noch das führende Organ der Kommunistischen Partei sein.

20-- Andere Änderungen:

- Das Amt des Generalsekretärs – Stalins eigener Posten – sollte abgeschafft werden. Ab jetzt war Stalin nur einer von 10 Parteisekretären⁶, von denen alle dem neuen Präsidium angehörten, das sich nun aus 25 Mitgliedern und 11 Kandidaten zusammensetzte. Es war also sehr viel größer als das alte Polit-

büro mit seinen 9-11 Mitgliedern. Sein großer Umfang machte aus ihm eher ein Organ der vorläufigen Überlegungen als eines, in dem viele Entscheidungen routinemäßig und auf die Schnelle getroffen werden konnten.

- Die meisten der Mitglieder des Präsidiums scheinen Regierungsbeamte gewesen zu sein, jedoch keine Parteiführer. Chruschtschow und Malenkow wunderten sich später darüber, wie Stalin auch nur von den Leuten gehört haben konnte, die er für das erste Präsidium vorgeschlagen hatte, da sie keine bekannten Parteiführer waren, also z. B. keine Ersten Sekretäre. Vermutlich nominierte sie Stalin aufgrund ihrer Position im Staatsapparat und nicht aufgrund der im Parteiapparat.⁷

21-- Stalin machte seinen Rücktritt als Generalsekretär der Partei wahr, der auf dem 19. Parteitag stattfand. Wenig später, auf dem Plenum des ZK, trat er auch aus dem Zentralkomitee aus und blieb nur noch Staatsoberhaupt (Vorsitzender des Ministerrates).

22-- Das bedeutete, dass, wenn Stalin nicht mehr dem Zentralkomitee angehörte, sondern nur noch Staatsoberhaupt wäre, hohe Regierungsbeamte sich nicht mehr verpflichtet gefühlt hätten, dem Präsidium, dem neuen höchsten Parteiorgan, gegenüber Bericht zu erstatten. Stalins Vorstoß hätte den Parteioffiziellen Macht entzogen, deren ‚Aufsichts‘kompetenz innerhalb des Staatsapparates dadurch überflüssig geworden wäre. Ohne Stalin als Chef der Partei hätte die *Nomenklatura* über weniger Prestige verfügt. Parteimitglieder an der Basis hätten sich nicht mehr verpflichtet gefühlt, die Kandidaten, die von den Ersten Sekretären empfohlen wurden, lediglich zu bestätigen.

23-- So betrachtet hätte der Rückzug Stalins aus dem Zentralkomitee für die *Nomenklatura* eine Katastrophe bedeutet. Sie konnten der Meinung gewesen sein, durch ‚Stalins Schatten‘ von heftiger Kritik vonseiten einfacher Parteimitglieder stets abgeschirmt gewesen zu sein. Das wiederum hätte bedeuten können, dass in Zukunft nur noch intelligente und fähige Leute in der *Parteinomenklatura* sowie im Staatsapparat überlebt hätten. (Muchin, ‚Ubiystvo‘, SS. 618-23).

24-- Die Tatsache, dass auf diesem ZK-Plenum kein Protokoll geführt wurde, deutet darauf hin, dass sich dort ganz bestimmte Dinge zutrugen und dass Stalin etwas sagte, was diese *Nomenklatura* nicht an die Öffentlichkeit dringen lassen wollte. Das bedeutet auch, und es ist wichtig dies einmal zu betonen, dass Stalin nicht ‚allmächtig‘ war. Stalins ernste Kritik an Molotow und Mikojan auf diesem Plenum wurde lange nach seinem Tod nicht veröffentlicht.⁸

25-- Der berühmte sowjetische Schriftsteller Konstantin Simonow war als Mitglied des ZK auf diesem Plenum anwesend. Er schildert Malenkows schockierte und panikartige Reaktion, als Stalin vorschlug, zur Abstimmung zu stellen, ihn von seiner Funktion als Sekretär des Zentralkomitees zu entbinden. (Simonow, SS. 244-5). Als Stalin sich mit heftigem Widerstand konfrontiert sah, bestand er nicht mehr darauf.⁹

26-- Die Parteiführung hat dann eiligst Schritte unternommen, um die Beschlüsse des 19. Parteitages zu annullieren. Am 2. März (1953 – Üb.), als Stalin noch lebte, aber bewusstlos war, trat ein verkleinertes Präsidium, im Grunde das alte Politbüro, auf Stalins Datscha zusammen. Dort einigten sich seine Mitglieder darauf, das Präsidium wieder auf zehn Mitglieder zu verringern, statt es bei den 25 Mitgliedern zu belassen. Die Zahl der Parteisekretäre wurde wieder auf fünf reduziert. Chruschtschow wurde zum ‚Koordinator‘ des Sekretariats ernannt und dann, fünf Monate später, wurde er ‚Erster Sekretär‘. Schließlich nannte man ab 1966 das Präsidium erneut ‚Politbüro‘.

27-- Während der restlichen Geschichte der UdSSR regierte die Partei die sowjetische Gesellschaft, wobei ihre führende Schicht zu einer korrupten, selbsternannten, sich selbst verherrlichenden Kaste von privilegierten Eliten wurde. Unter Gorbatschow schuf die herrschende Gruppe die UdSSR ab und eignete sich ihren wirtschaftlichen Reichtum und die politische Führerschaft in der neuen kapitalistischen Gesellschaft an. Gleichzeitig vernichtete sie die Ersparnisse und stahl die sozialen Errungenschaften der sowjetischen Arbeiterklasse sowie die der Bauern, deren Arbeit alles aufgebaut hatte und eignete sich den riesigen, von der Allgemeinheit geschaffenen Reichtum der UdSSR an. Eben diese ehemalige *Nomenklatura* regiert bis heute die post-sowjetischen Staaten.

Lawrenti Berija¹⁰

28-- Berija ist die am meisten verleumdete Persönlichkeit in der sowjetischen Geschichte. Deshalb ist der Wandel in der Einschätzung von Berijas Karriere, der nach dem Ende der Sowjetunion plötzlich einsetzte, sogar als noch dramatischer anzusehen als die Neubewertung der Rolle Stalins durch die Wissenschaft, was das Hauptanliegen dieses Artikels ist.

29-- Berijas „hundert Tage“ – in Wirklichkeit sind es 112 Tage: angefangen von Stalins Tod am 5. März 1953 bis zu seiner Entfernung am 26. Juni – sahen den Beginn einer großen Anzahl von weitreichenden Reformen vor. Wenn die sowjetische Führung die volle Entfaltung dieser Reformen ermöglicht hätte, wäre die Geschichte der Sowjetunion, die der internationalen kommunistischen Bewegung, die des Kalten Krieges, kurz, die Geschichte der letzten Hälfte des 20. Jahrhunderts, wahrscheinlich ganz anders verlaufen.

30-- Berijas Reforminitiativen beinhalteten mindestens die folgenden, die einer besonderen Untersuchung Wert sind, und tatsächlich werden sie heute untersucht, obwohl die russische Regierung die meisten Primärquellen dazu weiter unter Verschluss hält und selbst Forschern, die ihr Vertrauen besitzen, den Zugang dazu verwehrt:

- Die Wiedervereinigung Deutschlands als eines nichtsozialistischen, neutralen Staates – ein Schritt, der unter den Deutschen sehr begrüßt worden wäre und der den Nato-Alliierten und den USA nicht gefallen hätte.
- Die Normalisierung der Beziehungen zu Jugoslawien, die die Möglichkeit eröffnete hätte, es aus seiner heimlichen Allianz mit dem Westen gegen die Kominform herauszulösen.
- Eine Nationalitätenpolitik, die der ‚Russifizierung‘ in den neu erworbenen Gebieten der West-Ukraine und den baltischen Staaten entgegengetreten wäre, in Verbindung mit dem Ziel, zumindest einigen nationalistischen Gruppen von Emigranten entgegenzukommen, plus eine reformierte Nationalitätenpolitik in anderen nichtrussischen Gebieten, darunter Georgien und Weißrussland.
- Die Rehabilitierung und Entschädigung jener, die durch Sondergerichte wie den sog. Troikas und NKWD-Sonderkommissionen während der 30iger und 40iger Jahre rechtswidrig verurteilt worden waren. Unter Berija wäre dieser Prozess entschieden anders eingeleitet worden als er später unter Chruschtschow, der viele der zweifellos Schuldigen ‚rehabilitierte‘, vorangetrieben wurde.

31-- Einige der weiteren Reformen Berijas wurden größtenteils verwirklicht, darunter

- eine Amnestie für Millionen von Menschen, die wegen Verbrechen gegen den Staat gefangen gehalten worden waren.
- die Beendigung der Untersuchung der sog. Ärzteverschwörung, zusammen mit dem Eingeständnis, dass die Anschuldigungen ungerechtfertigt waren und der Bestrafung der darin verwickelten NKWD-Leute sowie der Entfernung von Kruglow, dem ehemaligen NKWD-Vorsitzenden, aus dem Zentralkomitee.¹¹
- die Beschneidung der Befugnisse der sog. Sonderkommissionen des NKWD, die dem Organ erlaubten, Menschen zum Tode oder zu langen Freiheitsstrafen zu verurteilen.

- das Verbot, bei Feierlichkeiten die Portraits von führenden Politikern zu zeigen, um jede Art von Personenkult, nicht nur den Stalin-Kult, zu unterbinden. Dies wurde von der Parteiführung nach Berijas Beseitigung aufgehoben.

Berijas Schritte in Richtung einer demokratischen Reform

32-- Nach offiziellen Angaben wurde Berija von seinen Genossen im Politbüro sowie von einigen Generälen am 26. Juni 1953 verhaftet. Die genauen Umstände dieser angeblichen Verhaftung sind jedoch unklar. Es existieren dazu unterschiedliche Versionen.¹² Auf dem ZK-Plenum vom Juli 1953, das sich mit der Anklage gegen Berija beschäftigte, sagte Mikojan: *„Als Berija auf dem Roten Platz sprach über dem Grab von Stalin, sagte ich nach seiner Rede: `In Ihrer Rede gibt es Stellen, wonach Sie jedem Bürger die in der Verfassung vorgesehenen Rechte und Freiheiten garantieren wollen. Das ist keine leere Phrase, selbst dann nicht, wenn sie von einem einfachen Redner gebraucht wird, schon gar nicht, wenn sie ein Innenminister verwendet: Es wird zum Aktionsprogramm, und Sie sind dann gezwungen, es umzusetzen`. Er antwortete mir: `Und genau das werde ich tun`.“* (Muchin, S. 178; ‚Berija‘, SS. 308-9).

33-- Berija hatte in seiner Rede etwas gesagt, das Mikoyan alarmierte. Ganz offensichtlich war es die Tatsache, dass Berija in seiner Rede auf dem Roten Platz, als er von der Verfassung sprach, die Kommunistische Partei nicht erwähnte, sondern nur von der sowjetischen Regierung sprach. Berija sprach gleich nach Malenkow, was zeigte, dass er das zweithöchste Amt im sowjetischen Staat bekleidete. Er sagte: *„Die Arbeiter, die Kolchosbauern, die Intelligenz unseres Landes können friedlich und zuversichtlich sein, weil ihnen bewusst ist, dass die sowjetische Regierung gewissenhaft und unermüdlich die Rechte garantiert, die in der stalinschen Verfassung niedergelegt sind. ... und die Außenpolitik der sowjetischen Regierung wird auch künftig die Lenin-Stalin-Politik der Bewahrung und Stärkung des Friedens sein ...“* (‚Berija‘, Rede).

34-- Muchin schlägt folgendes plausibles Verständnis dieser Textstelle vor: *„Die einfachen Menschen verstanden kaum, was Berija sagte; für die Parteinomenklatura jedoch war dies ein schwerer Schlag. Berija hatte vor, das Land ohne die Partei nach vorne zu bringen, d. h. ohne sie. Er versprach den Menschen, ihre Rechte zu wahren, die ihnen von der Partei jedoch nicht verliehen worden waren, sondern von einer Verfassung!“* (Muchin, S. 179).

35-- Auf dem Juni-Plenum 1953 sagte Chruschtschow: *„Erinnern wir uns daran, was Rakosi (der ungarische Kommunistenführer) sagte: `Ich möchte ganz gerne wissen,*

was im Ministerrat beschlossen wird und was im Zentralkomitee, welche Arbeitsteilung es da geben soll'. ... Berija sagte dann fahrlässig: 'Welches Zentralkomitee? Lassen wir den Ministerrat entscheiden! Das Zentralkomitee kann sich um Kaderfragen und Propaganda kümmern'.“ (,Berija‘, S. 91).

36-- Später auf dem gleichen Plenum schlug Lazar Kaganowitsch in Chruschtschows Kerbe: *„Die Partei ist für uns das Höchste. Niemand hat das Recht, so zu sprechen wie der Schurke Berija, dass das Zentralkomitee nur noch für Kader und Propaganda zuständig sein soll, nicht mehr für die politische Führung, nicht mehr für die Führung allen Lebens, so wie wir Bolschewiki es kennen.“* (,Berija‘, S. 138).

37-- Diese Leute schienen geglaubt zu haben, dass Berija die Absicht hatte, die Partei von der direkten Führung des Landes auszuschließen. Aber das glich auf's Haar dem, wofür Stalin und seine Anhänger während der Verfassungsdiskussion in den Jahren 1935-37 gekämpft hatten. Man kann sie in dem Entwurf des neuen Parteiprogramms von 1947, aber auch bei Stalins Versuchen, die bolschewistische Partei auf dem 19. Parteitag sowie auf dem nachfolgenden ZK-Plenum, das nur ein paar Monate zuvor stattgefunden hatte, umzustrukturieren, wiederfinden.

38-- Berijas Sohn Sergo behauptet, dass sein Vater und Stalin sich darauf geeinigt hatten, der Partei die direkte Kontrolle über die sowjetische Gesellschaft zu entziehen.

„Das Verhältnis meines Vaters zu den Organen der Partei war problematisch ... Er verbarg nie sein Verhältnis zum Parteiapparat. Zum Beispiel sagte er ganz direkt zu Chruschtschow und Malenkow, dass der Parteiapparat die Menschen korrumpiere. Er habe in früheren Zeiten seine Existenzberechtigung gehabt, als der sowjetische Staat gerade gegründet wurde. Mein Vater fragte sie: 'Wer braucht diese Kontrollen aber heute noch'?

Er sprach genauso offen mit den Betriebsdirektoren, die sich natürlich um die Nichtstuer aus dem Zentralkomitee nicht im Geringsten kümmerten.

Er war auch Stalin gegenüber genauso offen. Josef Wissarionowitsch stimmte dem zu und meinte, dass sich der Parteiapparat aus der Verantwortung für konkrete Belange gestohlen habe und nichts außer Gerede produziere. Ich weiß noch, dass ein Jahr vor seinem Tod, als Stalin die neue Zusammensetzung des Präsidiums des Zentralkomitees präsentierte, er eine Rede hielt, deren entscheidender Punkt war, dass es notwendig sei, neue Formen der Verwaltung des Landes zu finden, dass die alten nicht die besten seien. Dann fand eine ernste Diskussion über die Aktivitäten der Partei statt.“ (Sergo Berija, *Moy Otets Lavrentii Beria – Mein Vater Lavrenti Berija*).

39-- Berijas Umstrukturierungsvorhaben wären sicherlich an der Parteibasis sehr populär gewesen, ganz zu schweigen von den nichtorganisierten Sowjetbürgern. Aber für die *Nomenklatura* waren sie bedrohlich.

Muchin umschreibt es so: „*Berija hielt sich nicht mit seinem Vorhaben hinter dem Berg, den Menschen einzuschärfen, dass das Land im Zentrum und auf örtlicher Ebene von den Sowjets regiert werden müsse, so wie die Verfassung es vorsah, und die Partei sollte ein ideologisches Organ sein, das durch seine Propaganda garantieren müsse, dass durch ihre Hilfe die Abgeordneten der Sowjets auf allen Ebenen Kommunisten blieben. Berija schlug vor, die Verfassung mit ihrer Devise ‚alle Macht den Sowjets!‘ im umfassenden Sinne wiederzubeleben. Wenn Berija ausschließlich auf dem Gebiet der Ideen tätig gewesen wäre, wäre dies zwar für die Nomenklatura unangenehm, aber kaum beängstigend gewesen. Aufgrund ihres Einflusses hätten sie Delegierte für den Obersten Sowjet ausgesucht und hätten sie instruiert, Berijas Pläne zu sabotieren. Wenn aber Berija den Sekretären des Zentralkomitees nicht mehr erlaubt hätte, die Wahlen oder Sitzungen des Obersten Sowjets zu organisieren, dann wäre man nicht sicher gewesen, wie sich die Delegierten bei ihren Beschlüssen verhalten hätten.*“ (,Ubiistwo‘, SS. 363-4).

40-- Logischerweise musste dies Berija ernsthaft von der Mehrheit der *Parteinomenklatura* entfremden. (,Ubiistwo‘, S. 380). Chruschtschow führte sie an, und vertrat die Interessen dieser Gruppe oder zumindest einen großen und aktiven Teil davon. Und Chruschtschow besaß ein ganz anderes Konzept von ‚Demokratie‘. Der berühmte Filmregisseur Michail Romm gab Chruschtschows Worte auf einer Versammlung vor Intellektuellen wie folgt wieder: „*Natürlich haben alle gehört, was Sie gesagt haben und haben mit Ihnen gesprochen. Aber wer wird entscheiden? In unserem Land müssen die Menschen entscheiden. Und die Menschen – wer ist das? Das ist die Partei. Und wer ist die Partei? Das sind wir. Wir sind die Partei. Das heißt, dass wir entscheiden werden. Ich werde entscheiden. Verstanden?*“ (Alichanow).

41-- Muchin sagt es so: „*Die Partei als Organisation, in der Millionen von Kommunisten organisiert waren, war am Ende. Die Gruppe an ihrer Spitze wurde zur Partei.*“ (Muchin, ,Ubiistwo‘, S. 494).

Der Tod von Stalin und Berija ... und der anderer?

42-- Zusätzlich zu den mysteriösen Umständen von Berijas Tod existieren viele Hinweise darauf, dass Stalin entweder auf dem Flur seines Büro in seiner Datscha hilflos sich selbst überlassen wurde, um dort zu sterben oder sogar vergiftet wurde. Wir haben hier weder die Zeit noch den Raum, um dieser Frage nachzugehen.

43-- Das ist an dieser Stelle auch nicht notwendig. Die weite Verbreitung und der Glaube an diese Geschichten unter Russen aus allen politischen Lagern zeigen, dass viele Russen der Meinung sind, dass der Tod Stalins und Berijas der *Nomenklatura* nur allzu gelegen kam. Die Beweise dafür, dass Berija und Stalin eine kommunistische *Perestroika*, eine „Umstrukturierung“ anstrebten, obwohl dies nur eine politische und keine ökonomische sein sollte, also keine Wiedereinführung einer kapitalistischen Superausbeutung und Ausplünderung des Landes, die mit diesem Namen in den späten 80iger Jahren verbunden sind, sind nicht abhängig davon, ob sie eventuell ermordet wurden.

44-- Das unmittelbare Ergebnis des Scheiterns von Stalin und Berija, eine Demokratisierung durchzuführen, bedeutete, dass die UdSSR der Parteiführung ausgeliefert wurde. Es wurde keine Arbeiterdemokratie in der Sowjetunion eingeführt. Die Spitze der Parteiführung konzentriert nach wie vor alle wichtigen Ämter in ihren Händen, einschließlich der in Staat und Wirtschaft und entwickelte sich zu einer vollkommen parasitären, ausbeuterischen Schicht, die sehr viel Ähnlichkeit mit der in offen kapitalistischen Ländern besitzt.

45-- Diese Schicht ist im wahrsten Sinne des Wortes heute immer noch an der Macht. Gorbatschow, Jeltsin, Putin und der Rest der russischen Führung sowie die in den postsowjetischen Staaten gehörten allesamt mit zur Partielite. Sie nahmen die Bürger der Sowjetunion als superprivilegierte Funktionäre aus. Dann schließlich, unter Gorbatschows Führung, nahmen sie die Privatisierung allen Kollektiveigentums, das der Arbeiterklasse der UdSSR gehört hatte, in Angriff, wodurch sie nicht nur die Arbeiter, sondern auch die breite Mittelschicht gleich mit verarmten. Dies ist die größte Ausplünderung der Weltgeschichte genannt worden.¹³ Die *Parteinomenklatura* hat die Sowjetunion zerstört. (Bivens & Bernstein; O'Meara; Williamson).

46-- Um ihre eigene Rolle bei den Massenexekutionen in den 30iger Jahren zu tarnen, ihre erfolgreichen Machenschaften bei der Verhinderung von Stalins Plänen, eine Demokratisierung durchzuführen, ihre Blockadehaltung, Stalins und Berijas Reformen einzuführen – kurz, um ihre Weigerung, die Sowjetunion zu demokratisieren zu tarnen, schoben Chruschtschow und die höchsten Parteiführer Stalin für alles die Schuld in die Schuhe. Sie logen über das Vorhandensein von ernsthaften Verschwörungen in der UdSSR in den 30iger Jahren und verheimlichten ihre eigene Rolle bei den Massenexekutionen, die folgten.

47-- Chruschtschows sog. Geheimrede von 1956 war gegen die internationale kommunistische Bewegung der größte Schlag in der Geschichte. Sie ermunterte überall die Antikommunisten, die ausnahmsweise einmal der Meinung waren, dass da jetzt ein kommunistischer Führer an der Macht sei, an den auch sie glauben konnten. Dokumente, die seit dem Ende der UdSSR freigegeben wurden, machen deutlich, dass

praktisch sämtliche Beschuldigungen Chruschtschows, die er gegen Stalin in seiner Rede erhob, erlogen waren. Diese Erkenntnis zwingt uns wiederum, der Frage nachzugehen, welche wirklichen Gründe es für Chruschtschows Angriffe gegen Stalin gab.¹⁴ Russische Forscher haben bereits den Beweis erbracht, dass die 'offiziellen' Anschuldigungen gegen Berija, die von Chruschtschow und seinen Komplizen in der sowjetischen Führung zitiert wurden, entweder falsch oder ohne jede Beweiskraft sind. An Berija wurde ein Justizmord verübt aus Gründen, die seine Mörder nie offengelegt haben. Der Mantel der Lügen, der beide Ereignisse umgibt, zwingt uns zu fragen: Was passierte wirklich? Dieser Aufsatz schlägt eine bestimmte Antwort vor.

Schlussfolgerungen und künftige Forschung

48-- Da Stalin ausdrücklich die Existenz konkurrierender Parteien bei Wahlen ausgeschlossen hatte, muss die Frage erlaubt sein: Wie 'demokratisch' wäre denn das Ergebnis gewesen, wenn er sich durchgesetzt hätte? Antworten auf Fragen zur Demokratie müssen mit einer anderen Frage beginnen: „Was ist unter 'Demokratie' zu verstehen?

49-- In der industrialisierten kapitalistischen Welt kennzeichnet der Begriff ein System, bei dem politische Parteien bei Wahlen antreten, bei dem aber alle von einer Elite kontrolliert werden - von extrem reichen und äußerst autoritären Leuten und Gruppen. Auch bedeutet 'Demokratie' nicht, dass der Kapitalismus selbst jemals 'abgewählt' werden könnte. Diese sog. Demokratie ist eine *Form* und ein *Verfahren* der Klassenherrschaft, kurz, ein 'Mangel an Demokratie'.

50-- Hätten Wahlen im Rahmen der Arbeitermacht in der UdSSR funktionieren können? Können Wahlen in einer künftigen sozialistischen Gesellschaft funktionieren? Worin besteht die Aufgabe einer 'repräsentativen Demokratie' in einer Gesellschaft, die die Aufhebung der Klassen anstrebt? Weil diese Bestimmungen der Verfassung von 1936 nie in der UdSSR praktiziert wurden, können wir nicht wissen, welche Stärken und Schwächen dieser Vorschlag gehabt hätte. Marx und Engels zogen aus ihrer Studie der Pariser Kommune wichtige Schlussfolgerungen für das Wesen einer proletarischen Demokratie. Es ist sehr schade, dass wir keine ähnlichen Erfahrungen aus der Sowjetunion zu Stalins Zeiten, was Wahlen angeht, erhalten haben. Zweifellos hätten sich Stärken, aber auch Schwächen gezeigt, was sehr lehrreich gewesen wäre.

51-- Wissenschaftler, motiviert durch den politischen Antikommunismus, werden weiterhin versuchen, dem chruschtschowschen Anti-Stalin-Pradigma des Kalten Krieges neues Leben einzuhauchen, das, obwohl alt und falsch, immer noch nicht genügend diskreditiert ist. Jedoch hat der Prozess einer Neubewertung der Geschichte

der Sowjetunion durch die Freigabe einer Flut von ehemals geheimen Dokumenten in Russland schon längst begonnen. Bald schon wird diese Neubewertung auch anderswo Fuß fassen. Ein wichtiges Anliegen dieser Studie besteht darin, andere mit dieser Entwicklung vertraut zu machen.

52-- Eine Sache wird fast jedem Leser sofort auffallen. Aufgrund des 'Personenkults', der Lobhudelei, von der Stalin umgeben war, sind wir geneigt zu glauben, dass Stalin ein 'allmächtiger Diktator' war. Dieser fundamentale Irrtum des Kalten Krieg/Chruschtschow-Paradigmas, der durch die Forschungsarbeiten, über die hier berichtet wurde, offensichtlich zu Tage gefördert wurde, hat unser Verständnis der sowjetischen Geschichte völlig verzerrt. Tatsächlich war Stalin nie 'allmächtig'. Er wurde durch die gemeinsamen Anstrengungen anderer Parteiführer gelähmt, und er hat nie sein Ziel, eine Verfassungsreform einzuführen, erreichen können. Auch war er nicht in der Lage, die Ersten Sekretäre der Partei und die örtlichen NKWD-Organen in Schach zu halten.

53-- Der 'Kult' verdeckte diese politischen Kämpfe. Protokolle von Vollversammlungen des Zentralkomitees zeigen, dass, obwohl bestimmte bolschewistische Politiker zeitweilig mit Stalin ganz und gar nicht übereinstimmten, dies jedoch selten offen geschah. Politische Kontroversen konnten nicht öffentlich gemacht und offen beigelegt werden. Stattdessen wurden sie an anderen Stellen ausgetragen. Einige dieser Zusammenkünfte waren informeller Art, was sich im Fall der Ersten Sekretäre im Juli 1937 zeigte. Einige dieser Kontroversen wurden durch repressive Methoden geführt, wobei oft andere politische Meinungen als feindliche Opposition bezeichnet wurden.

54-- Wie der Mechanismus im Einzelnen auch ausgesehen haben mag – die Folgen des 'Kults' waren autoritär und zutiefst antidemokratisch. Stalin gehörte zu den wenigen sowjetischen Führern, die dies zum Teil begriffen haben. Im Verlaufe seines Lebens verurteilte er den 'Kult' viele Male.¹⁵ Aber ganz offensichtlich hat er nie durchschaut, welchen Schaden er unweigerlich anrichten musste.

55-- Die Schlussfolgerungen, zu denen wir hier gelangt sind – fast gänzlich auf der Grundlage der Forschungsarbeiten anderer – zeigen einige wichtige Felder auf, die einer künftigen Untersuchung wert wären.

Welche Form kann 'Demokratie' in einer sozialistischen Gesellschaft annehmen, die sich in Richtung einer klassenlosen Gesellschaft entwickeln will? Hätte die Umsetzung der Verfassung von 1936, so, wie sie von Stalin ins Auge gefasst wurde, funktionieren können, um sowohl die Sowjetunion zu demokratisieren als auch um die Bolschewistische Partei wieder in ihre alte Rolle einzusetzen: als eine Organisation von engagierten Revolutionären, deren allererste Aufgabe es gewesen wäre, eine führende Rolle bei der Realisierung der historischen Aufgabe des Kommunismus zu

spielen? Oder hätte dieses demokratische Modell bereits so viele bürgerlich-kapitalistische Konzepte einer Demokratie enthalten, dass es die Entwicklung der UdSSR zurück in den Kapitalismus beschleunigt, statt aufgehalten hätte?

Worin besteht die eigentliche Aufgabe einer kommunistischen Partei in einer solchen Gesellschaft? Welches sind die besonderen Formen der politischen Führung, die mit einer demokratischen Ermächtigung der Arbeiterklasse vereinbar sind? Welche Formen von politischer und ökonomischer Führung stehen im Widerspruch zu diesen Zielen?

56-- Wenn wir erst einmal den Gedanken, dass Wahlen und eine 'repräsentative' Regierung alleine schon ausreichen, damit der Staat die Interessen der Arbeiter und Bauern zum Ausdruck bringen kann, in Frage stellen, dann folgt daraus, dass die Verfassung von 1936, selbst wenn sie umgesetzt worden wäre, dieses Ziel auch nicht realisiert hätte. Dies würde darauf hindeuten, dass die sog. Lösung nicht darin bestehen kann, den Staat zu stärken und die Partei zu schwächen, wie Stalin und Berija anscheinend angenommen haben. Marxisten sind der Meinung, dass der Staat entweder von der einen oder der anderen Klasse geleitet wird, so dass, wenn eine neue herrschende Klasse sich aus der führenden Schicht der Partei oder aus einem anderen Teil der Gesellschaft herauskristallisiert, sie herrschen und den Staat so verändern wird, dass ihre Herrschaft effektiver wird. Das würde wiederum bedeuten, dass die Trennung zwischen Partei und Staat künstlich und trügerisch ist und dass man auf sie verzichten sollte.

- Der Begriff 'Bürokratismus' oder 'Bürokratie' lenkt die Aufmerksamkeit auf ein Problem und verschleiert gleichzeitig ein anderes. Ich glaube, dass die beiden oben aufgeworfenen Fragen, Demokratie und die Rolle der Partei, kreativere und nutzbringendere Denkinstrumente anbieten für ein Nachdenken über das Problem des Verhältnisses zwischen dem organisierten, politisch bewussten Teil der Bevölkerung in einer sozialistischen oder kommunistischen Gesellschaft und dem weniger organisierten und weniger politisch bewussten Teil, der jedoch die wirtschaftlich produktive Mehrheit stellt.
- Die Bolschewiki im Allgemeinen und Stalin im Besonderen unterschieden klar zwischen politischen und technischen Fähigkeiten oder Ausbildung. Aber sie beschäftigten sich nie angemessen mit dem Widerspruch zwischen 'Roter' und 'Experte, wie dieser Widerspruch während der Chinesischen Kulturrevolution genannt wurde. Der Gedanke, der praktisch von allen Sozialisten vertreten wird, dass politische, 'Aufsicht' oder 'Kontrolle' von dem

technischen Spezialwissen und der Produktion getrennt werden kann, widerspiegelte teilweise die irrtümliche Vorstellung, dass `Technik` (Wissenschaft) politisch neutral sei und dass, wenn sie effizient angewendet wird, die ökonomische Produktion selbst dann als politisch `links` oder `kommunistisch` anzusehen sei. Das Dilemma des Widerspruchs zwischen Staat und Partei ergibt sich hieraus.

- Was bedeutet `innerparteiliche Demokratie` für eine kommunistische Partei? In der UdSSR wandelten sich viele der oppositionellen Kräfte, deren Ansichten auf Parteitag und Parteikonferenzen in den 20iger Jahren keine Mehrheit fanden, zu Verschwörern, die dann schließlich dazu übergingen, zu versuchen, die Parteiführung zu ermorden, einen Putsch zu organisieren oder mit der Auslandsspionage feindlicher kapitalistischer Länder zusammenzuarbeiten. Gleichzeitig entwickelten Parteiführer auf der unteren Ebene diktatorische Manieren, wodurch sie sich von der Parteibasis entfremdeten - ganz zu schweigen von der noch sehr viel größeren nichtkommunistischen Bevölkerung - während sie sich gleichzeitig materielle Privilegien sicherten.

57-- Die materiellen Vergünstigungen, die hohe Parteioffizielle erhielten, müssen eine wichtige, vielleicht sogar entscheidende Rolle bei der Entwicklung jener Schicht gespielt haben, die auch *Nomenklatura* genannt wird. Stalins erklärtes Ziel, der Partei die direkte Herrschaft zu entreißen und sie auf ihre Aufgabe, Propaganda und Agitation zu betreiben, zu reduzieren, zeigt, dass er, aber vielleicht auch andere, sich selbst dieses Gegensatzes (zwischen den einfachen Parteimitgliedern und den hochbezahlten Parteiführern – Üb.) bewusst war. In welchem Maße waren große Einkommensunterschiede wichtig, um die Industrialisierung in der UdSSR zu beschleunigen? Wenn sie entscheidend wichtig waren, war es dann ein Fehler, Parteimitgliedern zu erlauben, sich Zugang zu materiellen Privilegien zu verschaffen in Form von hohen Gehältern, besserem Wohnraum, besonderen Läden usw.? Der politische Zusammenhang, in dem diese Entscheidungen in den späten 20iger und frühen 30iger Jahren gefällt wurden, muss näher untersucht werden. Die Diskussionen, die heute verfügbar sind, die etwa in den frühen dreißiger Jahren um die Beendigung des sog. Partei-Maximums geführt wurden, müssen wieder aufgefunden und analysiert werden.

58-- Schukow und Muchin scheinen anzunehmen, dass die Taktik, die sie Stalin und Berija zuschreiben, die darin bestand, die Parteiführung von der Leitung der Staatsgeschäfte fernzuhalten, tatsächlich die beste Chance besaß, die Partei vor der Entartung zu bewahren. Vielleicht lag der wahre Grund für die Entartung in der Verteidigung

ihrer eigenen Privilegien und nicht so sehr in dem Widerspruch zwischen dem 'Roten' und dem 'Experten'.

Ganz eindeutig wurden materielle Anreize für nötig gehalten, um zuerst qualifizierte, jedoch bürgerliche und antikommunistische und arbeiterfeindliche Intellektuelle in den Aufbau der Industriebasis der UdSSR miteinzubeziehen. Davon ausgehend könnte argumentiert werden, dass höhere Löhne notwendig waren, um technisch qualifizierte Leute (einschließlich qualifizierte Arbeiter) dazu zu veranlassen, in die Bolschewistische Partei einzutreten oder aber unter harten und widrigen Lebens- und Arbeitsverhältnissen, oft mit dem Risiko verbunden, die eigene Gesundheit zu riskieren und die eigene Familie aufzuopfern, zu arbeiten. Von dieser Position aus konnte dann die ganze Palette kapitalistisch anmutender Ungleichheiten gerechtfertigt werden und wurde sie auch.

59-- Vielleicht waren Stalin und Berija der Auffassung, dass allein schon die Rückkehr der Partei zur Wahrnehmung ihrer 'rein politischen' Aufgabe sie vor der Entartung bewahrt werden konnte. Da ihr Plan – wenn es ihr Plan war – nie zur Ausführung kam, können wir dies nicht wirklich wissen. Aber ich vermute, dass das Thema der 'materiellen Anreize', d. h. das der ökonomischen Ungleichheit, das ausschlaggebende war. In seinen Gesprächen mit Felix Tschujew sann der alternde Molotow über die Notwendigkeit für mehr Gleichheit nach und sorgte sich um die Zukunft des Sozialismus in der UdSSR, weil er erkannte, dass die Ungleichheit zunahm. Molotow verfolgte die Ursachen dieser Entwicklung nicht in die Tage von Lenin und Stalin zurück. Tatsächlich war Molotow wie Stalin nicht in der Lage, das Erbe Lenins kritisch zu betrachten, obwohl die Notwendigkeit, Ungleichheiten zu bewahren und sogar auszuweiten, um die Produktion anzureizen, zumindest bis Lenin zurückverfolgt werden kann, wenn nicht bis Marx (siehe: 'Kritik des Gothaer Programms').

60-- Die Fragen, die jemand stellt, offenbaren zwangsläufig die eigenen politischen Anliegen, und bei mir ist es nicht anders. Ich glaube, dass die Geschichte der Bolschewistischen Partei während der Stalin-Jahre – eine Geschichte, die durch viele antikommunistische Lügen vernebelt wurde und die noch geschrieben werden muss – künftigen Generationen viel mitzuteilen hat. Politische Aktivisten, die in die Vergangenheit blicken, um dort Ratschläge zu finden und politisch bewusste Wissenschaftler, die der Meinung sind, dass ihr größter Beitrag für eine bessere Welt durch das Studium von vergangenen Kämpfen geleistet werden kann, können eine Menge von dem Erbe der Sowjetunion lernen.

61-- Wie mittelalterliche Seeleute, deren Karten auf Einbildungen und weniger auf Fakten beruhten, sind wir von einer standardisierten Geschichtsschreibung der UdSSR, die größtenteils falsch ist, auf Irrwege geführt worden. Der Prozess der Entdeckung der wahren Geschichte des ersten sozialistischen Experiments der Welt hat

kaum begonnen. Wie jeder Leser dieses Aufsatzes feststellen wird, ist dies von enormer Bedeutung für unsere Zukunft.

Grover Furr

Anmerkungen zu Teil 2:

¹ Der vollständige Text findet sich bei Schukow, ‚Stalin‘. Vgl. auch Schukows frühere Arbeit bei Tayny, SS. 270-6, wo der Text auch steht.

² Eine andere Lesart der Archive lässt darauf schließen, dass die Zahlen 6, 6 und 5 sein könnten. Siehe O. Chlewjnik u.a., *Politburo TsK VKP(b) i Sovet Ministrov SSSR 1945-53*. Moscov: ROSSPEN, 2002, SS. 428-31.

³ Pyschikow schreibt diese demokratischen Züge den Leningrädern zu, besonders aber Wosnessenski. (vgl. den Artikel „N. A. Wosnessenski“ bei: <http://www.akdi.ru/id/new/ek5.htm>). Das würde bedeuten, dass auch Schdanow sie unterstützte, obwohl Schdanows Schirmherrschaft nicht zu Pyschikows Theorie von den am meisten prokapitalistischen Kräften passt, wonach Wosnessenski und seine ‚Leningrader‘ am ‚demokratischsten‘ gewesen seien. Noch erklärt es, weshalb der Entwurf nicht angenommen wurde, da die ‚Leningrader‘ das ganze Jahr 1947 einflussreich blieben, noch deutet es darauf hin, geschweige denn beweist es, dass es irgendeine zwangsläufige Verbindung gibt zwischen der prokapitalistischen und ‚konsum‘orientierten Einstellung Wosnessenskis und einer politischen Demokratie. Schließlich weist es ganz sicher nicht darauf hin, dass Stalin ihn nicht unterstützte.

⁴ Nach Schores Medwedjew wurde Stalins privates Archiv unmittelbar nach seinem Tod zerstört. (Medwedjew, ‚Sekretnyi‘). Wenn das stimmt, würde dies darauf hinweisen, dass einige seiner Ideen für sehr gefährlich gehalten wurden (so Muchin, ‚Ubyystvo‘, S. 612), darunter jene, die er auf den beiden Tagungen entwickelte. Ich folge hauptsächlich Muchin, Kap. 13, sowie Medwedjew, siehe dort.

⁵ Dies war sicherlich als einheitsstiftende Maßnahme gedacht. Jede der Republiken der UdSSR behielt ihre eigene Partei: Es gab die Kommunistische Partei der Ukraine, die Georgiens usw. Dies veranlasste einige Parteiführer anzunehmen, dass Russland, die größte der Republiken, aber diejenige, die keine ‚eigene‘ Partei besaß, im Nachteil sei. Offensichtlich bestand die schwerwiegendste Anklage gegen die Parteiführer, die im Rahmen der Leningrader Affäre nach dem Kriege angeklagt und hingerichtet wurden, darin, dass sie geplant hatten, eine eigene russische Partei zu gründen und vorhatten, die Hauptstadt der Russischen Republik (nicht die der UdSSR) nach Leningrad zu verlegen. Man kann der Meinung sein, dass dies Russland noch mächtiger gemacht und den großrussischen Chauvinismus angestachelt hätte, obwohl das, worauf es damals ankam, darin bestand, die verschiedenen Nationalitäten enger zusammenzuschweißen, siehe David Brandenberger, ‚Stalin, die Leningrader Affäre und die Grenzen des russischen Nachkriegszentrismus‘, *Russian Review* 63, 2004, pp. 241-55.

⁶ Der Posten des ‚Ersten Sekretärs‘ wurde erst nach Stalins Tod von Chruschtschow eingeführt.

⁷ Zitiert nach Muchin, ‚Ubyystvo‘, S. 617.

⁸ Die erste Veröffentlichung, auf die ich gestoßen bin, stand in der linksgerichteten Zeitung *Sovetskaja Rossiia* vom 13. Januar 2000, bei: <http://www.kprf.ru/analytics/10828.shtml>; auf Englisch: <http://www.northstarcompass.org/nsc0004/stal1952.htm>.

⁹ Muchin meint, dies sei ein fataler Irrtum gewesen. Er ist der Ansicht, dass es im Interesse der Parteionomenklatura gewesen sei, dass Stalin im Fall seines Todes sowohl Sekretär des Zentralkomitees (obwohl nicht mehr Generalsekretär) und Staatsoberhaupt gleichzeitig war; mit anderen Worten, dass er immer noch in einer Person die Parteiführung und die Staatsführung des Landes vereinigte. Sein Nachfolger musste dann als Sekretär des ZK auch aller Wahrscheinlichkeit nach vom Land und der Regierung als Staatsoberhaupt anerkannt werden. Das hätte dann aber den Bestrebungen, der Parteionomenklatura die Führung des Landes zu entreißen, ein Ende bereitet. (Muchin, *Ubyystvo*, 604 & Kap. 13, siehe dort).

¹⁰ Ich bezog mich auf die längeren Abhandlungen zu Berijas Reformen – sowohl auf die, die er durchgeführt als auch auf jene, die er nur vorschlug – siehe Kokurin, Poschalow, Starkow, Knight und Muchin (*Ubyystvo*). Alle jüngsten Abhandlungen zu Berija, die in der Bibliografie zitiert werden, diskutieren die Reformen ebenfalls.

¹¹ In seiner ‚Geheimrede‘ prangerte Chruschtschow auch die ‚Ärzteverschwörung‘ als eine Intrige an. Aber er besaß die Unverschämtheit, Berija dafür verantwortlich zu machen, der tatsächlich die Untersuchung niedergeschlagen hatte, während er Kruglow pries, der als NKWD-Chef für diese Intrige verantwortlich gewesen war und dessen ZK-Mitgliedschaft wiederhergestellt wurde. Kruglow saß im Zuschauerraum, als Chruschtschow sprach.

¹² Es gibt eine Reihe von Hinweisen darauf, dass Berija noch am Tage seiner Verhaftung ermordet wurde. Sein Sohn Sergo behauptet in seinen Erinnerungen, dass ihm Untersuchungsbeamte bei seinem ‚Prozess‘ erzählt hätten, dass sein Vater gar nicht anwesend sei. Muchin weist darauf hin, dass Baybakow, das letzte noch lebende ZK-Mitglied aus dem Jahre 1953, ihm erzählt habe, dass Berija zur Zeit des Juli-Plenums des ZK bereits tot gewesen sei, dass aber die Mitglieder des ZK dies damals gar nicht gewusst hätten (Serge Berija; Muchin, *Ubyystvo*, S. 375). Amy Knight (S. 220) berichtete, dass Chruschtschow selbst gleich zweimal erklärt habe, dass Berija am 26. Juni 1953 getötet worden sei, änderte aber später die Aussage wieder. Unterdessen wird behauptet, dass die Prozessdokumente angeblich aus den Archiven ‚entwendet‘ worden seien, so dass noch nicht einmal überprüft werden kann, ob sie je existierten (Klinschtein, 2003). Einige Forscher jedoch wie André Suchomlinow (SS. 61-2) sind nach wie vor der Ansicht, dass die Beweise für Berijas Ermordung nicht stichhaltig seien.

¹³ Der Begriff ‚größter Diebstahl der Geschichte‘ wird weithin verwendet, um die ‚Privatisierung‘ des gemeinschaftlich erwirtschafteten Staats- und Kollektiveigentums der UdSSR zu umschreiben. Einige Beispiele dazu findet man in dem Aufsatz ‚Russian Oligarchy. Welcome to the Real World‘, in: *The Russian Journal*, 17. 3. 2003: <http://www.russijournal.com/news/cnews-article.shtml?nd=36013>; Raymond Baker, Centre for International Policy, ‚A Clear and Present Danger‘, Australian Broadcasting Corp, 2003: <<http://www.abc.net.au/4corners/stories/s296563.htm>>.

¹⁴ Ab November 2005 werde ich einen Artikel über Chruschtschows Lügen in seiner ‚Geheimrede‘ beginnen, dessen Veröffentlichung für den Februar 2006 geplant ist – den 50. Jahrestag der Chruschtschow-Rede.

¹⁵ Roy Medjedjew, *Let History Judge: The Origins and Consequences of Stalinism*, zitiert eine Reihe von Textstellen, in denen Stalin dies tut: siehe SS. 150, 507, 512, 538, 547 der Knopf-Ausgabe von 1971. Andere sind nach dem Ende der UdSSR ans Tageslicht gekommen, z. B. siehe *The Diary of Georgi Dimitrov 1933-1949*, hrsg. u. eingeleitet von Ivo Banac, New Haven, CT, Yale University Press, 2003, SS. 66-7.

Ergänzende Bibliografie für Teil 2

Chilachava, Raul, *Syn Lavrentiia Beria rasskazyvaet*, Kiew, Inkopress 1992.

Dobriukha, Nikolai, “Otsy I otchimy ‘otpepli’”, *Argumenty I Fakty*, 18. Juni 2003. At: <http://www.aif.ru/online/air/1182/10_01>.

Koshliakov, Sergei, “Lavrentiia Beria rasstreliali zadolgo do prigovora“. *Vesti Nedeli*, 29. Juni, 2003. At: <<http://www.vesti7.ru/archive/news?id=2728>>.

Prudnikova, Elena, *Beria. Prestupleniia, kororykh ne bylo*. St. Petersburg: Neva, 2005.

Prudnikova, Elena, *Stalin. Vtoroe Ubiystvo*. St. Petersburg: Neva, 2003.

Pyzhikov, A., “N. A. Voznesenskii o perspektivakh poselvoennogo obnovleniia obshchestva.”. At: <<http://www.akdi.ru/id/new/ek5.htm>>.

Rubin, Nikolai. *Lavrentii Beria. Mif I Realnost*. Moscow: Olimp; Smolensk: Rusich, 1998.

Service, Robert. *Stalin. A Biography*. Cambridge, MA: Belknap Press, 2004.

Smirtiukhov, Mikhail. Interview, *Kommersant-Vlast*, 8. Februar, 2000. At <<http://www.nns.ru/interv/arch/2000/02/08/int977.html>>

Sulianov, Anatolii. *Beria: Arestovat v Kremle*. Minsk: Kharvest, 2004.

Toptygin, Aleksei. *Lavrentii Beria*. Moscow: Yauza, Eksmo, 2005.

Stalins Arbeit: „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“

William B. Bland: Die historische Bedeutung von Stalins „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“

Einleitung

Im Jahre 1922 waren die Kräfte der offenen Konterrevolution sowie die der ausländischen Intervention in der Sowjetunion entscheidend geschlagen worden. Von diesem Zeitpunkt an waren jene, die die Absicht hatten, die Arbeitermacht in der Sowjetunion zu beenden, von der der Aufbau und der Bestand des Sozialismus abhing, gezwungen, ihre antisozialistischen Ziele auf andere Weise zu verfolgen: Sie waren gezwungen, sich als ‚Marxisten-Leninisten‘ zu verkleiden. Nur so noch waren Versuche erfolgversprechend, die Politik der herrschenden proletarischen Klasse dadurch zu untergraben, dass man eine politische Linie ins Spiel brachte, die geeignet war, den Sozialismus zu schwächen und den Weg für die Wiederherstellung der alten kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu ebnen.

Wir bezeichnen solche Kräfte als ‚Revisionisten‘, und zwar deshalb, weil sie versuchen, den Marxismus-Leninismus in einer solchen Weise zu revidieren, die geeignet ist, antisozialistische Ziele zu verfolgen.

Um die historische Bedeutung von Stalins Werk „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ angemessen würdigen zu können, müssen wir es im Zusammenhang mit dem fortgesetzten Kampf zwischen Marxisten-Leninisten und Revisionisten in der UdSSR sehen.

Schon gegen Ende und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg veröffentlichten einige einflussreiche sowjetische Ökonomen ihr revisionistisches Gedankengut und unternahmen den Versuch, ihre eigene revisionistische Linie in der Sowjetunion durchzusetzen.

TEIL 1

Der Leitartikel „Unter dem Banner des Marxismus“

1943 bringt die sowjetische Zeitschrift „Pod Snamenjem Marksizma“ (Unter dem Banner des Marxismus) einen Leitartikel, der mit „Einige Fragen zur Vermittlung der politischen Ökonomie“ überschrieben ist. Anscheinend handelt es sich um die Arbeit eines der Herausgeber, des Wirtschaftswissenschaftlers Lew Leontjew. Der Artikel vertritt die revisionistische These, dass „...*die ökonomischen Gesetze des Sozialismus ihrem Wesen, ihrem Inhalt, der Art ihrer Wirkungsweise nach sich von den ökonomischen Gesetzen des Kapitalismus nicht wesentlich unterscheiden ... und dass im Sozialismus die politischen Entscheidungen des sowjetischen Staates auf wirtschaftspolitischem Gebiet `ökonomische Gesetze` darstellen.*“

(,Einige Fragen zur Vermittlung der politischen Ökonomie‘, hiernach zitiert als ,Einige Fragen 1943‘, in: ,American Economic Review‘, Band 34, Nr. 3, S. 518).

Der Artikel verurteilt als „unmarxistisch“ die Ansicht, dass nur solche Gesetze als ökonomische Gesetze angesehen werden können, die unabhängig vom menschlichen Willen und Bewusstsein existieren. (vgl. ebd., S. 513).

Der Inhalt des Leitartikels weckt beträchtliche Aufmerksamkeit unter Ökonomen außerhalb der Sowjetunion, darunter bei der „New York Times“, wo der gleiche Artikel unter der Überschrift „Kommunistische Dogmen grundlegend revidiert“ zitiert wird (vgl. ,New York Times‘ vom 2. April 1944, S. 7).

Sowjetische Ökonomen sind von dem Artikel jedoch ganz und gar nicht erbaut (vgl. W. Holubnichy, „Sowjetische Debatten zur ökonomischen Theorie. Eine Einführung“, in: Harry G. Shaffer, Hrsg., „Die sowjetische Wirtschaft. Eine Zusammenstellung westlicher und sowjetischer Ansichten“, London 1964, S. 344).

Der Streit um die regionale Wirtschaftsplanung

Am 5. Juli 1945 legt Nikolai Wosnessenski, der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, auch Gosplan genannt, einer Sitzung des Komitees für Staatliche Planung die Ergebnisse einer Untersuchungskommission vor. In seinem Bericht schlägt er vor, dass die UdSSR aus „Planungsgründen“ in 17 Regionen eingeteilt werden solle, wobei sich jede einzelne entsprechend ihrem gegenwärtigen Schwerpunkt auf einen bestimmten Industriezweig spezialisieren sollte (vgl. Timothy Dunmore, „Die stalinistische Kommandowirtschaft. Der sowjetische Staatsapparat und die Wirtschaftspolitik, 1945-1953“, London 1980, S. 43).

Marxisten-Leninisten wenden sich gegen das Vorhaben, da eine solche Regionalisierung die Planung der Regionen des Ostens, wo erst wenige Industriezweige schon gut entwickelt sind, benachteiligen würde und weil eine solche Regionalisierung auch der Nationalitätenpolitik abträglich sei (vgl. Timothy Dunmore, ebd.).

Wosnessenskis Plan wird abgelehnt, und am 25. Juli 1945 richtet man eine neue Kommission ein, um im Unterschied dazu ein Programm für die Regionen auf der Grundlage ihrer vielseitigen Entwicklung auszuarbeiten (vgl. ebd.).

Die Bestrebungen zur Einschränkung der vorrangigen Planung für Produktionsmittel

Zu dieser Zeit ist Nikolai Wosnessenski eng mit Michail Rodionow, dem damaligen Ministerpräsidenten der Russischen Republik (RSFSR) verbunden, und schon 1945 erarbeiten beide eine gemeinsame Linie in Wirtschaftsfragen. Andere prominente Persönlichkeiten, die mit dieser Linie sympathisieren, sind der Chruschtschow-Freund Anastás Mikojan, einer der stellvertretenden Ministerpräsidenten der UdSSR, Alexej Kossygin, der Ministerpräsident der Russischen Föderation (der später unter Leonid Breschnew die sowjetische Wirtschaftsreform leiten sollte – Übers.) sowie Alexej Kusnetzow, Erster Parteisekretär in Leningrad.

Das hervorstechende Merkmal dieser Linie besteht darin, dass jetzt, nach dem Kriege, der traditionelle Vorrang in der sozialistischen Wirtschaftsplanung für die Produktion von Produktionsmitteln gelockert werden müsse. Wosnessenski, Mikojan, Kossygin und Rodionow bilden schon 1945 eine Arbeitsgruppe, die sich dafür stark macht, in der Friedenswirtschaft der Sowjetunion der Leichtindustrie das gleiche Gewicht wie der Schwerindustrie zu geben. In seiner Rede vom März 1946 zum neuen Fünfjahresplan 1946-1950 gibt Wosnessenski für die unmittelbar anstehenden Aufgaben dem Wohnungsbau und der Produktion von Konsumgütern den Vorrang.

Nach 1945 ist diese Gruppe, aber besonders Rodionow, in politische Intrigen verwickelt. Rodionow sei ein russischer Nationalist gewesen, so William McCagg, jr., in: „Stalin unter Beschuss, 1943-1948“, Detroit 1978, S. 134.

Diese Gruppe um Wosnessenski nutzt ihre Machtbasis in Leningrad dazu, um in der gesamten Russischen Republik die politischen Ideen zu verwirklichen, für die sie gemeinsam streiten. So führen sie in der Russischen Republik Reformen zur Ankerbelung der Konsumgüterproduktion ein. Zwischen 1946 und 1947 zum Beispiel sprießen in der Russischen Republik Ministerien für technische Kultur, Cinematografie, Luxusgüter, Delikatessen, für die Leichtindustrie und dergleichen mehr wie Pilze aus dem Boden (vgl. McCagg, ebd., S. 135, 363).

Gute Beziehungen zu den jugoslawischen Revisionisten

Zwischen 1946 und 1948 nehmen hochrangige Leningrader Persönlichkeiten freundschaftliche Beziehungen zu führenden jugoslawischen Politikern auf, die 1948 vom Kominform (Nachfolgeorganisation der Komintern – Übers.) als Revisionisten verurteilt worden waren. Das jugoslawische Politbüromitglied Milowan Djilas beschreibt, wie Alexander Wosnessenski, Nikolais älterer Bruder und Erziehungsminister in der Russischen Republik, ihm gegenüber Folgendes sagte:

„Wosnessenskis älteren Bruder, ein Universitätsprofessor, der soeben zum Erziehungsminister der Russischen Republik ernannt worden war, kannte ich gut. Ich hatte mit ihm auf dem Panslawischen Kongress in Belgrad im Winter 1946 einige sehr interessante Diskussionen. Wir stimmten nicht nur darin überein, dass die herrschende Theorie des ‚sozialistischen Realismus‘ eng und vorurteilsbeladen ist, sondern auch darin, dass im Sozialismus neue Phänomene aufgetreten sind ... infolge der Entstehung neuer sozialistischer Länder und infolge von Veränderungen im Kapitalismus – Dinge, die bislang noch nicht theoretisch abgehandelt worden sind.“ (Milowan Djilas, ‚Unterhaltungen mit Stalin‘, Harmondsworth 1963, S. 117).

Djilas berichtet, dass eine jugoslawische Delegation im Januar 1948 in Moskau reserviert, aber in Leningrad herzlich empfangen wurde. Djilas: *„Unsere Begegnung mit den Leningrader Offiziellen fügte unserer Bewunderung menschliche Wärme hinzu ... Wir kamen mit ihnen schnell und zwanglos zurecht. Wir beobachteten, dass diese Männer das Leben ihrer Stadt und ihrer Bürger auf schlichtere und menschlichere Weise als die Moskauer Offiziellen betrachteten. Es schien mir, dass ich sehr schnell eine gemeinsame politische Sprache mit diesen Menschen durch die Sprache der Menschlichkeit finden würde.“* (Ebd., S. 129, 130f).

Wladimir Dedjer, der jugoslawische Informationschef, bestätigt, dass die jugoslawische Delegation „den Wunsch zum Ausdruck brachte, Leningrad zu besuchen. Sie wurde dort herzlich empfangen“ (vgl. Wladimir Dedjer, „Tito spricht. Sein Selbstportrait und sein Kampf mit Stalin“, London 1953, S. 322).

Es versteht sich von selbst, dass dieser Gang der Dinge Moskau nicht verborgen bleiben konnte. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion bemerkt in seinem Schreiben an das ZK der KP Jugoslawiens vom 4. Mai 1948, dass die letzte Delegation der jugoslawischen Partei es vorgezogen habe, von Offiziellen der Leningrader Parteiorganisation Informationen zu empfangen, aber nicht von Moskau: *„Bei seinem letzten Besuch in der UdSSR verbrachte Genosse Djilas, der sich kurz in Moskau aufgehalten hatte, einige Tage in Leningrad, wo er mit sowjetischen Genossen Gespräche führte ... Genosse Djilas verzichtete darauf, sich bei offiziellen Stellen der UdSSR zu informieren, er tat dies aber bei den Verantwortlichen der Leningrader*

Organisation. Was machte Genosse Djilas dort, was für Informationen trug er dort zusammen? Wir haben es als zwecklos angesehen, uns näher mit solchen Fragen zu beschäftigen, und gehen einmal davon aus, dass er dort keine Informationen für den angloamerikanischen oder französischen Geheimdienst gesammelt hat.“ (ZK der KPdSU, B: Brief an das ZK der KPJ vom 4. Mai 1948, in: „Briefwechsel zwischen dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Jugoslawiens und dem Zentralkomitee der Allunions-Kommunistischen Partei (Bolschewiki)“, Belgrad 1948, S. 42).

In diesem Zusammenhang weist der Historiker Robert Conquest auf Folgendes hin: *„Auf diese Weise wurde den Leningrader unterstellt, Djilas Material überreicht zu haben, das, falls es imperialistischen Geheimdiensten übergeben würde, dem Staat geschadet hätte. Es dauerte nur noch ein Jahr und den Jugoslawen wurde vorgeworfen, Agenten der Geheimdienste zu sein.*“ (Robert Conquest, „Macht und Politik in der UdSSR. Eine Studie sowjetischer Dynastien“, London 1961, S. 102).

Vargas Buch über die Kriegswirtschaft

Im September 1946 wird in Moskau das Buch des in Ungarn geborenen Wirtschaftswissenschaftlers Jewgeni S. Varga veröffentlicht. Varga ist Direktor des „Instituts für Weltwirtschaft und internationale Politik“ in Moskau. Es trägt den Titel: „Veränderungen in der kapitalistischen Ökonomie im Ergebnis des Zweiten Weltkriegs“. In dem Buch werden eine ganze Reihe revisionistischer Thesen vertreten, darunter folgende:

- 1-- Das Buch stellt keinen Zusammenhang zwischen ökonomischen und politischen Fragen her;
- 2-- Varga vertritt die Ansicht, dass die Nationalisierungsmaßnahmen in kapitalistischen Ländern den sozialistischen Verstaatlichungsmaßnahmen in den osteuropäischen Volksdemokratien gleichzusetzen seien;
- 3-- Er meint, dass die Arbeiterklasse in imperialistischen Staaten „allmählich ihren Einfluss im Staatsapparat ausbauen und die vorherrschende Rolle darin spielen“ könne;
- 4-- Er ist der Auffassung, dass die imperialistischen Länder in ihren Kolonien die ehemals ausbeuterischen Beziehungen inzwischen rückgängig gemacht hätten, dass es also keinen Neokolonialismus gäbe;
- 5-- Er ist auch der Meinung, dass infolge der Veränderungen, die während des Krieges in den modernen kapitalistischen Ländern eingetreten seien, dort nun eine staatswirtschaftliche Planung möglich geworden sei;

6-- Varga ignoriert die allgemein Krise des Kapitalismus;

7-- Varga sieht die Volksdemokratien in Osteuropa als „staatskapitalistisch“ und nicht als sozialistisch an ...

Die Kritik an Vargas Buch

Vargas Buch wird von Ökonomen, die den Marxismus-Leninismus verteidigen, scharf kritisiert, besonders in diesen Punkten. Im Mai 1947 ist sein Buch Gegenstand von Diskussionen auf einer ganzen Reihe von Konferenzen des Ökonomischen Instituts der Akademie der Wissenschaften sowie der Ökonomischen Fakultät der Moskauer Universität (vgl. Die Diskussionen zu J. Vargas Buch über „Die kapitalistische Kriegswirtschaft“, in: ‚Sowjetische Studien‘, Band 1, Nr. 1, Juni 1949, S. 33).

Obwohl die Diskussionen im Mai 1947 in gutem Einvernehmen und seriös geführt werden, ist Varga nur bereit, in einem einzigen Punkt nachzugeben: *„Wenn ihr mich fragen würdet, ob ich es für angebracht halte, irgendeine theoretische Position aufzugeben, außer in der Frage des Charakters der Volksdemokratien, so würde ich, Genossen, mit ‚nein‘ antworten. Die Abhandlungen, die ich zu meinem Buch gelesen habe, haben mich in keiner Weise davon überzeugen können, dass meine grundlegenden theoretischen Annahmen geändert werden müssten.“* (Jewgeni S. Varga, Stellungnahme auf der Diskussionsveranstaltung vom Mai 1947, in: ‚Sowjetische Positionen zur internationalen Nachkriegswirtschaft. Eine offizielle Kritik an Jewgeni S. Vargas ‚Veränderungen in der Ökonomie des Kapitalismus im Ergebnis des Zweiten Weltkriegs‘, Washington D. C. 1948, S. 2f).

Fünf Monate später wird Vargas‘ ‚Institut der Weltwirtschaft‘ aufgelöst (vgl. ‚Ein sowjetischer Ökonom fällt in Ungnade‘, in: ‚Fortune‘, Band 37, März 1948, S. 5).

Im Oktober 1948 tritt eine erweiterte Sitzung des Gelehrtenrats der Akademie der Wissenschaften unter Beteiligung von führenden Wissenschaftlern, Pädagogen und Vertretern aus Ministerien zusammen (vgl. Philip J. Jaffe, ‚Aufstieg und Fall des amerikanischen Kommunismus‘, New York 1975, S. 111f). Der Haupttagesordnungspunkt ist eine erneute kontroverse Diskussion zu Vargas Buch. Konstantin Ostrowitjanow, der Direktor des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, verurteilt das Buch und bezeichnet es als „unmarxistisch“. Er sagt: *„Eine ganze Reihe von veröffentlichten Werken, die in letzter Zeit zu Fragen der Ökonomie und Politik erschienen sind, enthalten schwere antimarxistische Fehler und Entstellungen ... Diese Werke wurden in der sowjetischen Presse zu Recht stark kritisiert. Die Kritik förderte gravierende Fehler reformistischer Natur zu Tage. Genosse Varga, der an der Spitze dieser unmarxistischen Strömung steht, sowie einige seiner Gefolgsleute, haben bislang ihre Fehler nicht eingeräumt ... Eine solche*

nicht-parteiliche Einstellung gegenüber einer Kritik muss zu neuen theoretischen und politischen Fehlern führen.“ (Konstantin Ostrowitjanow, „Mängel und Aufgaben der Forschungsarbeit auf dem Gebiet der Ökonomie“, in: „Aktuelle Artikel aus der sowjetischen Presse“, Band 1, Nr. 6 und 8 vom März 1949, S. 5f).

Varga bleibt bei seinen Einschätzungen, räumt aber Folgendes ein: *„Die Trennung von Ökonomie und Politik war falsch. Ich irrte auch, wenn ich der Meinung war, dass der Staatskapitalismus in der Wirtschaft der Volksdemokratien vorherrschend blieb. Ich kann jedoch den Rat, der mir gegeben wurde, nicht nachvollziehen und auch nicht die gesamte Kritik an meinem Buch ... Es gibt da Dinge, die ich nicht zugeben kann.*“ (Jewgeni S. Varga, Beitrag auf der Oktober-Diskussion von 1948, in: „Aktuelle Artikel aus der sowjetischen Presse“, Band 1, Nr. 11 und 12 vom 12. April 1949, S. 17f).

In seiner Schlussbemerkung bemerkt Ostrowitjanow: *„Genosse Varga - Sie streiten hartnäckig ihre gravierenden Irrtümer in prinzipiellen Fragen ab, die in unserer Parteipresse als reformistische Fehler eingeschätzt wurden ... Wir dürfen Sie bitten, die Rolle des beleidigten Würdenträgers der Wissenschaften aufzugeben und zu versuchen, Ihre Irrtümer genauestens zu analysieren und – was das Wichtigste ist – sie zu korrigieren und neue Werke auf der Grundlage der Erfordernisse der marxistisch-leninistischen Wissenschaft zu schaffen. Die Geschichte unserer Partei sollte Ihnen sagen, welche traurigen Folgen das hartnäckige Festhalten an den eigenen Fehlern haben kann.*“ (Konstantin Ostrowitjanow, Schlussbemerkung auf der Oktober-Diskussion von 1948, in: „Aktuelle Artikel aus der sowjetischen Presse“, Band 1, Nr. 12, 19. April 1949, S. 5f).

Wosnessenskis Buch über die Kriegswirtschaft

Nikolai Wosnessenski bringt 1947 sein Buch „Die Kriegswirtschaft der Sowjetunion während des Vaterländischen Krieges“ heraus. In diesem Buch vertritt er ähnliche Thesen wie Jewgeni Varga (vgl. den Leitartikel von 1943 „Unter dem Banner des Marxismus“):

1-- Wosnessenski behauptet dort, dass der sozialistische Wirtschaftsplan ein „ökonomisches Gesetz“ sei: *„Es ist wichtig, auf die besonderen Wesenszüge des staatlichen Wirtschaftsplans hinzuweisen, die ihn zu einem Gesetz der wirtschaftlichen Entwicklung in der UdSSR machen ... Die sozialistische Planung ist ein gesellschaftliches Entwicklungsgesetz.*“ (Nikolai A. Wosnessenski, „Die Kriegswirtschaft der Sowjetunion während des Vaterländischen Krieges“, Moskau 1948, S. 115, 120). Dazu der in Neuseeland geborene Wirtschaftswissenschaftler Ronald L. Meek: *„Diese These läuft auf eine*

Gleichsetzung des ökonomischen Gesetzes, das im Sozialismus herrscht, mit der staatlichen Wirtschaftspolitik hinaus.“ (Ronald L. Meek, ‚Studien zur Theorie des Arbeitswerts‘, London 1956, S. 273).

2-- Wosnessenski vertritt den Gedanken, dass die staatlichen Planungsbehörden die Verteilung der produktiven Ressourcen der Volkswirtschaft nach dem Wertgesetz vornehmen müssen: *„Der Staatsplan des sowjetischen Wirtschaftssystems bedient sich des Wertgesetzes, um die erforderlichen Proportionen in der Produktion und die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit sowie des gesellschaftlichen Produkts sicherzustellen. Das Wertgesetz wirkt bei der Verteilung der Arbeit unter die verschiedenen Volkswirtschaftszweige der Sowjetunion ...“* (Nikolai Wosnessenski, ebd., S. 117f).

3-- Wosnessenski tritt dafür ein, dass das Prinzip des Vorrangs der Produktion von Produktionsmitteln (vor der Produktion von Konsumgütern – Übers.) in Frage gestellt wird. Er schlägt in seinem Buch vor, *„den Anteil des gesellschaftlichen Produktes, der für den Konsum vorgesehen ist, in der Nachkriegszeit zu erhöhen“* (vgl. ebd., S. 147).

Auffällig ist, dass das Buch trotz dieser Abweichungen vom Marxismus-Leninismus in der Sowjetunion im Allgemeinen positiv aufgenommen wird und 1948 sogar den Stalin-Preis erhält.

Der australische Ökonom Bruce McFarlane weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass Wosnessenskis ökonomische Thesen später, nach Stalins Tod, von den *„Wirtschaftsreformern“* verwirklicht wurden. McFarlane: *„Wosnessenskis Theorien nahmen schon ein Jahrzehnt vorher einige Änderungen in der Struktur der sowjetischen Wirtschaft, die 1957-1960 eingeführt wurden, vorweg.“* (Bruce J. McFarlane, *„Die sowjetische Rehabilitierung von N. A. Wosnessenski – Ökonom und Planer“*, in: *„Australian Outlook“*, Band 16, August 1964, S. 151).

Der Leningrader Kult

1947 beginnt M. I. Rodionow, ein junger nationalistischer russischer Politiker, in der Russischen Republik seine *„Reformkampagne“* und verbindet sie mit der Schaffung eines Kults um die Stadt Leningrad (vgl. William O. McCagg jr., ebd., S. 275). Nikolai Wosnessenski und seine Gruppe schließen sich der Kampagne an. Er schlägt vor, die Hauptstadt der Russischen Republik von Moskau nach Leningrad zu verlegen, aber auch den Hauptsitz der kommunistischen Partei. Auch der Vorsitzende des Ministerrats und des Präsidiums des Obersten Sowjets der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik, Wlassow, macht sich für den Vorschlag stark (vgl. Peter

Deriabin, „Wachhunde des Terrors. Russische Leibwächter von den Zaren bis zu den Kommissaren“, Bethesda/USA 1984, S. 312).

Auch der Erste Sekretär des Leningrader Regional- und Stadtkomitees Popkow ist einverstanden und schlägt vor, dass Wosnessenski „den Patron von Leningrad spielen“, also den Interessen der Stadt ganz besondere Aufmerksamkeit zukommen lassen sollte (vgl. „Politisches Archiv der Sowjetunion“, Band 1, Nr. 2, 1990, hiernach zitiert als „Politisches Archiv 1990“).

Wosnessenski unterlässt es, das ZK der KPdSU, B von Popkows Vorschlag zu unterrichten. Dies wird in Moskau als Schritt angesehen, die Partei der Russischen Republik zum Zentrum einer gegen die KPdSU, B gerichteten Verschwörung zu machen.

Der Versuch einer landesweiten Wirtschaftsreform

Im Januar 1949 fühlt sich die Gruppe um Wosnessenski stark genug, um auf Landesebene die von ihr vorgebrachten Wirtschaftsreformen einzuführen. Die Großhandelspreise sollen an ihren Wert angepasst werden, um so den Boden für die Einführung des Profits als Steuerungsmechanismus für die gesamte Produktion wieder einzuführen. Dazu Peter J. D. Wiles: „Am 12. Januar 1949 wurden die Großhandelspreise beträchtlich angehoben.“ (Peter J. D. Wiles, „Die politische Ökonomie des Kommunismus“, Oxford 1962, S. 116). Die Reform wird als „Wosnessenskis schlagartiger Subventionsabbau“ bezeichnet (vgl. Archie Brown, Hrsg., „Die Sowjetunion. Ein biografisches Wörterbuch“, London 1990, S. 43).

Aber nach Wosnessenskis Fall ein Jahr später wird diese Wirtschaftspolitik des Subventionsabbaus wieder rückgängig gemacht, worauf auch Robert Conquest hinweist (vgl. Robert Conquest, ebd., S. 105).

Die allrussische Großhandelsmesse

1948 schlägt Wosnessenski vor, in Leningrad eine internationale Messe abzuhalten (vgl. Peter Deriabin, ebd., S. 313). Vom 10. bis zum 20. Januar findet dann auch tatsächlich dort eine allrussische Großhandelsmesse statt. Am 13. Januar 1949, also erst ein paar Tage nach der Eröffnung dieser Messe, schickt Rodionow eine Mitteilung an das Moskauer Zentralkomitee, zu Händen Georgi Malenkow, dem Sekretär des ZK, wonach in Leningrad eine Großhandelsmesse eröffnet worden sei und dass sich an ihr auch Handelsorganisationen aus anderen Sowjetrepubliken beteiligen würden (vgl. „Politische Archive 1990“, S. 153). Malenkow gibt die Mitteilung weiter mit dem Vermerk: „Bitte beschäftigt euch mit der Mitteilung des Genossen Rodionow. Ich bin

der Auffassung, dass Projekte dieser Art nur mit Genehmigung des Ministerrats der UdSSR stattfinden dürfen.“ (vgl. ebd.).

Das Einschreiten des Politbüros gegen die Leningrader Verschwörer

Inzwischen ist man in Moskau, d. h. im Politbüro des Zentralkomitees der KPdSU, B, davon überzeugt, dass führende Parteimitglieder in Leningrad in eine Verschwörung verwickelt sind, die darauf abzielt, die Politik der Partei von marxistisch-leninistischen Prinzipien abzubringen und einen Keil zwischen die Leningrader Organisation und das Zentralkomitee in Moskau zu treiben.

Am 15. Februar 1949 billigt das Politbüro eine Resolution mit dem Titel „Über die parteifeindlichen Aktivitäten der Genossen Kusnetzow, Rodionow und Popkow“. In dieser Resolution werden die genannten Personen wegen „staatsfeindlicher Aktivitäten“ heftig kritisiert. In der Resolution wird die Besorgnis ausgedrückt, dass solche Messen zu einer Verschwendung staatlicher Warenbestände führen (vgl. „Politische Archive 1990“, ebd.). Weiter heißt es dort: *„Das Politbüro der Allunions-Kommunistischen Partei, Bolschewiki, ist der Ansicht, dass die oben angeführten parteifeindlichen Aktivitäten sich aus der fehlerhaften und unbolschewistischen Abweichung der Genossen Kusnetzow, Rodionow und Popkow ergaben, die in ihrem demagogischen Liebäugeln mit der Leningrader Organisation zum Ausdruck gekommen sind. Sie ergaben sich aus der Geringschätzung des Zentralkomitees, das die Leningrader Organisation angeblich nicht unterstützt, sowie aus ihrem Bemühen, sich als besonders ehrgeizige Vertreter Leningrader Interessen aufzuspielen, um so einen Keil zwischen das Zentralkomitee und die Leningrader Organisation zu treiben, mit dem Ziel, die Leningrader Organisation dem Zentralkomitee der Partei zu entfremden. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass Genosse Popkow als Erster Sekretär des Leningrader Regional- und Stadtkomitees der Partei den Kurs der Umgehung des Zentralkomitees der Partei eingeschlagen hat. Im gleichen Lichte sehen wir den Vorschlag, der uns zugetragen wurde, dass der Genosse Wosnessenski Leningrad unter „seiner Schirmherrschaft nehmen“ sollte. Das Politbüro ist der Ansicht, dass solche parteiwidrigen Methoden im Keim erstickt werden müssen, denn sie sind Ausdruck der Vorgehensweise parteifeindlicher Gruppierungen, säen Misstrauen zwischen dem Leningrader Regionalkomitee und dem Zentralkomitee und können dazu führen, dass sich die Leningrader Organisation von der Partei abspaltet...“* („Politische Archive 1990“, S. 153f).

Das Zentralkomitee weist auch auf den Fall Sinowjew hin, der damals versucht habe, mit ähnlichen Methoden Leningrad in eine Bastion seiner Fraktion zu verwandeln.

Das Politbüro beschließt, Rodionow, Kusnetzow und Popkow ihrer Ämter zu entheben. Sie erhalten einen Parteiverweis. Auch Nikolai Wosnessenski erhält einen Verweis.

Malenkows Besuch in Leningrad

Am 21. Februar 1949 wird Malenkow von Stalin instruiert und nach Leningrad geschickt. Er soll sich dort ausführlich umsehen. Er fährt noch in der gleichen Nacht. Seine Informationen aus Leningrad weisen darauf hin, dass sich der Parteichef vor Ort, also Popkow, nicht um das Zentralkomitee in Moskau schert (vgl. Dimitri Wolkogonow, „Stalin. Triumph und Tragödie“, London 1991, S. 520).

Einen Tag darauf informiert Malenkow die gemeinsame Sitzung des Leningrader Regional- und Stadtpartei Komitees über den Beschluss des Zentralkomitees vom 15. Februar, dass die Genossen Kusnetzow, Rodionow und Popkow ihres Amtes enthoben worden sind. Nur Popkow und Kapustin geben zu, dass ihre Aktivitäten tatsächlich gegen die KPdSU, B gerichtet gewesen seien. Nachdem sie gesprochen haben, bitten andere Teilnehmer an der Sitzung „um Nachsicht“ ... (vgl. „Politische Archive 1990“, S. 154).

Die Entlassung Wosnessenskis

Am 5. März 1949 verabschiedet das Büro des Ministerrats der UdSSR einen Resolutionsentwurf zur Staatlichen Plankommission, der Stalins Bemerkung enthält, dass der „Versuch, Zahlen zu manipulieren, um dieses oder jenes Vorteils willen, ein strafwürdiges Vergehen ist“ (vgl. ebd., S. 155).

Auf der Grundlage des Beschlusses des Ministerrates der UdSSR vom gleichen Tag wird Wosnessenski als Vorsitzender der Staatlichen Plankommission abgesetzt.

Vargas Dementi

Im März 1949 sieht sich Jewgeni Varga veranlasst, einen Brief an die Parteizeitung „Prawda“ zu schreiben, in dem er ausländische Presseberichte zurückweist, wonach er „westlich orientiert“ sei. Varga wörtlich: „Ich möchte hiermit energisch die düsteren Anschwärmungen von Kriegstreibern zurückweisen, dass ich ein Mann mit `westlicher Orientierung´ sei. Heute, unter den jetzigen Umständen, würde das bedeuten, dass ich ein Konterrevolutionär bin, ein antisowjetischer Verräter der Arbeiterklasse.“ (Jewgeni S. Varga, Brief an den Herausgeber der „Prawda“ vom 15. März 1949, in: „Current Digest of the Soviet Press“, Band 1, Nr. 10, 5. April 1949, S. 45).

Vargas Selbstkritik

Im April 1949 veröffentlicht Varga einen längeren Artikel in der Zeitschrift ‚Waprosi Ekanomiki‘ (Wirtschaftsfragen), in dem er den ganz überwiegenden Teil der Kritik an seinem Buch als gerechtfertigt bezeichnet:

„Mein Buch „Veränderungen in der Ökonomie des Kapitalismus im Ergebnis des Zweiten Weltkriegs“ wurde, wie man weiß, heftig in der Parteipresse, aber auch bei wissenschaftlichen Diskussionen kritisiert. Eine ganze Reihe anderer Veröffentlichungen des damaligen „Instituts für Weltwirtschaft und Internationale Politik“ wurden ebenfalls stark kritisiert. Als Direktor dieses Instituts war ich für diese Arbeiten mitverantwortlich. Diese Kritik war sowohl notwendig als auch gerechtfertigt. Mein Fehler bestand darin, dass ich nicht sofort die Berechtigung dieser Kritik einzusehen vermochte. Aber `lieber zu spät als nie´. Dass ich so lange zögerte, die Fehler, die durch diese Kritik zutage gefördert wurden, einzuräumen, war zweifellos schädlich. Würdig begangene Fehler einzuräumen, ihre Ursachen gründlich zu analysieren, um sie in Zukunft zu vermeiden, ist genau das, was Lenin als die einzig richtige Herangehensweise ansah – sowohl in Bezug auf kommunistische Parteien als auch auf einzelne Genossen. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass ich nicht klug gehandelt habe.“ (Jewgeni S. Varga, „Wider die reformistische Strömung in den Werken zum Imperialismus“, in: „Artikel der sowjetischen Presse“, Band 1, Nr. 19, 7. Juni 1949, hiernach zitiert als „Jewgeni Varga 1949“S. 3).

Varga meint, dass diese Irrtümer deshalb so gefährlich seien, weil es sich bei ihnen um reformistische Abweichungen vom Marxismus-Leninismus handele: *„Diese Fehler stellen eine ganze Kette von Fehlern einer reformistischen Strömung dar, die, alle zusammengenommen, ein Abgehen von einer leninistisch-stalinistischen Einschätzung des modernen Imperialismus darstellen. Es versteht sich von selbst, dass reformistische Fehler auch kosmopolitische Fehler sind, weil sie den Kapitalismus in rosaroten Farben malen. Jeder reformistische Fehler, jede Befleckung der Reinheit des Marxismus-Leninismus ist unter den gegenwärtigen historischen Bedingungen besonders gefährlich, und gefährlich auch deshalb, weil sie sich auf die Einschätzung des bürgerlichen Staates beziehen. Alle reformistischen Fehler bezüglich des bürgerlichen Staates leisten einer konterrevolutionären, reformistischen Täuschung der Arbeiterklasse Vorschub ...“* (Ebd., S. 3f).

Varga räumt auch ein, dass es ein Fehler gewesen sei, ökonomische Fragen von politischen zu trennen. Erscheinungen müsse man nach der marxistischen Methode in „ihrem wechselseitigen Zusammenhang studieren“. Das Abgehen von diesem Prinzip führe unweigerlich zu reformistischen Fehlern. Varga noch einmal: *„Mein Buch ist*

von der Methode deshalb fehlerhaft, weil es die ökonomische Analyse von der politischen trennt.“ (Ebd., S. 4).

Varga gibt auch zu, dass er den bürgerlichen Staat als Staat der ganzen kapitalistischen Klasse angesehen habe. Er sei aber richtigerweise der Staat der Finanzoligarchie (vgl. ebd.). Er meint, es sei ein Fehler von ihm gewesen, die Festigung dieser Union zwischen dem Staatsapparat und der Finanzoligarchie während des Krieges nicht aufgezeigt zu haben, was ihn dazu verleitet habe, anzunehmen, dass die Arbeiterklasse nach und nach ihren Einfluss im Staatsapparat vergrößern könne, bis schließlich zu einem Punkt, wo sie die entscheidende Rolle im Staat spielen könne.

Er akzeptiert nun plötzlich auch die Kritik, wonach seine Einschätzung der Verstaatlichungen in modernen kapitalistischen Staaten ebenfalls falsch gewesen sei. Varga reumütig: *„Die fehlerhafte Einschätzung der Verstaatlichungen in England liegt auf der gleichen Ebene. Es versteht sich von selbst, dass die Verstaatlichung von wichtigen Wirtschaftszweigen zu einer Stärkung des Staatskapitalismus führen muss. In Anbetracht des Klassencharakters des Staates bedeuten diese Maßnahmen keinen Fortschritt in Richtung einer Demokratie neuen Typs.*“ (Ebd., S. 7).

Die Volksdemokratien in einigen osteuropäischen Ländern will er nun auch nicht mehr als „staatskapitalistisch“ ansehen. Auch seien sie nicht mehr „relativ unbedeutend“. Varga nun: *„Die Lostrennung dieser Länder (gemeint die Volksdemokratien – Verf.) vom imperialistischen System zählt ohne Zweifel zu den wichtigsten sozialökonomischen Ergebnissen des Zweiten Weltkriegs und deutet auf eine Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus hin. Es war unzutreffend zu behaupten, dass in diesen Ländern ein Staatskapitalismus herrscht.*“ (Ebd., S. 8).

Varga musste also zugeben, dass fast alle seine Theorien falsch waren.

Am 14. Juli 1949 schließlich billigt das Zentralkomitee der KPdSU, B eine Resolution, die die Herausgeber der Zeitschrift „Bolschewik“ verurteilt, die die Spalten ihrer Zeitschrift einer Anpreisung des Buches von Wosnessenski geöffnet hatten. Es fasst außerdem den Beschluss, F. N. Fedossejew vom Posten des Chefredakteurs der Zeitschrift zu entfernen. Allerdings werden diese Resolutionen nicht veröffentlicht, und es dauert bis Dezember 1951, dass der Name Wosnessenski überhaupt in diesem Zusammenhang in der Öffentlichkeit erwähnt wird (vgl. Robert Conquest, ebd., S. 155).

Die Veröffentlichung der Resolutionen geschieht erst im Januar 1952, was darauf hindeutet, dass es hartnäckigen Widerstand gegen die Resolutionen gab.

Verschwundene Dokumente

Im Juli 1949 gibt der offizielle Vertreter des ZK für Personalfragen, J. J. Andrejew, eine Stellungnahme ab, in der er behauptet, dass die Staatliche Plankommission zwischen 1944 und 1949 eine Reihe ihrer Dokumente verschwinden ließ (vgl. „Politische Archive 1990“, S. 155). Die Angelegenheit wird an das ZK der Partei verwiesen. Nach der Prüfung der Angelegenheit bringt das Zentralkomitee ein Dokument heraus, das überschrieben ist mit: „Zu Nikolai Wosnessenskis parteifeindlichem Verhalten“. In ihm wird der Vorwurf erhoben, dass die Plankommission unter seiner Leitung *„Industriepläne kürzte, interne Vorgänge veröffentlichte und ungeeignetes Personal bei sich beschäftigte. Außerdem besaß Wosnessenski zu parteifeindlichen Gruppen in Leningrad Kontakt“* (vgl. ebd.).

Am 9. September 1949 unterbreitet die Parteikontrollkommission Georgi Malenkow die Empfehlung, Wosnessenski aus dem ZK zu entfernen und ihn für den Verlust der Dokumente verantwortlich zu machen. Ein paar Tage später, am 12. und 13. September, wird der Vorschlag vom Plenum des ZK gebilligt (vgl. ebd.).

Wosnessenskis Buch „Politische Ökonomie des Kommunismus“

Im Herbst 1949 setzt Nikolai Wosnessenski zu Hause seine Arbeiten an seinem Buch „Die politische Ökonomie des Kommunismus“ fort (vgl. G. Petrowitsch, „Er hielt seinen Schwur“, in: „Aktuelle Artikel aus der sowjetischen Presse“, Band 15, Nr. 47, 18. Dezember 1963, S. 12). In diesem Werk entwickelt Wosnessenski seine Ideen zur „Ausnutzung des sozialistischen Gewinns“ (vgl. Bruce McFarlane, ebd, S. 162).

Die Verhaftungen und die Wiedereinführung der Todesstrafe

Am 13. August 1949 werden Kusnetzow, Popkow, Rodionow und Lasutin in Malenkows Arbeitszimmer in Moskau verhaftet, und am 27. Oktober wird Nikolai Wosnessenski ebenfalls verhaftet (Vgl. „Politische Archive 1990“, S. 155).

Am 13. Januar 1950 erlässt das Präsidium des Obersten Sowjet ein Dekret, wodurch die Todesstrafe für Verrat, Spionage und Sabotage wieder eingeführt wird. Sie war erst im Mai 1947 abgeschafft worden (vgl. Keesings Archive für Zeitgeschichte, Band 7, S. 10.462).

Malenkow überwacht persönlich die Voruntersuchung und nimmt an den Vernehmungen teil (vgl. „Politische Archive 1990“, ebd.).

In Leningrad beginnt eine Kampagne, um Funktionsträger auf allen Ebenen abzulösen. Mehr als 2.000 führende Funktionäre werden zwischen 1949 und 1952 in Leningrad und Umgebung ihrer Ämter enthoben (vgl. ebd., S. 156).

Die Anklage

Am 26. September wird die Anklage im Zusammenhang mit der sog. Leningrader Affäre veröffentlicht. Unter den Angeklagten befinden sich Nikolai Wosnessenski, Kusnetzow, Rodionow, Popkow, Kapustin und vier weitere (vgl. ebd., S. 151). Ihnen allen wird vorgeworfen, eine parteifeindliche Gruppe gegründet zu haben, um Sabotage und subversive Handlungen zu begehen, mit dem Ziel, die Leningrader Partei zu verselbstständigen, sie gegen das Zentralkomitee in Stellung zu bringen, um sie in eine Bastion für den Kampf gegen die Partei und ihr Zentralkomitee zu verwandeln (ebd., S. 152).

Der Prozess

Der Prozess findet im September 1950 im „Haus des Offiziers“ am Liteiny-Boulevard in Leningrad statt (vgl. Dimitri Wolkogonow, ebd., S. 522). Dem amtlichen Protokoll zufolge, das vom Obersten Gericht der UdSSR im April 1957 zitiert wird, bekannten sich die Angeklagten für schuldig. Sie gaben zu, schon 1938 eine antisowjetische Organisation gegründet zu haben, in der Absicht, ihren Leningrader Stützpunkt für Operationen gegen die Partei und das ZK zu verwandeln. Zu diesem Zweck verbreiteten sie verleumderische Behauptungen und zettelten Intrigen an. Sie veräußerten Volkseigentum. *„Wie die Dokumente zeigen, haben sich alle Angeklagten in allen Punkten für schuldig erklärt – sowohl in der Voruntersuchung als auch während der Verhandlung.“* (Zentralarchiv der Oktoberrevolution, fond 7.523, opis 107, delo 261, l. 12).

Alle Angeklagten werden für schuldig befunden; Wosnessenski, Kusnetzow, Rodionow, Popkow, Kapustin und andere zum Tode verurteilt. Die anderen Angeklagten erhalten Haftstrafen von 10 bis 15 Jahren. Alexej Kossygin, der spätere sowjetische Ministerpräsident unter Leonid Breschnjew, entgeht dank der Fürsprache Nikita Chruschtschows nur knapp der Bestrafung.

Die Todesurteile werden am 1. Oktober 1950 vollstreckt.

TEIL 2

Die Vorarbeiten an dem neuen Lehrbuch der Politischen Ökonomie

Schon 1940 oder 1941 hatte Stalin die Herausgabe eines neuen Lehrbuchs zur politischen Ökonomie vorgeschlagen, um die politische Ökonomie des Sozialismus darzustellen: *„1940 oder 1941 drängte Stalin einer nicht veröffentlichten Äußerung zufolge die Wirtschaftswissenschaftler, ein neues Lehrwerk zur sowjetischen Ökonomie herauszubringen.“* (Wsewolod Holubnichy, ‚Sowjetische Debatten über ökonomische Theorien. Eine Einführung‘, in: Harry G. Shaffer, Hrsg., ebd., S. 344).

Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion von 1941 hält jedoch die Vorbereitungsarbeiten für das neue Lehrwerk auf, und erst 1951 erhält eine Gruppe hochrangiger Ökonomen den Auftrag, den ersten Entwurf für ein Lehrwerk zur sowjetischen Ökonomie zu verfassen. Die erste Konferenz dazu wird für November 1951 angesetzt (vgl. Timothy Dunmore, ebd., S. 111).

Stalin lässt sich die Materialien zuschicken. Er schreibt zu den aufgeworfenen Fragen zahlreiche Anmerkungen, die zunächst nur privat unter den beauftragten Ökonomen zirkulieren, wobei einige von ihnen wiederum kritische Bemerkungen zu Stalins Anmerkungen verfassen. Stalin werden die Materialien der Konferenz von 1951 zugesandt, einschließlich eines Memorandums über strittige Fragen. Stalins Anmerkungen scheinen unter den Teilnehmern der Konferenz schnell Verbreitung gefunden zu haben (vgl. Ronald L. Meek, ebd., S. 274).

Die Beschneidung des Einflusses der Marxisten-Leninisten

Im Laufe der Jahre befinden sich die Marxisten-Leninisten in der Führung der KPdSU, angeführt von Josef Stalin, in einer ständigen Auseinandersetzung mit den falschen Marxisten, den Revisionisten. Stalin bezieht sich wiederholt auf diese Auseinandersetzung und gibt zu, dass die revisionistischen Kräfte auf dem Gebiet der Ideologie nicht ganz erfolglos waren. Stalin: *„Die Quelle für diese Geisteshaltung, der Nährboden, aus dem sie sich in der Partei entwickelt hat, besteht im Anwachsen des bürgerlichen Einflusses in der Partei, unter Verhältnissen eines erbittert geführten Kampfes zwischen kapitalistischen und sozialistischen Kräften innerhalb unserer Volkswirtschaft. Die kapitalistischen Elemente kämpfen nicht nur auf dem Gebiet der Ökonomie; sie versuchen auch, den Kampf in die Sphäre der proletarischen Ideologie*

hineinzutragen, und man kann nicht behaupten, dass ihre Anstrengungen ganz und gar erfolglos sind.“ (Josef W. Stalin, „Fragen und Antworten“, Juni 1925, in: Werke, Band 7, Moskau 1954, S. 166f).

Im Laufe der Jahre gelingt es den stets verdeckt arbeitenden revisionistischen Kräften in den führenden Positionen der sowjetischen kommunistischen Partei, ihren Einfluss immer weiter auszubauen und den der Marxisten-Leninisten immer mehr zurückzudrängen.

Noch bis 1927 leistet Stalin zahlreiche Beiträge zu den Beschlüssen und zur Arbeit der Kommunistischen Internationale. Nach 1927 jedoch sind die heimlichen Revisionisten aufgrund ihres Einflusses imstande, diese Beiträge nicht mehr zuzulassen. Um diese Tatsache mit dem Mythos in Einklang zu bringen, dass Stalin sowohl in der Partei als auch in der Komintern mit diktatorischen Vollmachten regierte, wird die unwahre Behauptung aufgebracht, dass „Stalins nicht Lenins Engagement für den Gedanken der Kommunistischen Internationale teilte“ (vgl. Robert H. McNeal, „Stalin – Mensch und Herrscher“, Basingstoke 1988, S. 218).

Ein Indiz für den wachsenden Einfluss der Revisionisten: Obwohl das ZK der KPdSU 1946 angekündigt hatte, Stalins Werke in 16 Bänden herauszugeben, wird 1949 die Veröffentlichung beim 13. Band beendet. Die Bände reichten also nur bis zum Jahr 1934.

Im Oktober 1952 gelingt es den Revisionisten sogar, Stalin aus der Position des Generalsekretärs des ZK der KPdSU zu verdrängen. Danach ist er nur noch einer von mehreren Ersten Sekretären des ZK. Am 3. April 1922 wählte das Plenum des ZK auf Lenins Antrag hin Stalin zum Generalsekretär der Partei. Stalin diente auf diesem Posten bis Oktober 1952. Danach, bis zu seinem Tode, hatte er all jene besonderen Vollmachten verloren, die seine Stellung von anderen Mitgliedern des Sekretariats des ZK unterschieden (vgl. Boris Nikolajewski, „Macht und sowjetische Elite“, New York 1965, S. 92). Diese Beschneidung seines Einflusses wurde durch den Personenkult überlagert, den die Revisionisten um Stalin aufgebaut hatten. Dennoch wurde dieser verringerte Einfluss von den scharfsinnigen unter den Analytikern wahrgenommen. William O. McCagg: „1950 und 1951 war Stalins Einfluss schon begrenzt.“ (William O. McCagg jr., ebd., S. 307). ... was sich dann in der Weise fortsetzte, so McCagg, dass Stalin „zum Gefangenen im Kreml“ wurde, wie der Autor sich ausdrückt: „Die Berichte aus der Moskauer US-Botschaft nährten sehr stark das Bild von Stalin als eines ‚Gefangenen‘.“ (Ebd., S. 382).

Unter solchen Umständen sind die heimlichen Revisionisten in der Lage durchzusetzen, dass die Hauptrolle auf dem bevorstehenden 19. Parteitag der KPdSU, B, der am 3. Oktober eröffnet werden soll, nicht von dem prinzipienfesten Marxisten-Leninisten

Stalin, sondern von ZK-Sekretär Georgi Malenkow gespielt wird. Er zählt zwar nicht zu dem Kreis der revisionistischen Verschwörer in der Partei, aber – so schätzten ihn diese sehr treffend ein - er ist jemand, den man als Werkzeug für den nächsten Schritt ihrer Verschwörung instrumentalisieren kann, mit dem Ziel, die Partei vom Weg des Aufbaus und der Verteidigung des Sozialismus abzubringen. Dazu Gabor T. Rittersporn: *„Unter Bruch einer langen Tradition, die bis in die 20iger Jahre zurückreichte, war es nicht Stalin, der den Bericht des Zentralkomitees vortrug. Er nahm auch gar nicht an den Diskussionen auf dem Parteitag teil.“* (Gabor T. Rittersporn, „Stalinistische Vereinfachungen und sowjetische Kompliziertheit. Soziale Spannungen und politische Konflikte in der UdSSR, 1933-1953“, Reading 1991, S. 219).

Stalin erschien auf dem Parteitag nur zur Eröffnungs- und Schlussitzung, worauf Dimitri Wolkogonow hinweist (vgl. ebd., S. 568).

Stalins Werk „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“

In dieser für sie komplizierten Situation beschließen die Marxisten-Leninisten, dem Revisionismus durch die Veröffentlichung von Stalins Beiträgen zur Diskussion des neuen Lehrbuchs zur politischen Ökonomie am Vorabend des Parteitags einen Schlag zu versetzen. So kommt es, dass trotz Stalins Isolierung auf dem Parteitag (er sitzt während des Parteitags allein und getrennt von den anderen Politbüromitgliedern – d. Übers.) er dennoch die Hauptrolle spielen kann. Harrison Salisbury: *„Die einzig wichtige Hauptrolle wurde von Stalin gespielt, und sie wurde nicht auf dem Parteitag gespielt, sondern schon vor seiner Eröffnung. Dies erreichte er dadurch, dass er wenige Tage, bevor die Delegierten in Moskau eintrafen, ein neues Meisterwerk veröffentlichten ließ. Er stahl damit dem Parteitag die Show, was er anscheinend beabsichtigt hatte.“* (Harrison Salisbury, ‚Stalins Russland und was danach kam‘, London 1955, S. 148).

Stalins „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ werden der Weltöffentlichkeit am 3. und 4. Oktober 1952 zugänglich gemacht und füllten zwei vollständige Ausgaben der „Prawda“. Am 5. Oktober wird erst der Parteitag eröffnet.

Dieser Artikel unternimmt nicht den Versuch, die Schrift im Einzelnen zu analysieren. Ich versuche nur, die Punkte zusammenzufassen, in denen Stalin energisch pro-kapitalistische Tendenzen in der UdSSR attackiert.

Zusammenfassung „Ökonomische Probleme...“

I.

Der erste Teil von Stalins „Ökonomischen Problemen“ (ab 1. Februar 1952) besteht aus seinen Diskussionsbeiträgen zum neuen Lehrbuch der Politischen Ökonomie. Hier seien folgende Punkte erwähnt:

a)

Im Gegensatz zu Wosnessenski, Leontjew u.a. unterstreicht Stalin den objektiven Charakter der ökonomischen Gesetze des Sozialismus. Stalin: *„Einige Genossen streiten den objektiven Charakter der Gesetze der Wissenschaft und der politischen Ökonomie ab, insbesondere im Sozialismus. Sie bestreiten, dass die Gesetze der Politischen Ökonomie Vorgänge widerspiegeln, die unabhängig vom Willen des Menschen existieren. Sie nehmen an, dass angesichts der besonderen Rolle, die dem sowjetischen Staat durch die Geschichte zugewiesen wurde, dieser Staat und seine Repräsentanten die Gesetze der politischen Ökonomie abschaffen und neue Gesetze erfinden oder schaffen können. Diese Genossen irren sich gründlich. Es ist offensichtlich, dass sie die Gesetze der Wissenschaft, die objektive Prozesse in Natur und Gesellschaft widerspiegeln, die unabhängig vom Willen des Menschen ablaufen, mit den Gesetzen verwechseln, die durch den Willen des Menschen hervorgebracht werden. Aber beides darf man nicht miteinander verwechseln.“*

Der Marxismus betrachtet die Gesetze der Wissenschaft – gleich, ob es sich nun um naturwissenschaftliche oder um solche der politischen Ökonomie handelt – als Widerspiegelung objektiver Prozesse, die unabhängig vom Willen des Menschen stattfinden. Der Mensch kann diese Gesetze entdecken, sie kennenlernen, sie studieren, sie in seinen Handlungen berücksichtigen und sie im Interesse der Gesellschaft ausnutzen. Aber: Er kann sie nicht abändern oder abschaffen.“ (Josef W. Stalin, „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“, Februar – September 1952, hiernach zitiert als „Josef W. Stalin 1952“, in: Werke, Band 16, London 1986, S. 289f).

Dazu der Kommentar des britischen Ökonomen Peter Wiles: *„Das zielte eindeutig auf Wosnessenski.“* (Peter J. D. Wiles, ebd., S. 106).

b)

Im Unterschied zu den Revisionisten um Wosnessenski, Leontjew u. a. verneint Stalin, dass das Wertgesetz auch in der sozialistischen Volkswirtschaft die Rolle eines Steuerungsmechanismus für die Produktion spielt. Stalin: *„Der Wirkungsbereich des Wertgesetzes in unserem Lande ist eng begrenzt. In unserem System kann das Wertgesetz nicht als Regulator der Produktion dienen. Auch völlig falsch ist die Behauptung,*

dass in unserem heutigen Wirtschaftssystem das Wertgesetz die ‚Anteile der Arbeit unter die verschiedenen Produktionszweige verteilt‘. Wenn dies zuträfe, wäre es nicht nachvollziehbar, weshalb unsere Leichtindustrie, die am profitabelsten arbeitet, nicht bis aufs Äußerste entwickelt und weshalb unserer Schwerindustrie der Vorzug eingeräumt wird, die häufiger viel weniger Gewinn abwirft und mitunter gar nicht gewinnbringend arbeitet. Falls dies zuträfe, dürften wir der Produktion von Produktionsmitteln nicht mehr zugunsten der Produktion von Konsumgütern den Vorzug geben. Die Folge wäre, dass wir die Möglichkeit eines ständigen Wachstums unserer Volkswirtschaft zunichte machen würden. Das Wertgesetz kann nur im Kapitalismus der Regulator der Produktion sein.“ („Josef W. Stalin 1952“, S. 313ff).

c)

Im Unterschied zu Jewgeni Varga und anderen stellt Stalin fest, dass sich die allgemeine Krise des internationalen Kapitalismus seit dem Zweiten Weltkrieg ständig vertieft hat: *„Der Zerfall eines einheitlichen, alles umspannenden Weltmarktes kann als wichtigstes ökonomisches Ergebnis des Zweiten Weltkriegs angesehen werden. Er hat eine weitere Vertiefung der allgemeinen Krise des internationalen kapitalistischen Systems nach sich gezogen.“* (Ebd., S. 324).

d)

Im Unterschied zu Varga u. a. stellt Stalin fest, dass, solange der Imperialismus existiert, Kriege weiter unvermeidlich sind: *„Einige Genossen sind der Meinung, dass aufgrund der Entstehung neuer internationaler Bedingungen seit Ende des Zweiten Weltkriegs Kriege zwischen kapitalistischen Ländern aufgehört haben, unvermeidlich zu sein. Diese Genossen irren sich. Die Unvermeidlichkeit von Kriegen zwischen kapitalistischen Staaten besteht nach wie vor. Um diese Unvermeidlichkeit von Kriegen auszuschalten, ist es notwendig, den Imperialismus abzuschaffen.“* (Ebd., S. 327ff).

e)

In Stalins Schrift werden Vorschläge für die Definition der grundlegenden ökonomischen Gesetze des modernen Kapitalismus und des Sozialismus gemacht. Dazu Stalin: *„Das wichtigste Merkmal und der wichtigste Bestandteil des Grundgesetzes des modernen Kapitalismus kann folgendermaßen zusammengefasst werden: Die Sicherung des Maximalprofits ...*

Die wichtigsten Merkmale und Bestandteile des Grundgesetzes des Sozialismus können so formuliert werden: Die Sicherung der größtmöglichen Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft

durch die ständige Ausweitung und Vervollkommnung der sozialistischen Produktion auf der Grundlage des höchsten Standes der Technik.“ (Ebd., S. 334ff).

f)

Stalin kritisiert die ausländischen kommunistischen Parteien: *„Die marxistische Entwicklung der Mehrheit der ausländischen kommunistischen Parteien ist unzulänglich.“ (Ebd., S. 344).*

II.

Der zweite Teil seiner Schrift datiert vom April 1952. Er besteht aus einer Antwort auf ein kritisches Schreiben des sowjetischen Ökonomen Alexander Nitkin. Stalin legt dar, dass im Sozialismus die Produktionsmittel keine Waren darstellen: *„Produktionsmittel werden nicht an irgendwelche Käufer verkauft. Sie werden noch nicht einmal an Kollektivfarmen verkauft. Sie werden lediglich vom Staat an seine Betriebe abgegeben ... Die Betriebsdirektoren, die vom sowjetischen Staat Produktionsmittel erhalten, stellen – weit davon entfernt, ihre Eigentümer zu werden - Beauftragte des Staates dar für die Nutzung dieser Produktionsmittel, und zwar in Übereinstimmung mit den vom Staat erstellten Plänen. In unserem System können Produktionsmittel ganz sicher nicht zur Gruppe der Waren gerechnet werden, außer im Außenhandel. Auf dem Gebiet des Außenhandels behalten die Produktionsmittel, die von unseren Betrieben hergestellt werden, die Eigenschaften von Waren.“ (Ebd., S. 350f).*

III.

Der dritte Teil von Stalins „Ökonomischen Problemen“ ist vom 22. April 1952 und besteht aus einer Antwort Stalins auf die Kritik eines sowjetischen Ökonomen namens L. D. Jaroschenko, der sich darüber beschwerte, dass Stalins erster Teil der „Ökonomischen Probleme“ seine Auffassungen nicht berücksichtigte. Stalins Begründung: Er habe ihn übergangen, weil *„Genosse Jaroschenkos Auffassungen unmarxistisch und deshalb zutiefst fehlerhaft sind“.*

In diesem dritten Teil behandelt Stalin folgende Fragen:

a)

Die Produktionsverhältnisse (oder Eigentumsverhältnisse – d. Übers.) stellen nach Ansicht Stalins nicht immer nur ein Hemmschuh für die Entwicklung der Produktivkräfte dar: *„Es ist nicht zutreffend, dass die Rolle der Produktionsverhältnisse in der Geschichte der Gesellschaft stets nur auf die Rolle eines Hemmschuhs, eines Hindernisses für die Entwicklung der Produktivkräfte beschränkt war. Tatsächlich stellen die Produktionsverhältnisse in einigen Epochen eine Bremse für die Entwicklung der*

Produktivkräfte dar, in anderen jedoch sind sie eine Triebfeder und treiben sie voran.“ (Ebd., S. 361).

Stalin räumt ein, dass auch im Sozialismus der Sowjetunion die Möglichkeit besteht, dass es einen Widerspruch zwischen den Produktionsverhältnissen und den Produktivkräften geben könnte – dann nämlich, wenn eine falsche Politik betrieben wird: *„... leider gibt es ganz sicher hier Widersprüche, wenn man sich vergegenwärtigt, dass die Entwicklung der Produktionsverhältnisse hinter der Entwicklung der Produktivkräfte zurückbleibt und zurückbleiben wird. Unter der Voraussetzung einer richtigen Politik auf Seiten der regierenden Organe können sich diese Widersprüche jedoch nicht zu unversöhnlichen Gegensätzen entwickeln. Ganz anders verhielte es sich aber, wenn wir eine falsche Politik betreiben würden, in der Art einer Politik, die uns Genosse Jaroschenko empfiehlt.*“ (Ebd., S. 369f).

b)

Nach Stalin sind im Sozialismus die Produktionsverhältnisse nicht Bestandteil der Produktivkräfte: *„Es stimmt nicht, dass die Produktionsverhältnisse im Sozialismus ihre unabhängige Rolle verlieren und von den Produktivkräften absorbiert werden. Wäre dies der Fall, dann hätten wir ein sozialistisches System ohne eine ökonomische Basis. Eine ziemlich merkwürdige Situation.*“ (Ebd., S. 366).

c)

Stalin führt aus, dass die politische Ökonomie des Sozialismus nicht auf eine rationale Organisation der Produktivkräfte reduziert werden kann: *„Genosse Jaroschenko reduziert das Problem der politischen Ökonomie des Sozialismus auf die rationale Organisation der Produktivkräfte, wobei er die Produktionsverhältnisse ausrangiert und die Produktivkräfte von ihnen abtrennt. Wenn wir also dem Genossen Jaroschenko folgen würden, würden wir statt einer marxistischen politischen Ökonomie etwas in der Art von Bogdanows ‚Allgemeiner Organisationswissenschaft‘ bekommen.*“ (Ebd., S. 364).

d)

Der Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus erfordere mehr als nur eine „rationale Organisation“ der Produktivkräfte: *„Genosse Jaroschenko meint, dass wir nur eine rationale Organisation sicherstellen müssten, um zu gewährleisten, dass wir einen Überfluss an Produkten erhalten, um in der Lage zu sein, zum Kommunismus überzugehen, und wir könnten dann von der Formel ‚Jeder nach seiner Leistung‘ zur Formel ‚Jeder nach seinen Bedürfnissen‘ voranschreiten. Das ist ein großer Irrtum. Die rationale Organisation der Produktivkräfte, die Wirtschaftsplanung usw. zählen nicht zu den Fragen der politischen Ökonomie, sondern es handelt sich bei ihnen um*

Fragen der Wirtschaftspolitik der regierenden Organe. Dies sind zwei ganz verschiedene Gebiete, die man nicht miteinander verwechseln darf. Die politische Ökonomie untersucht die Entwicklungsgesetze der Produktionsverhältnisse der Menschen. Die Wirtschaftspolitik aber zieht daraus ihre praktischen Schlussfolgerungen, verleiht ihnen eine konkrete Gestalt und organisiert ihre tagtägliche Arbeit auf dieser Grundlage.“ (Ebd., S. 367f).

Wie sieht Stalin den Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus?

„Tatsächlich müssen zumindest drei wichtige Bedingungen erfüllt sein, um den Weg zu einem tatsächlichen und nicht nur zu einem propagandistischen Übergang zum Kommunismus zu ebnen. Zu diesen Bedingungen zählen:

Erstens: Nicht eine mystische, „rationale Organisation“ der Produktivkräfte, sondern eine kontinuierliche Steigerung aller sozialen Produktionsformen, wobei die Steigerung der Produktion von Produktionsmitteln relativ höher sein muss.

Zweitens: Die Anhebung des Eigentums an den Kollektivwirtschaften auf das Niveau des Volkseigentums und ebenfalls durch einen allmählichen Übergang die Ersetzung der Warenzirkulation durch ein System des Produktaustausches ...

Drittens: Ein kultureller Fortschritt der Gesellschaft, durch den allen Mitgliedern der Gesellschaft die allseitige Entwicklung ihrer körperlichen und geistigen Fähigkeiten garantiert wird.“ (Ebd., S. 368f).

Stalin kommt zu folgender Schlussfolgerung: *„Die Bitte des Genossen Jaroschenko, mit der Abfassung der ‚Politischen Ökonomie des Sozialismus‘ betraut zu werden, kann nicht ernst genommen werden.“ (Ebd., S. 389f).*

IV.

Der vierte und letzte Teil von Stalins Schrift stammt vom 28. September 1952. Er besteht aus einer Antwort auf die Kritik der Ökonomen A. W. Sanina und W. G. Wenscher.

Stalin weist die Auffassung zurück, dass das Eigentum an den Kollektivfarmen Vorrang vor dem Volkseigentum genießen sollte. Er stellt sich gegen den Vorschlag der beiden Ökonomen, dass den Kollektivfarmen die Produktionsmittel verkauft werden sollten: *„Ein Verkauf der MTS (Maschinen-Traktorenstationen – Übers.) an die Kollektivfarmen würde darauf hinauslaufen, den Kollektivfarmen hohe Verluste zuzufügen und sie zu ruinieren. Die Kollektivfarmen würden zu Eigentümern der wichtigsten Produktionsmittel werden, d. h. sie würden einen besonderen Status erhalten, denn selbst die verstaatlichten Betriebe verfügen nicht über ihre Produktionsinstrumente. Ein solcher Status wäre nur geeignet, einen noch tieferen Graben zwischen kollekti-*

vem Farmerigentum und öffentlichem Eigentum zu ziehen und würde uns dem Kommunismus nicht näher bringen, sondern, im Gegenteil, uns von ihm weiter entfernen.“ (Ebd., S. 329f).

Stalin wiederholt seinen schon oben erwähnten Vorschlag, dass das Eigentum an den Kollektivfarmen allmählich auf das Niveau des Volkseigentums angehoben werden sollte, und zwar könne dies dadurch geschehen, dass ein direkter Austausch von Produkten zwischen Kollektivfarmen und staatlicher Industrie stattfindet: *„Um das Eigentum an den Kollektivfarmen auf das Niveau des Volkseigentums anzuheben, muss die überschüssige Produktion der Kollektivfarmen aus der Warenzirkulation herausgenommen werden und in ein System des Produktaustausches zwischen staatlicher Industrie und Kollektivfarmen eingebracht werden. Ein solches System wird den Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus durch die Einengung der Sphäre der Warenzirkulation erleichtern.“* (Ebd., S. 402f).

Der 19. Parteitag der KPdSU, B

Wir wiesen bereits darauf hin, dass der 19. Parteitag am 5. Oktober 1952 eröffnet wurde, einen Tag nach der Veröffentlichung von „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“. Die Folge war, dass Stalins Schrift die Verhandlungen **und Beschlüsse des Parteitages beherrschte**. **Timothy Dunmore:** *„Im Oktober 1952 wurde die positive Haltung zur Schwerindustrie wie in Stalins Schrift „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ erneut als offizielle Parteipolitik bestätigt. Der A-Sektor (Schwerindustrie – Übers.) sollte laut Plan um 13% pro Jahr im Laufe der Fünfjahrplanperiode ansteigen; der B-Sektor (Konsum- und Leichtindustrie – Übers.) um 11%.“* (Timothy Dunmore, ebd., S. 114).

Georgi Malenkov wiederholt dann auch in seinem Rechenschaftsbericht Stalins Kritik an Wosnessenskis revisionistischen Anschauungen, wobei dessen Name erneut nicht ausdrücklich genannt wird: *„Von immenser Bedeutung ist Stalins Hinweis auf den objektiven Charakter der ökonomischen Gesetze. Zutiefst irrig dagegen ist die Ansicht, dass die Gesetze der ökonomischen Entwicklung gemacht oder abgeschafft werden könnten. Die Leugnung des objektiven Charakters der ökonomischen Gesetze stellt die ideologische Basis für das Abenteuerertum auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik, für die vollständige Willkür auf dem Gebiet der Wirtschaftsführung dar.“* (Georgi Malenkov, Bericht an den 19. Parteitag über die Arbeit des Zentralkomitees der KPdSU, B, Moskau 1952, S. 139).

Die öffentliche Kritik an Wosnessenskis ökonomischen Ansichten

In der politischen Atmosphäre nach der Veröffentlichung von Stalins Schrift und ihrer Billigung auf dem 19. Parteitag der KPdSU, B sind die sowjetischen Marxisten-Leninisten in der Lage, den Vorhang des Schweigens niederzureißen, den die heimlichen Revisionisten gegen die Kritik an Wosnessenskis ökonomischen Ansichten, gegen sein verräterisches Verhalten sowie um seinen Prozess errichtet hatten: „*Diese Ansichten stellen im Kern eine Wiederholung der idealistischen Theorien Dührings dar.*“ (Michail Suslow, „Was die Artikel P. Fedossejews in der ‚Iswestija‘ vom 12. und 21. Dezember betrifft“, in: „Aktuelle Artikel aus der sowjetischen Presse“, Band 6, Nr. 50, 24. Januar 1953, S. 14).

Suslows Artikel enthält den Text der vormals nicht veröffentlichten ZK-Resolution vom Juli 1949, in der Wosnessenskis Buch sowie seine Billigung durch die Zeitschrift ‚Bolschewik‘ kritisiert wurden. Im Januar 1953 veröffentlicht die Prawda eine Selbstkritik Fedossejews, die er in einem Brief an die Zeitung geschickt hatte.

Die Rehabilitierung Wosnessenskis

Nach Stalins Tod im März 1953 beeilen sich die revisionistischen Führer ihre hingetrichteten Mitverschwörer zu rehabilitieren.

Am 30. April 1954 rehabilitiert das höchste Gericht der UdSSR die Personen, die in der sog. Leningrader Affäre angeklagt und verurteilt worden waren (vgl. „Politische Archive 1990“, S. 157). Am 3. Mai 1954 fasst das Präsidium des ZK der KPdSU den Beschluss, dass der Erste Sekretär des ZK, N. S. Chruschtschow sowie der Generalstaatsanwalt der UdSSR, R. A. Rudenko, angehalten werden, die Aktivisten der Leningrader Partei von der getroffenen Entscheidung in Kenntnis zu setzen. Dies geschieht (vgl. „Politische Archive 1990“).

Der Fall Abakumow

Die Rehabilitierung der Verschwörer macht es notwendig, Sündenböcke für den angeblichen Justizirrtum in der „Leningrader Affäre“ sowie für die „Folterungen“ zu finden, die zu ihren „Falschaussagen“ geführt hätten.

So bringt man im Dezember 1954 den ehemaligen Minister für Staatssicherheit der UdSSR, Viktor Abakumow, zusammen mit fünf seiner Mitarbeiter vor ein Gericht, mit dem Vorwurf, die sog. Leningrader Affäre „fabriziert“ zu haben. In deren Verlauf seien viele sowjetische Partei- und Staatsfunktionäre „grundlos“ für viele Verbrechen

gegen den Staat angeklagt worden. In der gewendeten Prawda heißt es dazu im Dezember 1954: „Die Personen, die von Abakumow und seinen Komplizen fälschlicherweise angeklagt wurden, sind nun voll und ganz rehabilitiert worden.“ (Kommuniqué der Prawda vom 24. Dezember, in: „Aktuelle Artikel aus der sowjetischen Presse“, Band 6, Nr. 49, 19. Januar 1955, S. 12).

Alle Angeklagten werden für schuldig befunden und vier von ihnen, einschließlich Viktor Abakumow, zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Die Rehabilitierung Vargas

Nach dem Machtantritt der neuen revisionistischen Führung um Nikita Chruschtschow wurde Jewgeni Varga nicht nur rehabilitiert, sondern erhielt 1954 sogar den Lenin-Orden überreicht (vgl. Philip J. Jaffe, ebd., S. 123): „... für hervorragende Beiträge zur Entwicklung der marxistisch-leninistischen Wissenschaft.“ (Große Sowjet-Enzyklopädie, Band 4, New York 1974, S. 509).

Der 20. Parteitag der KPdSU

Erst auf dem berühmt-berüchtigten 20. Parteitag im Februar 1956 wird die Rehabilitierung der Verschwörer der „Leningrader Affäre“ stärker bekannt gemacht, und selbst da nur in der sog. Geheimrede Chruschtschows.

Nun wird Stalin die Schuld an dem angeblichen Justizirrtum zugeschoben. Chruschtschow in seiner „Geheimrede“: „Das Zentralkomitee der Partei hat die ‚Leningrader Affäre‘ untersucht. Personen, die unschuldig gelitten haben, sind jetzt rehabilitiert worden. Stalin hat die ‚Leningrader Affäre‘ persönlich geleitet.“ (Nikita S. Chruschtschow, „Geheimrede auf dem 20. Parteitag der KPdSU“, in: „Die Entthronung Stalins“, Manchester 1952, S. 24).

Malenkows Verwicklung

Vor 1957 wurde der Name Malenkow im Zusammenhang mit der „Leningrader Affäre“ nie genannt. Dazu Wolfgang Leonhard: „In seiner (Chruschtschows Geheimrede – Verf.) aus dem Jahre 1956 erwähnte er in diesem Zusammenhang Malenkow nicht.“ (Wolfgang Leonhard, „Der Kreml seit Stalin“, London 1962, S. 177). Von dem Zeitpunkt an, da Georgi Malenkow den wahren Charakter der revisionistischen Verschwörer durchschaut und beginnt, sich ihnen zu widersetzen, wird er in internen Parteidokumenten der Verwicklung in die „Leningrader Affäre“ bezichtigt. Im Februar 1955 muss Malenkow als Ministerpräsident zurücktreten, und schon kurz darauf wird er in einem internen Rundschreiben der Partei beschuldigt, Mitverantwortung an

der „Leningrader Affäre“ zu tragen (vgl. ebd., S. 176f). Jedoch erst im Juli 1957, nach der entscheidenden Kraftprobe mit der „partei-feindlichen Gruppe“ (gemeint sind Stalins ehemalige enge Mitarbeiter Lasar Kaganowitsch, Wjatscheslaw Molotow und Georgi Malenkow – Verf.) behauptet Chruschtschow kategorisch: „*Malenkow war einer der Hauptorganisatoren im sog. Leningrader Fall.*“ (Robert Conquest, ebd., S. 101).

Das heißt, dass die Schuld an dem angeblichen Fehlurteil in der „Leningrader Affäre“ sich auf keinerlei historische Fakten stützen kann. Sie wird von einem Sündenbock auf den anderen geschoben, je nach den taktischen Erfordernissen, die sich für die Chruschtschow-Revisionisten gerade ergaben.

Vargas Buch „Aufsätze über politökonomische Probleme des Kapitalismus“

1964 veröffentlicht Varga ein neues Buch mit dem Titel „Aufsätze über politökonomische Probleme des Kapitalismus“. In dem neuen ideologischen Klima präsentiert Varga sein Werk als eine Streitschrift gegen die „Entstellungen der ökonomischen Wissenschaft zur Zeit Stalins“. Er schreibt: „*Das Buch, das als Streitschrift verfasst wurde, richtet sich gegen den gedankenlosen Dogmatismus, der noch bis vor nicht allzu langer Zeit in den Werken zur Ökonomie und Politik des Kapitalismus weit verbreitet war.*“ (Jewgeni S. Varga, „Aufsätze zu politökonomischen Problemen des Kapitalismus“, Moskau 1968, S. 11).

Er gibt zu, dass seine frühere „Selbstkritik“ nicht durch den Druck, der auf ihn in der Sowjetunion ausgeübt worden sei, zustande kam: „*Zur Zeit der Debatte sah ich mich gezwungen, ihr dadurch ein Ende zu setzen, dass ich zugab, dass es in meinem Buch Fehler gab. Dies lag nicht daran, dass in der Sowjetunion damals Druck auf mich ausgeübt wurde, sondern daran, dass die kapitalistische Presse, besonders die amerikanischen Zeitungen, es für ihre heftige antisowjetische Propaganda missbrauchten, wenn man behauptete, dass ich prowestlich eingestellt gewesen sei, dass ich gegen die Kommunistische Partei gewesen sei, usw. Deshalb war es für mich relativ unwichtig, ob meine Kritiker oder ich nun im Recht waren.*“ (Jewgeni S. Varga 1968, ebd., S. 50).

Varga bekennt sich nun wieder zu allen Thesen, die er noch zu der Zeit, als er kritisiert wurde, zurückgezogen hatte. Er geht jetzt sogar so weit, dass er das von Stalin formulierte Grundgesetz des modernen Kapitalismus, das er noch 1952 gutgeheißen hatte, als „völlig haltlos“ bezeichnet: „*Stalins Behauptung, dass es nicht der Durchschnittsprofit ist, sondern der Maximalprofit, den der moderne Kapitalismus benötigt, ist völlig unbegründet.*“ (Jewgeni S. Varga, ebd., S. 162).

Vargas „Testament“

Kurz vor seinem Tode schreibt Varga noch sein politisches Testament, das mit „Der russische Weg und seine Resultate“ überschrieben ist und als „Vargas Politisches Testament“ bekannt wurde (vgl. Philip J. Jaffe, ebd., S. 130).

Das Dokument zirkuliert als maschinengeschriebene Vervielfältigung in der Untergrundpresse der Sowjetunion („Samisdat“), wird aber nie veröffentlicht. Vargas „Testament“ zufolge entartete die Diktatur des Proletariats unter Stalins Führung zu einer „Diktatur der Spitzengruppe der Parteibürokratie“: *„Die Diktatur des Proletariats, deren theoretisches Fundament von Marx und Lenin entworfen wurde, wurde sehr schnell zu einer Diktatur der höchsten Gruppe in der Parteibürokratie. Das führte zu einer völligen Entartung der Macht der Sowjets, bis die Sowjetunion buchstäblich zu einem faschistischen Staat wurde ... Obwohl es in den Konzentrationslagern und Gefängnissen Stalins nicht so viele Folterer und Sadisten gab (wie bei den Nazis – Übers.), muss man dennoch sagen, dass es im Prinzip keinen Unterschied zwischen beiden gab.“* (Jewgeni S. Varga, „Politisches Testament“, 1964, in: „New Left Review“, Nr. 62, Juli/August 1970, S. 36f, 39).

Der Nachruf der Chruschtschowianer auf Varga

Varga stirbt am 8. Oktober 1964. Sein in leuchtenden Farben gehaltener Nachruf, der in der Prawda am folgenden Tag veröffentlicht wird, ist von Nikita Chruschtschow und Anastás Mikojan unterschrieben.

Darin wird Varga beschrieben als *„... ein hervorragender Vertreter der marxistisch-leninistischen ökonomischen Wissenschaft. Die Arbeiten von J. S. Varga sind durchtränkt vom Geist der Partei und mit Dogmatismus, Revisionismus, Vulgarisierung und Doktrinarismus unvereinbar – Phänomene, die in der Zeit des Personenkults als Wissenschaft ausgegeben wurden.“* (Nachruf auf J. S. Varga, in: „Prawda“, 9. Oktober 1964, in: Jewgeni S. Varga, ebd., S. 30).

Schlussfolgerung

Die Veröffentlichung von Stalins Schrift „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ muss als mächtiger Schlag seitens der sowjetischen Marxisten-Leninisten gegen den wachsenden Einfluss revisionistischen Gedankenguts in der Kommunistischen Partei der Sowjetunion angesehen werden.

William B. Bland

Stalins letzte Parteitagsrede

Stalins letzte Parteitagsrede, gehalten auf dem 19. Parteitag der KPdSU, Oktober 1952

Gerhard Schnehen: Einleitung

Sämtliche Parteitage der Kommunistischen Partei der Sowjetunion wurden in der späteren Sowjetunion ausführlich dokumentiert und die Dokumente der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt - mit einer Ausnahme: mit der des 19. Parteitags, der vom 5. bis zum 14. Oktober 1952 in Moskau tagte. Alles, was dazu in den russischen Archiven liegt, so Grover Furr von der Montclair-Universität New Jersey, wird nach wie vor eisern unter Verschluss gehalten. Niemand soll die Dokumente, aber vor allem die Beschlüsse, die dort gefasst wurden, kennenlernen, und es wurden sehr wichtige Beschlüsse gefasst, darunter die Erweiterung des alten, kleinen Politbüros auf 25 Personen, seine Umbenennung in „Präsidium“, die Umbenennung der Partei in „Kommunistische Partei der Sowjetunion“ ohne den Zusatz „Bolschewiki“, die Wahl eines neuen Zentralkomitees, die Verabschiedung eines neuen Statuts der Partei und die Billigung der Richtlinien für den fünften Fünfjahrplan (1951-55).¹

Wir wissen nur etwas von den Reden, den Begrüßungsansprachen und Beschlüssen, die auf diesem letzten Parteitag, an dem Stalin noch teilnahm, gefasst wurden, weil sie nach Ende des Parteitages, nach dem 14. Oktober 1952, in verschiedenen Zeitschriften veröffentlicht wurden, so auch in der Halbmonatsschrift „Neue Welt“, Berlin, Heft 22, der die Schlussrede Stalins entnommen wurde.

Stalin war noch nicht tot, aber bewusstlos, als das alte Politbüro Anfang März 1953, das eigentlich aufgrund des Parteitagsbeschlusses vom Oktober 1952 gar nicht mehr existierte, wieder in der alten Zusammensetzung, ohne die neu hinzugewählten Mitglieder, ohne also zum Beispiel Korottschenko, Malyschew, Melnikow, Michailow, Saburow, Tschesnokow oder Schkirjatow, die alle auf dem Parteitag in das neue Präsidium gewählt worden waren, in Stalins Datscha in Kunzewo eiligst zusammentrat, um jenen Parteitagsbeschluss über eine Vergrößerung des Politbüros eigenmächtig und willkürlich wieder rückgängig zu machen. Das Präsidium wurde wieder zum „Politbüro“, und die darin vertretenen alten Mitglieder kippten von sich aus den Beschluss eines ordentlichen Parteitags, so als ob dieser Parteitag und seine Beschlüsse gar nicht existiert hätten und zeigten damit, dass sie keinen Respekt vor den offiziellen, beschlussfassenden Organen ihrer eigenen Partei besaßen.

Es war Stalin gewesen, der die Initiative für die Ausweitung des Politbüros ergriffen hatte, um neues, frisches Blut in die Adern des schon kränkelnden und verbürokratisierten Parteikörpers fließen zu lassen, und es war Stalin, der, wie Prof. Grover Furr in seiner Abhandlung „Stalins Kampf für demokratische Reformen“² (2005) nachwies, schon Mitte der dreißiger Jahre vorhatte, die Rolle der Partei auf Erziehung und Propaganda zu beschränken, sie von der unmittelbaren Leitung der Wirtschaft auszuschließen und freie Wahlen mit Gegenkandidaten zum Obersten Sowjet zuzulassen – zum blanken Entsetzen der Ersten Sekretäre der Partei. Zu diesen Ersten Sekretären gehörte damals auch der spätere Parteichef Nikita Chruschtschow.

Ähnlich wie er mit seinen Demokratisierungsplänen in den dreißiger Jahren am Widerstand der mächtigen Ersten Sekretäre gescheitert war, ähnlich sollte er auch jetzt wieder scheitern. Ja, der „allmächtige Stalin“, wie uns unablässig von den bürgerlichen Geschichtsschreibern suggeriert wird, konnte sich nicht durchsetzen! Diejenigen, die sich in Stalins Datscha versammelt hatten, als die viel zu spät herbeigerufenen Ärzte um das Leben Stalins kämpften (William B. Bland beschreibt den Todeskampf Stalins in seinem Aufsatz „Der Ärzteprozess und der Tod Stalins“³), traten wieder als das alte Politbüro zusammen und fassten an Ort und Stelle, oder sollte ich sagen „am Tatort“(?), selbstherrlich wichtige Beschlüsse für die „Zeit danach“.

Als Stalin dann schließlich nach einem mehrtätigen Todeskampf starb (5. März 1953), hatte das alte, aber illegale Politbüro die Aufgaben und Posten für die „Zeit danach“, also für die Zeit ohne Stalin, schon unter sich aufgeteilt. Ist es wirklich weit hergeholt, hier von einem „Putsch“ zu sprechen? Ich glaube nicht und ich spreche von einem Putsch.

Aber nicht nur die Unterlagen des 19. Parteitages werden der Öffentlichkeit heute noch vorenthalten, sondern auch die zum Ersten Plenum des Zentralkomitees, das nach dem 19. Parteitag zusammentrat. Das offizielle Protokoll dazu ist immer noch nicht freigegeben worden. Hätte nicht der Schriftsteller und Dichter Konstantin Simonow an dieser Vollversammlung des Zentralkomitees als Mitglied teilgenommen, wir wüssten heute gar nichts darüber, wir wüssten zum Beispiel nicht, dass der „Diktator Stalin“ seinen Rücktritt als Generalsekretär der Partei anbot – das vierte Mal, das er dies in seiner über dreißigjährigen Amtszeit tat - und das Amt überhaupt abschaffen wollte; wir wüssten nichts darüber, dass er in seiner Rede mit Anastás Mikoyan, dem engsten Vertrauten Nikita Chruschtschows, hart ins Gericht ging, aber auch seinen langjährigen Weggefährten Molotow nicht mit Kritik in seiner Rede auf diesem ZK-Plenum verschonte.

Warum werden uns diese Dokumente bis heute vorenthalten? Die Antwort darauf kann nur lauten: Weil die Nachfahren der neuen Herren im Kreml nicht wollen, dass herauskommt, dass ihre Großväter einst illegal durch einen Putsch gegen Stalin an die

Macht kamen, dass der Machtantritt ihrer Großväter, der mit dem 20. Parteitag im Februar 1956 offiziell sanktioniert wurde, als Chruschtschow seine „Geheimrede“ hielt, die „Legalisierung“ eines kalten Staatsstreichs war, der keinerlei Legitimität besaß. Der 20. Parteitag sollte den Machtwechsel im Kreml nachträglich sanktionieren und legalisieren, obwohl das eigentliche Wesenselement dieses Parteitags, die sog. Geheimrede Chruschtschows war, in der er die Delegierten 61 mal belog, wie Grover Furr in seinem Buch „Krushchev Lied“ (Chruschtschow log) nachwies. Der neue Parteichef und seine Mitverschwörer putschten sich nicht nur an die Macht, sie logen auch um die Wette, um ihren illegalen Machtantritt nachträglich zu legalisieren.

Hier fand die Spurenverwischung eines Putsches statt und der Versuch der Putschisten, die sich als „Kommunisten“ tarnten, sich ein legales Mäntelchen umzuhängen. Die gleichen Putschisten gingen dann nach und nach daran, die von Stalin und seinen Weggefährten in harten Kämpfen und in langen Jahren geschaffenen soliden Grundlagen des Sozialismus in der UdSSR nach und nach wieder zu liquidieren. Von hier aus führt eine direkte Linie zu den Ereignissen von 1990/91, als die Sowjetunion durch die „Kommunisten“ Gorbatschow und Jelzin, den Nachfahren Chruschtschows, liquidiert wurde.

Was Stalin in seiner letzten Parteitagsrede sagte, waren nur wenige Worte. Er hatte sonst nichts auf dem Parteitag gesagt, sondern nur zugehört. Den Rechenschaftsbericht, den er noch auf dem 18. Parteitag im Jahre 1939 gehalten hatte, hielt Georgi M. Malenkow, der nach Stalins Tod für kurze Zeit die Rolle Stalins übernahm, bis er von Chruschtschow und seinen Putschisten an die Seite geschoben wurde. Dies waren schon deutliche Hinweise darauf, dass man Stalin schon an die Seite geschoben hatte, dass man ihn schon zu diesem Zeitpunkt aus dem Zentrum der Macht verdrängt hatte und den einsamen Mann im Kreml, der systematisch von der Öffentlichkeit abgeschirmt wurde, sich mit theoretischen Fragen beschäftigen ließ. Stalin saß übrigens weit abseits von den anderen Politbüromitgliedern. Auch dies ist sehr vielsagend.

Noch einmal versuchten dann die Anhänger Stalins im Politbüro, das Steuer herumzureißen: Als die einstigen engsten Mitarbeiter Stalins im Politbüro, darunter Molotow, Malenkow und Kaganowitsch, 1957 Chruschtschow die Stellung des Ersten Sekretärs per Mehrheitsbeschluss wieder entrissen und ihn degradierten, trommelte dieser in aller Eile mit Hilfe hoher Militärs diejenigen Mitglieder des Zentralkomitees, die ihm ergeben waren, zu einer außerordentlichen ZK-Sitzung zusammen, zu der aber andere Mitglieder, die nicht auf Chruschtschows Seite standen, nicht mehr rechtzeitig erscheinen konnten, und sorgte dafür, dass der Beschluss seiner Entmachtung wieder gekippt wurde. Die Folge: Der Ausschluss jener engsten Mitarbeiter Stalins aus der Partei, die dann als „partei-feindliche Gruppe“ bezeichnet wurden. Damit hatten sich die Putschisten, die Chruschtschowianer⁵, erneut durch einen illegalen Handstreich

durchsetzen können. Hohe Generäle aus der Roten Armee, darunter auch Georgi Schukow, halfen ihnen dabei. Schukow wurde zum Dank für kurze Zeit Chruschtschows Verteidigungsminister (1957-58), bis sich Chruschtschow mit ihm überwarf und ihn entließ.

Stalins Rede auf dem 19. Parteitag wurde immer wieder von stürmischem Applaus unterbrochen. Er besaß immer noch, zumindest nach außen hin, die einmütige Unterstützung der Delegierten. Niemand wagte, sich diesen stürmischen Ovationen zu entziehen.

Der spätere Mitverschwörer Chruschtschows, Anastás Mikoyan, der Enver Hoxha, dem albanischen Partei- und Staatschef gegenüber offen eingestand, dass es Pläne gab, Stalin zu ermorden⁶, pries ihn in seinem Beitrag vor dem Parteitagsdelegierten als „Leuchte der Wissenschaft“ und wiederholte fast wörtlich Stalins Thesen aus seiner Schrift „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“⁷, die dann nach dem Putsch gegen Stalin schnell im Papierkorb landeten und als „Dogmatismus“ gebrandmarkt wurden.

Die späteren Machthaber, die Stalins Werk liquidierten, waren, wenn man sich die Zusammensetzung des neuen Zentralkomitees auf dem 19. Parteitag genauer ansieht, schon auf dem Weg nach ganz oben: Es finden sich dort Namen wie Leonid Breschnjew, der von Chruschtschow protegiert wurde, wie Alexej Kossygin, der Vater der späteren Wirtschaftsreform in der UdSSR von 1965, der in die Leningrader Affäre verwickelt war und Stalin einmal „den pockennarbigen Bastard“ nannte – also Parteiideologen, die die Profitwirtschaft wieder einführen wollten und dies dann auch Mitte der sechziger Jahre taten - aber auch Breschnjews späterer Chefideologe Michail Suslow ist darunter – sie, die sich noch vor Stalin erhoben und applaudierten, als dieser seine Schlussansprache hielt, hatten sich schon ihre Pöstchen im neuen ZK für die „Zeit danach“, für die Zeit ohne Stalin gesichert.

Die neuen Herren schlichen sich leise an die Macht - so leise und so unauffällig, dass nur die wenigsten Führer der großen kommunistischen Parteien und nur die wenigsten Beobachter merkten, welches falsche Spiel damals hinter den Kulissen gespielt wurde. Einer, der dieses falsche Spiel später durchschaute, war Enver Hoxha. Kaum einer hat den Verschwörern um Nikita Chruschtschow und Anastás Mikoyan so die Maske heruntergerissen wie er.

Hören wir nun, was der 73-jährige Stalin noch zu sagen hatte, als der 19. Parteitag seinem Ende entgegenging⁸:

J. W. Stalin: Rede beim 19. Parteitag

(Als Genosse Stalin an das Rednerpult tritt, wird er von den Delegierten mit stürmischem, lang anhaltendem Beifall begrüßt, der in eine Ovation übergeht. Alle erheben sich von den Plätzen. Es erschallen Rufe: ‚Dem Genossen Stalin – Hurra!‘, ‚Es lebe Genosse Stalin!‘, ‚Ruhm dem großen Stalin!‘)

Genossen!

Gestatten Sie mir im Namen unseres Parteitages allen Bruderparteien und Gruppen, deren Vertreter unseren Parteitag mit ihrer Anwesenheit beehrt oder die dem Parteitag Grußbotschaften gesandt haben, den Dank auszusprechen für die freundschaftlichen Grüße, für die Wünsche weiterer Erfolge, für das Vertrauen. *(Stürmischer, anhaltender Beifall, der in eine Ovation übergeht.)*

Für uns ist dieses Vertrauen besonders wertvoll, das die Bereitschaft bedeutet, unsere Partei in ihrem Kampf für eine lichte Zukunft der Völker, in ihrem Kampf gegen den Krieg, in ihrem Kampf für die Erhaltung des Friedens zu unterstützen. *(Stürmischer, anhaltender Beifall).*

Es wäre ein Irrtum zu glauben, dass unsere Partei, die zu einer mächtigen Kraft geworden ist, keiner Unterstützung mehr bedarf. Das wäre falsch. Unsere Partei und unser Land brauchen stets das Vertrauen, die Sympathie und die Unterstützung der Brudervölker jenseits der Grenzen unseres Landes und werden sie immer brauchen.

Die Besonderheit dieser Unterstützung besteht darin, dass jede Unterstützung der Friedensbestrebungen unserer Partei seitens einer jeden Bruderpartei gleichzeitig die Unterstützung ihres eigenen Volkes in seinem Kampf für die Erhaltung des Friedens bedeutet. Als die englischen Arbeiter in den Jahren 1918/19, zur Zeit des bewaffneten Überfalls der englischen Bourgeoisie auf die Sowjetunion unter der Losung ‚Hände weg von Russland!‘ den Kampf gegen den Krieg organisierten, war das eine Unterstützung vor allem des Kampfes ihres eigenen Volkes für den Frieden und dann auch eine Unterstützung der Sowjetunion. Wenn Genosse Thorez oder Genosse Togliatti erklärt, dass ihre Völker keinen Krieg gegen die Sowjetunion führen werden *(stürmischer Beifall)*, so ist das eine Unterstützung vor allem für die Arbeiter und Bauern Frankreichs und Italiens, die für den Frieden kämpfen und dann auch eine Unterstützung der Friedensbestrebungen der Sowjetunion. Diese Besonderheit der gegenwärtigen Unterstützung erklärt sich daraus, dass die Interessen unserer Partei nicht nur den Interessen der friedliebenden Völker nicht widersprechen, sondern im Gegenteil mit ihnen verschmelzen. *(Stürmischer Beifall)*. Was die Sowjetunion betrifft, so sind ihre Interessen von der Sache des Friedens in der ganzen Welt überhaupt nicht zu trennen.

Es versteht sich, dass unsere Partei den Bruderparteien gegenüber ihre Schuldigkeit tun und ihrerseits sie und die Völker in ihrem Kampf um die Befreiung, in ihrem Kampf für die Erhaltung des Friedens unterstützen muss.

Gerade das tut sie bekanntlich auch. (*Stürmischer Beifall*). Nach der Ergreifung der Macht durch unsere Partei im Jahre 1917 und nachdem unsere Partei reale Maßnahmen zur Beseitigung des Jochs der Kapitalisten und Gutsbesitzer getroffen hatte, gaben ihr die Vertreter der Bruderparteien, begeistert von der Kühnheit und den Erfolgen unserer Partei, den Namen ‚Stoßbrigade‘ der revolutionären Bewegung und der Arbeiterbewegung der Welt. Damit gaben sie der Hoffnung Ausdruck, dass die Erfolge der ‚Stoßbrigade‘ die Lage der unter dem Joch des Kapitalismus schmachttenden Völker erleichtern werden. Ich denke, dass unsere Partei diese Hoffnungen gerechtfertigt hat, besonders in der Zeit des Zweiten Weltkriegs, als die Sowjetunion die deutsche und japanische faschistische Tyrannei zerschmetterte und die Völker Europas und Asiens von der Gefahr der faschistischen Sklaverei befreite. (*Stürmischer Beifall*.)

Natürlich war es sehr schwer, diese ehrenvolle Aufgabe zu erfüllen, solange es nur eine einzige ‚Stoßbrigade‘ gab und solange sie diese Aufgabe des Vorkämpfers fast ganz auf sich allein gestellt erfüllen musste. Aber das war einmal. Jetzt ist es ganz anders. Jetzt, da von China und Korea bis zur Tschechoslowakei und Ungarn neue ‚Stoßbrigaden‘ in Gestalt der volksdemokratischen Länder auf den Plan getreten sind, jetzt ist der Kampf für unsere Partei leichter geworden und auch die Arbeit geht munterer voran. (*Stürmischer, anhaltender Beifall*.)

Besondere Aufmerksamkeit gebührt jenen kommunistischen, demokratischen oder Arbeiter- und Bauernparteien, die noch nicht an die Macht gelangt sind und die ihre Arbeit unter dem Joch der drakonischen bürgerlichen Gesetze fortführen. Natürlich haben sie es in ihrer Arbeit schwerer. Aber sie haben es in ihrer Arbeit nicht so schwer, wie wir russischen Kommunisten es schwer hatten in der Zeit des Zarismus, als der kleinste Schritt vorwärts zum schwersten Verbrechen erklärt wurde. Die russischen Kommunisten jedoch hielten stand, sie schreckten vor Schwierigkeiten nicht zurück und errangen den Sieg. Ebenso wird es mit diesen Parteien sein.

Warum werden es diese Parteien in ihrer Arbeit nicht so schwer haben, wie es die russischen Kommunisten zur Zeit des Zarismus hatten?

Weil sie erstens solche Beispiele des Kampfes und der Erfolge vor Augen haben, wie es sie in der Sowjetunion und in den volksdemokratischen Ländern gibt. Folglich können sie aus den Fehlern und den Erfolgen dieser Länder lernen und sich so ihre Arbeit erleichtern.

Weil zweitens die Bourgeoisie selbst, der Hauptfeind der Freiheitsbewegung, eine andere geworden ist, die Verbindungen zum Volk verloren und sich damit geschwächt hat. Es ist klar, dass dieser Umstand die Arbeit der revolutionären und demokratischen Parteien ebenfalls erleichtern muss. (*Stürmischer Beifall.*)

Früher leistete es sich die Bourgeoisie, sich liberal aufzuspielen; sie trat für bürgerlich-demokratische Freiheiten ein und erwarb sich damit Popularität im Volke. Jetzt ist von Liberalismus auch nicht eine Spur geblieben. Es gibt keine sog. Freiheit der Persönlichkeit mehr – die Rechte der Persönlichkeit werden jetzt nur noch bei denen anerkannt, die Kapital besitzen. Alle übrigen Bürger aber werden als menschlicher Rohstoff betrachtet, der nur zur Ausbeutung taugt. In den Staub getreten ist das Prinzip der Gleichberechtigung der Menschen und Nationen; es ist ersetzt durch das Prinzip der vollen Rechte der ausbeutenden Minderheit und der Rechtlosigkeit der ausgebeuteten Mehrheit der Bürger. Das Banner der bürgerlich-demokratischen Freiheiten ist über Bord geworfen. Ich denke, dass Sie, die Vertreter der kommunistischen und demokratischen Parteien, dieses Banner werden erheben und vorantragen müssen, wenn sie die Mehrheit des Volkes um sich sammeln wollen. Es gibt sonst niemand, der es erheben könnte. (*Stürmischer Beifall.*)

Früher galt die Bourgeoisie als das Haupt der Nation; sie trat für die Rechte und die Unabhängigkeit der Nation ein und stellte sie ‚über alles‘. Jetzt ist vom ‚nationalen Prinzip‘ auch nicht eine Spur geblieben. Jetzt verkauft die Bourgeoisie die Rechte und die Unabhängigkeit der Nation für Dollars. Das Banner der nationalen Unabhängigkeit und der nationalen Souveränität ist über Bord geworfen. Ohne Zweifel werden Sie, die Vertreter der kommunistischen und demokratischen Parteien, dieses Banner erheben und vorantragen müssen, wenn Sie Patrioten Ihres Landes sein, wenn Sie die führende Kraft der Nation werden wollen. Es gibt sonst niemand, der es erheben könnte. (*Stürmischer Beifall.*)

So liegen die Dinge gegenwärtig.

Es versteht sich, dass all diese Umstände die Arbeit der kommunistischen und demokratischen Parteien, die noch nicht zur Macht gelangt sind, erleichtern müssen.

Es gibt also allen Grund, auf Erfolge und auf den Sieg der Bruderparteien in den Ländern der Herrschaft des Kapitals zu rechnen. (*Stürmischer Beifall.*)

Langes Leben und Gesundheit den Führern der Bruderparteien! (*Anhaltender Beifall.*)

Es lebe der Frieden zwischen den Völkern! (*Anhaltender Beifall.*)

Nieder mit den Kriegsbrandstiftern!

(Alle erheben sich von den Plätzen. Stürmischer, lang anhaltender Beifall, der in eine Ovation übergeht. Es erschallen Rufe: „Es lebe Genosse Stalin!“ „Dem Genossen Stalin – Hurra!“ „Es lebe der große Führer der Werktätigen der Welt, Genosse Stalin!“ „Dem großen Stalin – Hurra!“ „Es lebe der Friede zwischen den Völkern!“ Rufe: „Hurra!“)

Anmerkungen

¹ XIX. Parteitag der KPdSU(B), 5.-14. Oktober 1952, in: ‚Neue Welt‘, Halbmonatszeitschrift, Heft 22 (158), 7. Jahrgang / November 1952, S. 2868ff.

² Grover Furr, ‚Stalin and the Struggle for Democratic Reform‘: <http://clogic.eserver.org/2005/furr.html>. (Teil eins) sowie <http://clogic.eserver.org/2005/furr2.html>. (Teil zwei).

³ W. B. Bland, ‚Der Ärzteprozess und der Tod Stalins‘, London 1991, deutsche Übersetzung 2002: http://www.redchannel.de/mlliteratur/sowjetunion/aerzte_prozess.htm.

⁴ Grover Furr, ‚Khrushchev Lied – The Evidence That Every ‘Revelation’ of Stalin’s (and Beria’s) ‘Crimes’ in Nikita Khrushchev’s Infamous ‘Secret Speech’ to the 20th Party Congress of the Communist Party of the Soviet Union on February 25, 1956, is Probably False*’ - Corrected Edition, Kettering/Ohio/USA 2011.

⁵ Die Bezeichnung ‘Chruschtschowianer’ lehnt sich an Enver Hoxhas Buch ‘The Khrushchevites – Memoirs’, (Die Chruschtschowianer – Erinnerungen‘) an, Tirana 1980. Er meint damit die Verschwörer, die nach dem Tod Stalins die Macht in der Partei an sich rissen, darunter vor allem Nikita Chruschtschow, Anastás Mikoyan u.a.

⁶ Enver Hoxha, ebd., S. 389: „At one time, together with Khrushchev we had considered organizing a *pokuschenje* (Attentat) against him (Stalin), but we gave up the idea because we were afraid that the people and the party would not understand” (Es gab eine Zeit, als wir mit Chruschtschow zusammen vorhatten, ein Attentat auf ihn (Stalin) zu verüben, aber wir nahmen wieder davon Abstand, weil wir befürchteten, dass die Menschen und die Partei das nicht verstehen würden).

⁷ XIX. Parteitag der KPdSU(B), 5. – 14. Oktober 1952, in: ebd., S. 2839, A. Mikoyan: „Als Leuchte der Wissenschaft erhellt Genosse Stalin unser Leben; er gibt uns ein Aktionsprogramm und lenkt unsere siegreiche Bewegung vorwärts zum Kommunismus.“

⁸ Ebd., S. 2865ff

Frank Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover
Postvertriebsstück,
DPAG, H 14360
Entgelt bezahlt